

ZChinR

Zeitschrift für Chinesisches Recht

German Journal of Chinese Law · GJCL

Herausgegeben von der
Deutsch-Chinesischen
Juristenvereinigung e.V.

in Verbindung mit dem
Deutsch-Chinesischen Institut
für Rechtswissenschaft

und dem Max-Planck-Institut
für ausländisches und
internationales Privatrecht

Johannes Rossi, Disziplinierung und Kontrolle
des Verwaltungsstaates im „institutionellen
Käfig“: Die Revision des Aufsichtsgesetzes
der Volksrepublik China

Rainer Burkardt / Ondřej Zapletal, Hochrangige
Verordnung zur Überprüfung des fairen
Wettbewerbs erlassen – Ende der
Subventionen für (ausländische) Investoren
in der VR China?

Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China

Gesetz der Volksrepublik China über die
erneute Verwaltungsberatung

Heft 1/2025

32. Jahrgang, S. 1–96



Studien zu Recht und Rechtskultur Chinas

Herausgegeben von Prof. Dr. Björn Ahl



Eva Lena Richter

The Legal Framework for Skilled Labour Migration to China

2023, Band 11, 562 S., brosch., 169,- €
ISBN 978-3-7560-0254-2
E-Book 978-3-7489-3777-7

In der Öffentlichkeit häufig als Auswanderungsland wahrgenommen, unternahm China in den letzten Jahren verstärkt Bemühungen, qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland für den chinesischen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Die Einführung eines Fachkräfteeinwanderungssystems mit abgestuften Rechten für Arbeitsmigrant:innen sollte diese Entwicklung fördern.

Die vorliegende Analyse zeigt, dass diese Reform des Einwanderungssystems die Gerichtspraxis nicht verändert hat. Abseits der politischen Diskurse um die Anwerbung von internationalen Talenten und der Propagierung Chinas als Wissenssupermacht, bleibt China aufgrund der existierenden Probleme im bestehenden Rechtssystem für Arbeitsmigrant:innen unattraktiv.



Yajun Tao

The Guiding Cases of China's Supreme People's Court

2023, Band 10, 458 S., brosch., 139,- €
ISBN 978-3-7560-0603-8
E-Book 978-3-7489-4139-2

Der Autor untersucht die so genannten Leitentscheidungen des Obersten Volksgerichts der Volksrepublik China. Die Leitentscheidungen werden vom Obersten Volksgericht aus den in Kraft getretenen Urteilen ausgewählt und veröffentlicht. Abgesehen von den juristischen Auslegungen sind diese Entscheidungen ein weiteres Instrument des Obersten Volksgerichts, mit dem es versucht, die Entscheidungen und Urteile der unteren Gerichte zu beeinflussen, aber die Ergebnisse sind nicht so eindeutig, wie sie sein könnten. Der Autor untersucht aus verschiedenen Perspektiven, weshalb die Leitentscheidungen nicht die vom Obersten Volksgericht erhoffte Wirkung entfaltet haben.

ZChinR 1/2025

GELEITWORT

- Die Zeitschrift für Chinesisches Recht in neuem Layout und im Open Access
(*Joachim Glatter*) 3

AUFSÄTZE

- Johannes Rossi*, Disziplinierung und Kontrolle des Verwaltungsstaates im „institutionellen Käfig“: Die Revision des Aufsichtsgesetzes der Volksrepublik China 4–14

KURZE BEITRÄGE

- Rainer Burkardt/Ondřej Zapletal*, Hochrangige Verordnung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs erlassen – Ende der Subventionen für (ausländische) Investoren in der VR China? 15–19

DOKUMENTATIONEN

- Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China
(*Johannes Rossi*) 20–47
- Gesetz der Volksrepublik China über die erneute Verwaltungsberatung
(*Mingjie He/Sandra Michelle Röseler*) 48–79
- Verordnung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs
(*Nina Heins/Tobias Laabs/Sara Mrowetz*) 80–86

REZENSIONEN

- Maja Ruhl: Das Auslandsinvestitionsgesetz der Volksrepublik China/Die Implikationen für den Schutz ausländischer Investitionen. Berlin: Duncker & Humblot. Beiträge zum internationalen Handels- und Wirtschaftsrecht, Band 2, Berlin 2024
(*Joachim Glatter*) 87–89
- Melanie Kühn, Die Bekämpfung der Steuerumgehung durch allgemeine Antimissbrauchsvorschriften in Hongkong, Singapur und der Volksrepublik China – Auf dem Weg zur Konvergenz auf internationaler Ebene?, in: Feld/Reimer/Waldhoff (Hrsg.), Steuerwissenschaftliche Schriften 86, 1. Auflage, Baden-Baden 2024
(*Shuning Shou*) 90–92

ADRESSEN

Kanzleien mit einer Mitgliedschaft in der Deutsch-Chinesischen Juristen-
vereinigung e.V.

93–96

Die Zeitschrift für Chinesisches Recht in neuem Layout und im Open Access

Die *Zeitschrift für Chinesisches Recht* (ZChinR) blickt auf eine inzwischen lange Historie zurück: In diesem Jahr erscheint ihr 32. Jahrgang. Seit 1994 (damals noch unter der Bezeichnung „Newsletter der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V.“) hat sie sich die Aufgabe gestellt, ihren LeserInnen Analysen zur Entwicklung des modernen chinesischen Rechts in Theorie und Praxis zur Verfügung zu stellen. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf dem Zivil-, Wirtschafts- und öffentlichen Recht sowie insbesondere (aber nicht ausschließlich) auf juristischen Themen, die für ausländische Unternehmen, WissenschaftlerInnen und Interessierte relevant sind. Über wissenschaftliche Aufsätze, Tagungsberichte und Rezensionen hinaus sind die Übersetzungen zentraler chinesischer Gesetze und rechtlicher Dokumente eine wichtige Informationsquelle für ihre LeserInnen.

Die inhaltliche und formale Qualität der Zeitschrift wird insbesondere durch ihre Schriftleitung am Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaft, den wissenschaftlichen Beirat und das für Online-Redaktion, deutsches Korrektorat und englisches Lektorat zuständige Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht gesichert.

Die digitale Zugänglichkeit der ursprünglich nur in gedruckter Form veröffentlichten Zeitschrift ist im Laufe der Jahre fortwährend verbessert worden. Die ZChinR steht heute nicht mehr nur den Mitgliedern der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung, sondern der gesamten Öffentlichkeit in elektronischer Form zur Verfügung. Ab dem hiermit vorgelegten Heft 1/2025 werden alle Beiträge im sofortigen Open Access veröffentlicht, wodurch ihre Weiterverbreitung und Nachnutzung ganz wesentlich erleichtert wird.

Mit der vorliegenden Ausgabe wird nunmehr auch das Layout der Zeitschrift modernisiert. Zudem dient die Einführung von Digital Object

Identifiers für Beiträge und Hefte der ZChinR der besseren Sichtbarkeit und Zitierfähigkeit ihrer Inhalte im digitalen Raum.

Ein wesentliches Ziel der ZChinR ist, durch Vermittlung rechtlichen Wissens zum Dialog zwischen China einerseits und Deutschland, aber auch anderen Staaten andererseits beizutragen. Der Austausch von Gemeinsamkeiten, aber auch das Herausarbeiten von Unterschieden in Theorie und Praxis der Rechtsetzung und -anwendung sind wesentliche Bestandteile dieses Dialogs. Die Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung freut sich, in diesem Sinne als Herausgeberin die Entwicklung der ZChinR auch in Zukunft weiter begleiten zu dürfen.

Dr. Joachim Glatter
Präsident der Deutsch-Chinesischen
Juristenvereinigung

Disziplinierung und Kontrolle des Verwaltungsstaates im „institutionellen Käfig“: Die Revision des Aufsichtsgesetzes der Volksrepublik China

Johannes Rossi *

I. Einführung	5
II. Hintergrund: Gesetzeshistorie und Einbettung	6
III. Gesetz: Systematik und wesentliche Regelungen	7
1. Institutionen	8
2. Kompetenzen	8
3. Verfahren	9
IV. Revision: Die Änderungen im Einzelnen	10
1. Kompetenzerweiterungen	11
2. Fristen	11
3. Einschränkungen	12
4. Sonstiges	12
V. Kritische Schlussbetrachtung	12
VI. Fazit	13

Abstract

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China hat am 25.12.2024 mit Wirkung zum 1.6.2025 das 2018 verabschiedete Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China revidiert. Das Gesetz dient der weitreichenden Umsetzung der Antikorruptionsarbeiten und Disziplin im gesamten Staatsapparat. Mit der Revision wurde insbesondere der Katalog durch die Aufsichtsbehörden einsetzbarer Zwangsmaßnahmen erweitert. Weiterhin wurden auch die Befugnisse zur internen Kontrolle der Aufsichtsbehörden verschärft. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über den Hintergrund und die Systematik des Gesetzes. Schließlich werden die wesentlichen Neuerungen des Revisionsbeschlusses erläutert. Die Revision des Aufsichtsgesetzes konsolidiert die machtvolle Stellung der Nationalen Aufsichtskommission und der Aufsichtsbehörden. Sie ist ein weiterer Schritt der Verrechtlichung politischer Kontrolle und

Disciplinary Action and Oversight of the Administrative State in the “Institutional Cage”: The Revised Supervision Law of the People’s Republic of China — On 25 December 2024, the Standing Committee of the National People’s Congress of the People’s Republic of China enacted a revised version of the Supervision Law of the People’s Republic of China of 2018. The amendments take effect on 1 June 2025. The law represents a far-reaching implementation of anti-corruption efforts and makes disciplinary actions available throughout the entire state apparatus. In particular, the amendments expand the catalogue of disciplinary actions that the oversight bodies may impose and grants them greater powers to conduct internal reviews. This article discusses the law in context and provides an overview of its structure and of the key provisions of the current amendments. The Supervision Law as amended consolidates the

Disziplinierung von Staatsbediensteten sowie der öffentlichen Verwaltung im Ganzen, jedoch bleiben dabei die bisherigen Probleme, insbesondere der fehlende Rechtsbeistand, unberührt. Wo hier die Ausübung öffentlicher Gewalt institutionell beschränkt wird, wird sie umso mehr an die KPCh gebunden.

powerful position of the National Supervision Commission and other oversight bodies. It represents another step towards establishing legal structures for the exercise of political control, disciplinary action against state employees, and public administration on the whole. However, the amendments do not address certain problems of the original legislation, in particular the lack of access to legal counsel. Where the exercise of public authority is channelled through an institution, the current amendments bind it all the more closely to the Chinese Communist Party.

I. Einführung

Der Ständige Ausschuss des 14. Nationalen Volkskongresses (NVK) der Volksrepublik China hat am 25.12.2024 mit Wirkung zum 1.6.2025 mittels eines Revisionsbeschlusses¹ das 2018 verabschiedete Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China (AufsG) erstmals revidiert.² Das Aufsichtsgesetz regelt die Errichtung und Ausgestaltung eines Aufsichtssystems zur Kontrolle der Ausübung öffentlicher Macht durch Staatsbedienstete auf allen Ebenen, das heißt, es regelt den Aufbau von Institutionen, ihre Kompetenzen und Verfahren.³

Der Revisionsentwurf wurde maßgeblich durch die Nationale Aufsichtskommission (国家

监察委员会)⁴ selbst ausgearbeitet. Die Arbeiten zur Überarbeitung waren 2023 begonnen worden, woraufhin sukzessive Konsultationen⁵ und weitere Deliberationen durchgeführt wurden.⁶ In den Erläuterungen zum Entwurf⁷ wird dargelegt, dass Probleme mit der Befugnis zu und Dauer von Zwangsmaßnahmen neben ihrer uneinheitlichen Anwendung die Effektivität des Gesetzes beeinträchtigt haben.

* LL.M. (Shanghai/Berlin), Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin und der China University of Political Science and Law (CUPL) in Beijing, VR China.

- 1 Die chinesisch-englische Fassung des Beschlusses des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses zur Revision des „Aufsichtsgesetzes der Volksrepublik China“ [全国人民代表大会常务委员会关于修改《中华人民共和国监察法》的决定] vom 25.12.2024 ist abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5288020(EN); hinsichtlich der verschiedenen Arten der Gesetzesänderung in der Volksrepublik China siehe *Knut Benjamin Pißler*, Das chinesische Handbuch der Rechtsförmlichkeit, in: ZChinR 2019, S. 133 ff. (S. 136 f.).
- 2 Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国监察法], das alternativ auch als „Kontrollgesetz“ übersetzt werden könnte, vom 20.3.2018 in der Fassung vom 25.12.2024, ZChinR 2025, S. 20; der chinesische Gesetzestext ist in seiner alten Fassung (a.F.) vom 20.3.2018 abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.311767.
- 3 Die Macht soll so in einen „institutionellen Käfig“ (制度的笼子) gesperrt werden, siehe *Xi Jinping*: Die Macht in einen institutionellen Käfig stecken [习近平: 把权力关进制度的笼子里], Xinhua [新华], 22.1.2013, abrufbar unter <https://www.chinadaily.com.cn> (<https://perma.cc/552A-ZAUQ>); ausführlich zu diesem Begriff auch *XU Yijun* (徐贻军)/*HE Deping* (何德平), Institutional Cage [制度的笼子], Beijing 2016.

4 Die Nationale Aufsichtskommission der Volksrepublik China [中华人民共和国国家监察委员会], die alternativ auch als „staatliche Kontrollkommission“ übersetzt werden kann (siehe beispielsweise § 11 Nr. 2, 118 Gesetzgebungsgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国立法法] vom 15.3.2000 in der Fassung vom 13.3.2023, ZChinR 2023, S. 87 ff.), teilt sich die Website mit der Zentralen Disziplinarkommission der Kommunistischen Partei Chinas [中共中央纪律检查委员会], welche auch namensgebend für die gemeinsame Domain ist: <https://www.ccdi.gov.cn>.

5 Unter anderem auch an sogenannte Kontaktstellen für Basisgesetzgebung (基层立法联系点), siehe zu diesen: §§ 70, 90 Gesetzgebungsgesetz der Volksrepublik China (Fn. 4).

6 Siehe den Bericht des Verfassungs- und Rechtsausschusses des Ständigen Ausschusses des NVK über die Ergebnisse der Beratungen des „Aufsichtsgesetzes der Volksrepublik China (Revisionsentwurf)“ [全国人民代表大会宪法和法律委员会关于《中华人民共和国监察法(修正草案)》审议结果的报告] vom 21.12.2024, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.DL.40420, und den Bericht des Verfassungs- und Rechtsausschusses des Ständigen Ausschusses des NVK über die Ansichten zur Revision des „Beschlusses zur Revision des ‚Aufsichtsgesetzes der Volksrepublik China‘ des Ständigen Ausschusses des NVK“ [全国人民代表大会宪法和法律委员会关于《全国人民代表大会常务委员会关于修改〈中华人民共和国监察法〉的决定(草案)》修改意见的报告] vom 24.12.2024, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.DL.40421.

7 Siehe die Erläuterungen zum „Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China (Revisionsentwurf)“ [关于《中华人民共和国监察法(修正草案)》的说明] vom 10.9.2024 (Erläuterungen zum Entwurf), chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.DL.40424.

Die Revision bringt Änderungen vor allem hinsichtlich der den Aufsichtsbehörden (also der Nationalen Aufsichtskommission und den lokalen Aufsichtsbehörden)⁸ zur Disposition stehenden Zwangsmaßnahmen im Untersuchungsverfahren. So gleicht sie einerseits den Katalog der Zwangsmaßnahmen dem Strafprozessgesetz an⁹ und erweitert andererseits die Möglichkeiten der internen Kontrolle.¹⁰ Zudem wird die höchstmögliche Dauer der Aufenthaltsvorgabe verlängert.¹¹ Damit unterstreicht die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) den Anspruch, die öffentliche Verwaltung stärker zu kontrollieren, und führt den Ausbau des Aufsichtssystems fort. Die Änderungen zeigen einerseits, dass an den dem Strafrecht ähnelnden (jedoch seine prozeduralen Schutzmechanismen vermissenden) vorgelagerten Maßnahmen bei der Untersuchung von Pflichtverletzungen und Straftaten im Amt festgehalten wird, aber andererseits wird auch ein Bedürfnis nach Rechtsförmigkeit und rechtlicher Prozeduralisierung deutlich. Die Aufsichtsarbeit soll im Rahmen der Rechtsherrschaft (法治)¹² stärker standardisiert werden.¹³ Durch das ursprüngliche Gesetz vollzog sich auch eine Verrechtlichung der Aufsicht durch die KPCh über Staatsbedienstete.¹⁴

In diesem Beitrag werden im Folgenden zunächst überblickshaft der Kontext des Gesetzes und seiner Entwicklung beleuchtet (siehe unter II.), bevor dann dessen Inhalt (siehe unter III.) sowie die vorgenommenen Änderungen im Einzelnen (siehe unter IV.) näher betrachtet werden. Es folgt eine kurze kritische Schlussbetrachtung (siehe unter V.) sowie ein Fazit (siehe unter VI.).

II. Hintergrund: Gesetzeshistorie und Einbettung

Das Aufsichtsgesetz geht ursprünglich auf das Verwaltungsaufsichtsgesetz der Volksrepublik China¹⁵ aus dem Jahr 1997 zurück. Seine Neu-

fassung im Rahmen der Antikorruptionskampagne unter Xi Jinping war darauf angelegt, die „Selbst-Revolution“ (自我革命)¹⁶ der KPCh und die Kontrolle von Partei und Staat zu effektivieren.¹⁷ Die Disziplinar- und insbesondere Antikorruptionsmaßnahmen sollten staatlich umfassender und effektiver institutionalisiert und verrechtlicht werden. Dazu wurde mit dem neuen Aufsichtsgesetz 2018 ein Aufsichtssystem unter einer neuen nationalen Aufsichtsbehörde, der Nationalen Aufsichtskommission (国家监察委员会), geschaffen.¹⁸ Diese steht als Verfassungsorgan auf gleicher Stufe mit beispielsweise dem Staatsrat oder dem Obersten Volksgericht. Die Anfänge eines Systems der Kontrolle von (Partei-)Offiziellen finden sich schon bei Lenin¹⁹, dessen Umsetzung in China jedoch jedenfalls in den Anfangsjahren der KPCh und der frühen Volksrepublik kaum nennenswerte Erfolge verzeichnen konnte.²⁰ Gleichsam stellen Antikorruptionskampagnen und die Verfolgung von

8 Siehe § 7 AufsG und unten unter III 1.

9 Siehe unten IV.1.

10 Siehe beispielsweise §§ 62, 64 AufsG.

11 Siehe § 48 Abs. 2 und 3 AufsG.

12 Bzw. „Regieren auf Grundlage von Recht“ (依法治国) und „Regieren auf Grundlage der Verfassung“ (依宪治国); näher dazu *Marianne von Blomberg/Jingyi von Strasser*, Die Revision des Gesetzgebungsgesetzes der Volksrepublik China, in: ZChinR 2023, S. 158 ff. (S. 159 f.); siehe auch *Susan Trevaskes*, A Law Unto Itself: Chinese Communist Party Leadership and Yifa zhiguo in the Xi Era, in: *Modern China* 2018, Vol. 44 No. 4, S. 347–373.

13 Siehe Erläuterungen zum Entwurf (Fn. 7).

14 So *China Policy*, Evaluating Supervision Law Revision, 24.9.2024, abrufbar unter <<https://policy.cn.com>> (<<https://perma.cc/KMU9-6LAZ>>).

15 Verwaltungsaufsichtsgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国行政监察法] vom 9.5.1997, in chinesisch-englischer Fassung abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.18134(EN); siehe auch die Revision dieses Gesetzes in der Fassung vom 25.6.2010, in chinesisch-englischer Übersetzung abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.134401(EN).

16 Siehe zur Erläuterung *Ryan Ho Kilpatrick*, The CMP Dictionary: Self-Revolution, China Media Project, 20.8.2024, abrufbar unter <<https://chinamediaproject.org>> (<<https://perma.cc/5JBF-TN6C>>); *LI Li/ZHENG Na*, On the “Two Answers” for the Chinese Communist Party to Break the Cycle of History and Their Interrelationship, in: *Bootheina Majoul/GUAN Guiyun/Nick Groom* (Hrsg.), Proceedings of the 4th International Conference on Language, Art and Cultural Exchange (ICLACE 2023), 2023, S. 426–435.

17 Siehe die Erläuterungen zum Entwurf (Fn. 7); und *LI Ling*, Politics of Anticorruption in China: Paradigm Change of the Party’s Disciplinary Regime 2012–2017, in: *Journal of Contemporary China* 2018, Vol. 28 No. 115, S. 47–63.

18 Hervorgegangen ist sie aus der Fusion des Ministeriums für Disziplinaraufsicht (监察部), des Nationalen Büros für Korruptionsprävention (国家预防腐败局) sowie der entsprechenden Abteilung der Obersten Volksstaatsanwaltschaft und der Zusammenlegung mit der Zentralen Disziplinarkommission der KPCh, die jedoch institutionell überlebt hat, siehe *Steve Tsang/Olivia Cheung*, The Political Thought of Xi Jinping, New York 2024, S. 57.

19 *Wladimir Iljitsch Lenin*, Staat und Revolution, in: *Lenin Werke*, Band 25, 2. Auflage, Berlin 1972, S. 393–507; dazu ausführlich *CHEN Yangkai* (陈杨楷), Lenin’s Thought of Power Supervision: Reality, System and Value [列宁权力监督思想: 现实、体系与价值], in: *Journal of Chuxiong Normal University* [楚雄师范学院学报] 2023, Vol. 38 No. 1, S. 11–19. Eine Stärkung der Partei als leninistischen Apparat mittels der Zentralisierung der Disziplinarinstitutionen sehen auch *Steve Tsang/Olivia Cheung*, The Political Thought of Xi Jinping, New York 2024, S. 55 f.

Moralverstößen durch Staatsbedienstete auch ein Instrument politischer Machtkämpfe und politischer Kontrolle dar.²¹ Die Arbeit der bestehenden parteiinternen Strukturen zur Korruptionsbekämpfung und Disziplinierung wurde zudem oft durch lokale Abhängigkeiten behindert und missbraucht.²² Mit seiner besonderen Verfassungsstellung entwickelt sich die Nationale Aufsichtskommission nunmehr in Richtung des „Kontroll-Yuan“ der Republik²³ und zentralisiert das Aufsichtssystem, um es lokalen Einflüssen zu entziehen. Ihr Zugriff erstreckt sich, anders als etwa die parteiinterne Disziplinaraufsicht der Zentralen Disziplinarkommission der KPCh,²⁴ über die Partei hinaus.²⁵

Eingebettet ist das Gesetz in besonderer Weise in die Verfassung. Durch ihre Verankerung in Art. 123 bis 127 der Verfassung²⁶ ist die Nationale Aufsichtskommission tief in die Entwicklung der Rechtsherrschaft in China eingebunden; so ist sie zur Gesetzesinitiative, Auslegungsinitiative

- 20 Vgl. *Lawrence R. Sullivan*, The Role of the Control Organs in the Chinese Communist Party, 1977–83, in: *Asian Survey* 1984, Vol. 24 No. 6, S. 597–617.
- 21 Siehe *ZHU Jiangnan/LI Hui*, Elite Power Competition and Corruption Investigation in China: A Case Study, in: *Modern China* 2020, Vol. 46 No. 3, S. 307–335.
- 22 Dazu *Steve Tsang/Olivia Cheung*, The Political Thought of Xi Jinping (Fn. 19), S. 56; *DENG Jintong*, The National Supervision Commission: A New Anti-corruption Model in China, in: *International Journal of Law, Crime and Justice* 2018, Vol. 52, S. 58–73; *WANG Junyang*, The Political Limits of China’s Anti-Corruption Reform: An Institutional Analysis of the New Supervision Commission, in: *Journal of Contemporary China* 2022, Vol. 33 No. 145, S. 151–172.
- 23 Zu diesem *Herbert H. P. Ma*, The Chinese Control Yuan: An Independent Supervisory Organ of the State, in: *Washington University Law Review* 1963, No. 4, S. 401–426; *Ernest Caldwell*, Widening the Constitutional Gap in China and Taiwan: History, Reform, and the Transformation of the Control Yuan, in: *University of Illinois Law Review* 2017, No. 4, S. 101–128.
- 24 Zu Fallzahlen vgl. *GUO Xuezhong*, Controlling Corruption in the Party: China’s Central Discipline Inspection Commission, in: *The China Quarterly* 2014, S. 597–624.
- 25 Die Arbeit der Nationalen Aufsichtskommission und der Zentralen Disziplinarkommission der KPCh sind aber jedenfalls eng verzahnt, vgl. dazu Zentralkomitee der KPCh [中国共产党中央委员会], Plan zur Vertiefung der Reform der Partei- und Staatsinstitutionen [深化党和国家机构改革方案] vom 21.3.2018, abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.16.311912; genauso wie zuvor das Ministerium für Disziplinaraufsicht faktisch mit der Zentralen Disziplinarkommission vereinigt war, vgl. *Andrew Wedeman*, The Intensification of Corruption in China, in: *The China Quarterly* 2004, S. 895–921 (S. 901). Siehe auch § 3 Durchführungsverordnung zum Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国监察法实施条例] vom 20.9.2021, chinesisch-englische Übersetzung abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.8.5077011(EN).

sowie zum Antrag auf Normenkontrolle befugt, siehe §§ 17 Abs. 2, 29 Abs. 2; 49 Abs. 1; 110 Abs. 1 Gesetzgebungsgesetz der Volksrepublik China.²⁷ Darüber hinaus kann sie Aufsichtsrechtsnormen (监察法规) setzen, siehe § 118 Gesetzgebungsgesetz. Dabei handelt es sich um eine besondere Art von Rechtsetzungskompetenz, wie sie sonst bloß die Zentrale Militärkommission zur Festlegung von Militärrechtsnormen (军事法规) oder das Oberste Volksgericht und die Oberste Volksstaatsanwaltschaft zum Erlass von Auslegungen²⁸ haben.²⁹ Prozedurale Verbindungen bestehen ansonsten insbesondere mit dem Strafprozessgesetz der Volksrepublik China, etwa über § 170 Strafprozessgesetz der Volksrepublik China.³⁰

III. Gesetz: Systematik und wesentliche Regelungen

Im einleitenden Grundsatzkapitel (§§ 1 bis 6 AufsG) werden die ideologische Basis des Gesetzes und seine Zwecke unterstrichen. Für die KPCh stellen Korruption und pflichtwidrige Amtsführung innerhalb der staatlichen Organe bzw. überall dort, wo öffentliche Gewalt ausgeübt wird, ein ernstzunehmendes Problem in der Regierungsführung dar, sodass die Korruptionsbekämpfung und der „Aufbau einer ehrlichen und sauberen Regierung“ (廉政建设)³¹ hohe Priorität genießt. Das Gesetz dient

- 26 Verfassung der Volksrepublik China [中华人民共和国宪法] vom 4.4.1982 in der Fassung vom 11.3.2018, chinesisch und englisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.311950.
- 27 Chinesisch-deutsch: Gesetzgebungsgesetz der Volksrepublik China (Revision 2023), ZChinR 2023 (Fn. 4); siehe dazu auch *Marianne von Blomberg/Jingyi von Strasser*, ZChinR 2023 (Fn. 12), S. 166. Bei beiden wird 国家监察委员会 noch als „staatliche Kontrollkommission“ übersetzt.
- 28 Zu den abstrakt-generellen Normen des Obersten Volksgerichts, vgl. *Björn Ahl*, Die Justizauslegung durch das Oberste Volksgericht der VR China – Eine Analyse der neuen Bestimmungen des Jahres 2007, in: ZChinR 2007, S. 251 ff.
- 29 Zur verfassungsrechtlichen Kritik daran siehe *ZHU Fuhui* (朱福惠), Interpretation of the System of Supervisory Regulations in the Legislation Law [《立法法》上监察法规条款的体系解释], *Administrative Law Review* [行政法学研究] 2024, No. 2, S. 3–16.
- 30 Chinesisch-deutsch: Strafprozessgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国刑事诉讼法] vom 1.7.1979 in der Fassung vom 26.10.2018, ZChinR 2020, S. 28 ff.
- 31 Dies ist schon zu finden im 11. Fünfjahresplan zur volkswirtschaftlichen und sozialen Entwicklung [中华人民共和国国民经济和社会发展第十一个五年规划纲要] vom 14.3.2006, abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.75575.

der rechtlichen Ausgestaltung der Antikorruptionsmaßnahmen und der „Integrität“ bei der Ausübung öffentlicher Aufgaben.³² So bietet das Aufsichtsgesetz ein Instrumentarium zur strengeren Administration und Disziplinierung von Teilen des Staatsapparates, der Bürokratie, mittelbar der Bevölkerung. Dadurch soll die Reform der staatlichen Aufsichtsorgane nicht nur die Kontrolle vertiefen, sondern auch die Regierungsführungskapazitäten verbessern.³³ Das Gesetz bestimmt im Folgenden das Aufsichtssystem, also seine Institutionen (siehe unten unter 1.), Kompetenzen (siehe unten unter 2.) und Verfahren (siehe unten unter 3.).

1. Institutionen

Zunächst legt das Aufsichtsgesetz das Fundament für die Einrichtung der Aufsichtsbehörden (§§ 7 bis 14 AufsG). Das institutionelle Gerüst des Aufsichtssystems sind die Aufsichtskommissionen (监察委员会). Von überragender Bedeutung ist darin die bereits erwähnte Nationale Aufsichtskommission.³⁴ Aufsichtskommissionen werden darüber hinaus auf allen lokalen Ebenen von der Provinz bis in den Stadtbezirk durch die entsprechenden Volkskongresse eingerichtet.³⁵ Die Aufsichtskommissionen sind sowohl gegenüber den Volkskongressen (und ihrem Ständigen Ausschuss) ihrer Ebene als auch der Aufsichtskommission der nächsthöheren Ebene verantwortlich bzw. unterliegen deren Kontrolle.³⁶

Personell setzen sich die Aufsichtskommissionen aus einem Direktor, mehreren stellvertretenden Direktoren und mehreren Kommissaren zusammen.³⁷ Der Direktor wird vom Volkskongress der entsprechenden Ebene gewählt, und seine Amtszeit entspricht regelmäßig der des Volkskongresses seiner Ebene.³⁸ Die Amtszeit des Direktors der Nationalen Aufsichtskommission ist zudem auf zwei konsekutive Amtsperioden begrenzt.³⁹ Zur Erfüllung der Aufsichtsaufgaben wird durch die Einführung eines öffentlichen Aufsichtsdienstes ein bürokratischer Apparat aufgebaut.⁴⁰

32 § 1 AufsG.

33 Zu „Governance“ in China siehe *Nele Noesselt*, Governance-Formen in China: Theorie und Praxis des chinesischen Modells, Wiesbaden 2012.

34 § 8 AufsG.

35 §§ 7 Abs. 2, 9 Abs. 1 AufsG; entsprechend Art. 124, 126 Verfassung (Fn. 26).

36 §§ 8 Abs. 4, 9 Abs. 4 AufsG.

37 § 9 Abs. 2 AufsG.

38 §§ 8 Abs. 3, 9 Abs. 3 AufsG.

39 § 8 Abs. 3 AufsG entsprechend Art. 124 Verfassung (Fn. 26).

Die Aufgaben der Aufsichtskommissionen umfassen vor allem die Kontrolle und Untersuchung von Staatsbediensteten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, von Dienstvergehen (职务违法) und dienstbezogenen Straftaten (职务犯罪) sowie den Erlass von amtlichen Disziplinarmaßnahmen (政务处分) bei Verstößen.⁴¹ Dabei können die Aufsichtskommissionen selbst unter gewissen Voraussetzungen Organe für Aufsicht und besondere Aufsichtspersonen in Organe von Partei und Staat und etwa auch staatseigene Unternehmen und Hochschulen (weiter-)entsenden.⁴²

Zwar verweist das Aufsichtsgesetz auch auf das Beamtengesetz der Volksrepublik China,⁴³ jedoch umfasst der personelle Anwendungsbereich nicht bloß Beamte (公务员), sondern erstreckt sich auf alle Staatsbediensteten (公职人员), die öffentliche Gewalt ausüben,⁴⁴ bzw. Personal, das nach dem Recht öffentliche Aufgaben wahrnimmt.⁴⁵ Weiterhin klärt das Gesetz Zuständigkeiten und enthält Zuweisungsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen.⁴⁶

2. Kompetenzen

In ihrer (Untersuchungs-)Arbeit haben die Aufsichtsbehörden weitreichende Kompetenzen (§§ 18 bis 37 AufsG). Diese umfassen sowohl Maßnahmen zur Sammlung von Informationen und Beweisen als auch freiheitsentziehende Maßnahmen: So können die Aufsichtsbehörden zunächst einfache Maßnahmen zur Klärung ergreifen, etwa „Gespräche führen“ oder Erkundungsschreiben versenden.⁴⁷ Während der Untersuchung sind sie außerdem befugt, Vernehmungen und Befragungen durchzuführen.⁴⁸ Daneben können die Aufsichtsbehörden Vermögen

40 § 14 AufsG, wonach „der Staat [...] ein System der öffentlichen Aufsichtsdienste [schafft], [und] [legt] nach dem Recht Systeme für die Festlegung der Rangordnung, Ernennung und Entlassung sowie Beurteilung und Beförderung der Aufsichtsoffiziellen [fest].“

41 § 11 AufsG.

42 § 12 AufsG.

43 § 15 Abs. 1 Nr. 1 AufsG; Beamtengesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国公务员法] vom 27.4.2005 in der Fassung vom 29.12.2018, chinesisch-englische Übersetzung des Gesetzes abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.328148(EN), chinesisch-deutsch (a. F.): ZChinR 2006, S. 205 ff.

44 § 3 AufsG; etwa 20 Prozent davon sind kein Mitglied der KPCh, vgl. *Steve Tsang/Olivia Cheung*, The Political Thought of Xi Jinping (Fn. 19), S. 57.

45 § 15 Abs. 1 Nr. 6 AufsG.

46 §§ 16, 17 AufsG.

47 § 19 AufsG.

48 § 20, 22 AufsG.

einfrühen oder sicherstellen, Durchsuchungen, Augenscheinsuntersuchungen und Experimente durchführen, Beweise sicherstellen und Sachverständige beordnen.⁴⁹

Maßnahmen, die in besonders einschneidender Weise die Freiheit der untersuchten Person beschränken oder entziehen, stehen unter einer Art innerbehördlichem Genehmigungsvorbehalt: Dazu gehören die zwangsweise Vorführung, vorläufige Freilassung, Aufenthaltsvorgabe, der Schutzgewahrsam, aber auch technische Untersuchungsmaßnahmen und Ausreisebeschränkungen.⁵⁰

Besonders bemerkenswert ist vor allem die Maßnahme der Aufenthaltsvorgabe bzw. des „vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte“ (留置) im Aufsichtsgesetz.⁵¹ Dieser erklärungsbedürftige Begriff ist der Herkunft dieser Maßnahme aus dem „Shuanggui“- (双规) bzw. „Shuangzhi“-System (双指) geschuldet, bei dem sich die untersuchte Person im Rahmen von Disziplinarverfahren der KPCh bzw. administrativen Disziplinarverfahren zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort aufzuhalten hatte.⁵² Praktisch handelt es sich dabei um eine (fristgebundene) administrative Inhaftierung, vergleichbar mit der Verhaftung (逮捕) nach dem Strafprozessgesetz,⁵³ in dafür vorgesehenen Aufenthaltsvorgabeeinrichtungen (留置场所), welche Untersuchungshaftanstalten (看守所) entsprechen.⁵⁴ Die besondere Schwere der Maßnahme spiegelt sich in den erhöhten Voraussetzungen im Vergleich zu den übrigen Zwangsmaßnahmen wider: Die Aufenthaltsvorgabe kann erst nach kollektiver Analyse (集体研究)⁵⁵ und Beschluss des Führungspersonals der Aufsichtsbehörde ergriffen werden und muss zudem von der nächsthöheren Ebene genehmigt

werden, während zum Einsatz von zwangsweiser Vorführung, vorläufiger Freilassung und Schutzgewahrsam wohl die Genehmigung des Hauptverantwortlichen (主要负责人) der jeweiligen Aufsichtsbehörde genügt.⁵⁶

3. Verfahren

Im Wesentlichen schafft das Aufsichtsgesetz zwei Verfahrenskomplexe: Zunächst handeln die Aufsichtsbehörden im Rahmen des Aufsichtsverfahrens, welches der Kontrolle und Untersuchung von Staatsbediensteten dient (§§ 38 bis 56 AufsG). Die Bestimmungen dazu befassen sich unter anderem mit der Handhabung von Hinweisen, einem Vorprüfungsverfahren und dem weiteren Verfahrensgang.⁵⁷ Dabei legt es dem Untersuchungspersonal seinerseits gewisse untersuchungsbezogene Pflichten auf, wie etwa das Verbot von psychischen und physischen Misshandlungen oder den Schutz von persönlichen und wirtschaftlichen Rechten.⁵⁸

Auch die Fristen und formellen Voraussetzungen von Zwangsmaßnahmen, insbesondere der Aufenthaltsvorgabe, werden hier genauer geregelt: Bei der zwangsweisen Vorführung (zwölf bis 24 Stunden) und dem Schutzgewahrsam (sieben bis zehn Tage) handelt es sich um einen relativ kurzen Freiheitsentzug.⁵⁹ Dagegen kann die untersuchte Person durch die Aufenthaltsvorgabe unter Umständen drei bis sechs bzw. acht Monate inhaftiert werden, mit der Möglichkeit des einmaligen Neubeginns der Frist, sollten andersartige schwere dienstbezogene Straftaten oder gleichartige schwere dienstbezogene Straftaten bekannt werden, die sich jedoch auf das Strafmaß auswirken.⁶⁰

49 §§ 26–30 AufsG.

50 §§ 21, 23–25, 31, 33 AufsG.

51 §§ 24 AufsG; siehe auch §§ 47, 48 AufsG.

52 § 28 Nr. 3 Verordnung über die Arbeit der Disziplinarorgane der Kommunistischen Partei Chinas bei der Untersuchung von Fällen [中国共产党纪律检查机关案件检查工作条例] vom 25.3.1994, abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.16.9138; § 20 Nr. 3 Verwaltungsaufsichtsgesetz der Volksrepublik China (Fn. 15), Siehe dazu *Steve Tsang/Olivia Cheung*, *The Political Thought of Xi Jinping* (Fn. 19), S. 57 f.; *GUO Xuezhong*, *The China Quarterly* 2014 (Fn. 25), S. 597–624 (S. 605 f.); *Flora Sapio*, *Sovereign Power and the Law in China*, Leiden 2010, S. 71–108; *Flora Sapio*, *Shuanggui and Extralegal Detention in China*, in: *China Information* 2008, Vol. 22, S. 7 ff.

53 Siehe §§ 80, 81 Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 30).

54 § 24 Abs. 3 AufsG; § 93 Abs. 2 Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 30).

55 So wird Verantwortung geteilt. Dieser Mechanismus kommt etwa auch bei der Entscheidung über Strafmilderungsvorschläge oder zur Beratung wichtiger Angelegenheiten im Untersuchungsprozess zum Einsatz, siehe §§ 34 Abs. 1, 35, 45 Abs. 2 AufsG. Unter Umständen kann die „kollektive Analyse“ auch dazu missbraucht werden, sich individueller Verantwortlichkeit für pflichtwidrige (Verwaltungs-)Handlungen zu entziehen, siehe dazu auch in chinesisch-englischer Übersetzung: *Interpretation of the Supreme People's Court and the Supreme People's Procuratorate on Several Issues Concerning the Application of Law in Hearing Criminal Cases Involving Malfeasance in Office (I)* [最高人民法院、最高人民检察院关于办理渎职刑事案件适用法律若干问题的解释 (一)] vom 12.7.2012, abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.3.192499(EN).

56 Vgl. § 46 Abs. 1 mit 47 AufsG.

57 Siehe §§ 38–56 AufsG.

58 Insbesondere die geordnete Produktion und der Betrieb von Unternehmen sollen dadurch geschützt werden, siehe § 43 AufsG.

59 § 46 Abs. 2 und 4 AufsG.

Nach Abschluss des Verfahrens stehen der Aufsichtsbehörde verschiedene Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung: Diese sollen in erster Linie die Staatsbediensteten disziplinieren, sie dazu anleiten, ihre Fehler „aufrichtig“ zu ergründen und zu bereuen.⁶¹ Dazu kann am Ende des Untersuchungsverfahrens in leichten Fällen etwa die Anweisung zur Selbstkritik stehen.⁶² In anderen Fällen kann die Aufsicht auch über amtliche Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entlassung entscheiden.⁶³ Ansonsten ist bei begründetem Verdacht auf dienstbezogene Straftaten an die Volksstaatsanwaltschaft zu verweisen.⁶⁴ Dem „Aufsichtsobjekt“ (对监察对象), also dem Antragsteller, steht die Möglichkeit eines Widerspruchs bzw. Antrags auf „Überprüfung“ (复审) der Bearbeitungsentscheidung bei der betreffenden Aufsichtsbehörde und einer „erneuten Überprüfung [der Überprüfungsentscheidung]“ (复核) bei der nächsthöheren Aufsichtsbehörde offen.⁶⁵

Der zweite Verfahrenskomplex dient der Kontrolle der Aufsichtsbehörden und ihrer Mitarbeiter (§§ 60 bis 70 AufsG): Diese sind grundsätzlich der Kontrolle der Volkskongresse oder auch der „demokratischen Kontrolle, der sozialen Kontrolle und der Kontrolle durch die öffentli-

che Meinung“ unterworfen.⁶⁶ Zusätzlich können die Aufsichtsorgane spezielle Aufsichtspersonen beauftragen und spezielle interne Organe für Kontrolle einrichten, die unter bestimmten Voraussetzungen Aufsichtspersonal bis zu sieben Tage inhaftieren dürfen. Ansonsten finden sich in den §§ 65 bis 68 AufsG weitere Pflichten des Aufsichtspersonals.⁶⁷ Schließlich besteht hier die Möglichkeit einer Beschwerde (申诉) bei Rechtsverstößen durch die Aufsichtsbehörden und ihre Mitarbeiter.⁶⁸

Das Aufsichtsgesetz enthält darüber hinaus Bestimmungen zur internationalen Zusammenarbeit in der Korruptionsbekämpfung (§§ 57 bis 59 AufsG)⁶⁹ und zur rechtlichen Haftung (§§ 71 bis 76 AufsG). Die Aufsicht, einschließlich der Festlegung entsprechender Bestimmungen, über die Chinesische Volksbefreiungsarmee und die Bewaffnete Chinesische Volkspolizei obliegt der Zentralen Militärkommission.⁷⁰

IV. Revision: Die Änderungen im Einzelnen

Die Überarbeitung des Gesetzes erweitert insbesondere den Katalog von Zwangsmaßnahmen,

60 § 48 AufsG.

61 Siehe *Zentrale Disziplinarkommission der Kommunistischen Partei Chinas/Nationale Aufsichtskommission der Volksrepublik China* [中共中央纪律检查委员会; 中华人民共和国国家监察委员会编写], *Auslegung des Aufsichtsgesetzes der Volksrepublik China* [《中华人民共和国监察法》释义], Beijing 2018, S. 105–121.

62 § 52 Abs. 1 Nr. 1 AufsG; siehe dazu: *Zentrale Disziplinarkommission der Kommunistischen Partei Chinas/Nationale Aufsichtskommission der Volksrepublik China* [中共中央纪律检查委员会; 中华人民共和国国家监察委员会], *Wie man angewiesene Selbstkritik versteht und anwendet* [怎样理解和适用责令检查], 13.11.2024, online abrufbar unter <<https://www.ccdi.gov.cn>> (<<https://perma.cc/L6PS-XBKD>>).

63 § 52 Abs. 1 Nr. 2 AufsG.

64 § 52 Abs. 1 Nr. 4 AufsG; siehe auch § 397 Strafgesetzbuch der Volksrepublik China [中华人民共和国刑法] vom 6.7.1979 in der Fassung vom 29.12.2023, in chinesisch-englischer Übersetzung abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5185739(EN). Durch die Nationale Aufsichtskommission gesammelte Beweise sind im Gegensatz zu denen der Zentralen Disziplinarkommission auch vor Gericht verwendbar, so *Steve Tsang/Olivia Cheung*, *The Political Thought of Xi Jinping* (Fn. 19), S. 57.

65 § 56 AufsG. Diese Verfahren, also solche im Rahmen des Aufsichtsgesetzes, richten sich dabei jedoch wohl nicht nach dem Verwaltungswiderspruchsgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国行政复议法] vom 29.4.1999 in der Fassung vom 1.9.2023, in chinesisch-englischer Übersetzung abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5175408(EN); siehe zu diesem auch *Robert Heuser*, *Das chinesische Verwaltungswiderspruchsgesetz von 29.4.1999: Gegen die Willkür der „rotköpfigen Dokumente“*, in: *China aktuell* 2000, Nr. 2, S. 155–172. Dass die Verfahren, also solche im Rahmen des Aufsichtsgesetzes, sich wohl nicht nach dem Verwaltungswiderspruchsgesetz der VR China richten, legen jedenfalls die unterschiedliche Terminologie, etwa 复议 („Nachprüfung“) im Vergleich zu 复审 („Überprüfung“) im AufsG, und der Charakter der Aufsichtskommission als „vierte Gewalt“, die damit nicht den Gesetzen für die Verwaltung unterliegt, nahe, siehe dazu oben II. und zur Nationalen Aufsichtskommission als „politischem Körper“: *Steve Tsang/Olivia Cheung*, *The Political Thought of Xi Jinping* (Fn. 19), S. 57 f.

66 § 60, 61 AufsG.

67 Dazu gehört insbesondere auch die „Fähigkeit“ zur Anwendung von „Politnormen“ (政策), siehe § 65 AufsG. Bei diesen handelt es sich um durch die Verwaltung oder KPCh gesetztes Recht, siehe *Harro von Senger*, *Einführung in das chinesische Recht*, München 1994, S. 300. Weiterhin werden hier etwa Befangenheit und Geheimhaltung nach Dienstende geregelt, siehe §§ 67, 68 Abs. 1 AufsG.

68 § 69 AufsG.

69 Zu Problemen dabei: *ZHU Jiangnan/WEN Bo*, *‘Trace the Money, Seize the Fugitives’: China’s Other Anticorruption Battle*, in: *Journal of Contemporary China* 2022, Vol. 31 No. 138, S. 993–1011.

70 § 77 AufsG.

welche die Aufsichtsbehörden im Rahmen ihrer Untersuchungen einzusetzen befugt sind, und übernimmt dabei teils strafprozessuale Maßnahmen in das Aufsichtsverfahren.⁷¹ Auch die Befugnisse zur internen Kontrolle der Aufsichtsbehörden wurden verschärft. Im Einzelnen lassen sich die wesentlichen Änderungen unter drei Kategorien fassen: Kompetenzerweiterungen (siehe unten unter 1.), Fristen (siehe unten unter 2.) und Einschränkungen (siehe unten unter 3.).

1. Kompetenzerweiterungen

Die bedeutenden Kompetenzerweiterungen betreffen die Art der Zwangsmaßnahmen der Aufsichtsbehörden sowie das interne Kontrollverfahren.

a. Zwangsweise Vorführung

Mit der zwangsweisen Vorführung (强制到案; § 21 AufsG) übernimmt der Gesetzgeber die Vorführung (拘传) aus § 119 Strafprozessgesetz. Gemeint ist hier das verpflichtende Erscheinen zur Untersuchung durch die Aufsichtsbehörden. Dies ist jedoch eine kurzzeitige Maßnahme, deren Kürze explizit auch nicht durch die wiederholte Anordnung unterlaufen und als verdeckte Form der Inhaftierung genutzt werden darf.⁷²

b. Vorläufige Freilassung

Die vorläufige Freilassung (责令候查; § 23 AufsG) ist mit einer Höchstdauer von zwölf Monaten eine potenziell durchaus langfristige Maßnahme. Ihre Voraussetzungen entsprechen im Wesentlichen denen des strafprozessualen Hausarrests (监视居住),⁷³ welche jedoch mit entsprechenden Pflichten der Freilassung gegen Sicherheitsleistung (取保候审) kombiniert werden.⁷⁴

71 Für eine tabellarische Nebeneinanderstellung der alten und neuen Gesetzesfassung in der englischen Übersetzung siehe *China Law Translate*, Supervision Law 2024 revisions – Comparisons of new vs. old, 26.12.2024, abrufbar unter <<https://www.chinalawtranslate.com/en/supervision-law-2025/>>; siehe für eine inhaltliche Zusammenstellung auch *Jeremy Daum*, Keeping an Eye on the Watch Dog (2): Changes to the Supervision Law, *China Law Translate*, 3.1.2025, abrufbar unter <<https://www.chinalawtranslate.com/>> (<<https://perma.cc/4G5N-EWAV>>).

72 § 46 Abs. 2 AufsG.

73 Die Aufenthaltsvorgabe war zuvor bei Personen mit besonderen Bedürfnissen schon verboten, siehe § 96 Durchführungsverordnung zum Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China (Fn. 25).

74 §§ 71, 74 Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 30).

c. Schutzgewahrsam

Der Schutzgewahrsam (管护; § 25 AufsG) entspricht in Teilen der (vorläufigen) Festnahme (拘留) nach §§ 82, 85 Strafprozessgesetz. Der Schutzgewahrsam soll der Abwehr „erheblicher Sicherheitsrisiken“ (重大安全风险), allen voran Flucht oder Selbstmord⁷⁵, die etwa aufgrund von „Stimmungsschwankungen“ (情绪波动) nach dem Geständnis drohen,⁷⁶ dienen. Ermöglicht werden soll dies bei jedenfalls nicht bloß einfachen Dienstvergehen und Gefahren insbesondere für die untersuchte Person durch eine kurzfristige Festnahme, die im Vergleich zur Aufenthaltsvorgabe geringeren Anforderungen unterliegt. Zwar zählen Flucht- und Selbstmordgefahr auch zu den möglichen Fällen der Aufenthaltsvorgabe,⁷⁷ jedoch soll in den Fällen, in denen sich Personen freiwillig stellen oder gestehen,⁷⁸ unverzüglich und ohne die Einschränkungen für besondere Bedürfnisse⁷⁹ gehandelt werden können. Entsprechend der geringeren Anforderungen muss dann aber innerhalb von sieben bis zehn Tagen eine Entscheidung über die Aufenthaltsvorgabe oder Entlassung getroffen werden. Auch für den Schutzgewahrsam werden die Aufenthaltsvorgabeeinrichtungen genutzt (siehe § 25 Abs. 2 AufsG).

d. Kontrollverfahren

Neben internen Organen⁸⁰ wurde die Möglichkeit einer Beauftragung von speziellen Aufsichtsmitgliedern (特约监察员) zur Kontrolle der Aufsicht geschaffen (§ 62 AufsG).⁸¹ Außerdem wurde die Befugnis zur Inhaftierung (§ 64 AufsG) von Aufsichtspersonal im Rahmen der internen Kontrolle ergänzt. Es handelt sich dabei um einen kurzfristigen Freiheitsentzug, der sukzessive in Schutzgewahrsam oder Aufenthaltsvorgabe umgewandelt werden kann.⁸²

2. Fristen

Die zu den erweiterten Kompetenzen zugehörigen Fristen wurden neu eingefügt (§ 46 AufsG).

75 § 25 Abs. 1 AufsG.

76 Siehe die Erläuterungen zum Entwurf (Fn. 7).

77 § 24 Abs. 1 Nr. 2 AufsG.

78 So die Voraussetzungen des Schutzgewahrsams, vgl. § 25 Abs. 1 Nr. 1–3 AufsG.

79 § 23 Abs. 1 Nr. 2 AufsG.

80 Siehe oben unter III.3.

81 Siehe ausführlich dazu Arbeitsmethode der Speziellen Aufsichtsmitglieder der Nationalen Aufsichtskommission [国家监察委员会特约监察员工作办法] vom 24.8.2018, abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI16.321067.

82 § 64 Abs. 2 AufsG.

Außerdem wurden hinsichtlich der Aufenthaltsvorgabe die Fristverlängerung bei besonders schweren Fällen (§ 48 II AufsG) und der einmalige Neubeginn der Fristberechnung (§ 48 III AufsG) neu in das Gesetz aufgenommen. Dadurch verlängert sich die potenzielle Höchstdauer der Aufenthaltsvorgabe erheblich von sechs auf acht Monate mit der Möglichkeit eines einmaligen Neubeginns.⁸³

3. Einschränkungen

Insbesondere die Verpflichtung zum Schutz von Vermögensrechten und der autonomen Geschäftsführung von Unternehmen (自主经营权; § 43 Abs. 3 AufsG) verdeutlicht die ökonomischen Risiken, welche einer normalen Produktion bzw. einem normalen Betrieb von Unternehmen durch die weitreichenden Befugnisse und eine allzu ungebundene Aufsichtsarbeit drohen. Durch die Vermögensrechte in Verbindung mit Persönlichkeitsrechten sollen Privatunternehmer jedenfalls laut Gesetzestext besonders nachdrücklich vor willkürlichen Beeinträchtigungen geschützt werden.⁸⁴ Dass nun auch die wirtschaftliche Betätigung im Gesetzestext erwähnt wird und bei der Arbeit der Aufsichtsbehörden ausdrücklichem Schutz unterliegt, ist möglicherweise auch der Tatsache geschuldet, dass auf lokaler Verwaltungsebene Aufsichtsbefugnisse für Erpressungsversuche gegenüber Unternehmen missbraucht wurden.⁸⁵

4. Sonstiges

Ansonsten wurden verschiedene kleinere Änderungen vorgenommen. Unter anderem wurden etwa die Organe der Politischen Konsultativkonferenz und Institutionseinheiten⁸⁶ in den Kata-

log der Entsendungsziele aufgenommen (§ 12 AufsG),⁸⁷ sowie die Möglichkeit der Weiterentsendung ausgehend von diesen Entsendungszielen (§ 12 Abs. 2 und 3 AufsG) geschaffen. Von der Provinzebene abwärts werden die Aufenthaltsvorgabeeinrichtungen nun von den Behörden der öffentlichen Sicherheit (公安机关) bewacht.⁸⁸ Personen in Schutzgewahrsam oder Aufenthaltsvorgabe sowie ihre „nahen Verwandten“ (近亲属)⁸⁹ haben nun die Möglichkeit, eine Änderung der Maßnahmen bei der Aufsichtsbehörde zu beantragen (§ 50 Abs. 2 AufsG). Außerdem wurde eine abschließende Anhörung durch die Aufsichtsbehörden nach der Untersuchungsarbeit neustens vorgeschrieben (§ 51 AufsG). Das Genehmigungserfordernis zur Weiterführung der Untersuchung nach Flucht oder Tod wurde in § 55 Satz 1 AufsG gestrichen. Schließlich umfasst der zur Beschwerde (§ 69 AufsG) berechtigte Personenkreis neben nahen Verwandten nun auch „Interessierte“ (利害关系人).⁹⁰

V. Kritische Schlussbetrachtung

Trotz neuerlicher Revision bleiben die Kernprobleme der Fassung von 2018 größtenteils bestehen. Kritisiert wurde und wird vor allem, dass das Aufsichtssystem nicht den prozessualen Anforderungen etwa des Strafrechts, Verwaltungsrechts oder gerichtlicher Kontrolle unterliegt und letztlich die Aufsichtsbehörden nur sich selbst und der KPCh verantwortlich sind.⁹¹ So ist auch kein Rechtsbeistand für im Aufsichtsverfahren untersuchte Personen vorgesehen, und wenngleich die strafrechtlich relevanten Fälle letzten Endes der Staatsanwaltschaft übergeben werden, so gehen dieser Übergabe unter Umständen Monate der administrativen Inhaftierung voraus, zu deren Anordnung schon der begründete Verdacht auf „schwere Dienstvergehen“ (严重职务违法)⁹² genügt.

Grundsätzlich müssen die Familienangehörigen bei solchen Maßnahmen benachrichtigt

83 Siehe § 43 Abs. 2 AufsG a. F.

84 Siehe zur verfassungsrechtlichen Dimension: XIE Libin, Verfassungsstellung des Privatunternehmers in China – eine historische Betrachtung, ZChinR 2023, S. 5 ff.; siehe auch § 271 Durchführungsverordnung zum Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China (Fn. 25).

85 Siehe etwa Maya Wang, Chinese Provincial Governments Turn to Extortion, Human Rights Watch, 10.11.2024, abrufbar unter <<https://www.hrw.org>> (<<https://perma.cc/V6BP-B8F7>>).

86 Diese sind funktional mit den Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts vergleichbar, siehe dazu § 88 Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China in chinesisch-deutscher Übersetzung mit Anmerkungen von Yijie DING/Peter Leibkühler/Nils Klages/Knut Benjamin Pfisler, Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China [中华人民共和国民法典] vom 28.5.2020, ZChinR 2020, S. 207 ff. (S. 224 Fn. 49), mit Verweis auf § 2 Vorläufig durchgeführte Verordnung zur Verwaltung von Institutionseinheiten [事业单位登记管理条例] vom 25.10.1998 in der Fassung vom 27.6.2004, abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.2.53551.

87 Siehe oben III.1.

88 § 49 Abs. 2 AufsG.

89 Eine Legaldefinition findet sich in § 1045 Abs. 2 Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China (Fn. 86): „Ehegatten, Eltern, Kinder, Brüder, Schwestern, Großeltern [und] Enkel sind nahe Verwandte.“

90 Gemeint sind – wörtlich – hinsichtlich der Handlungen der Aufsichtsbehörde „in einer [eigenen] Nutzen und Schaden berührenden Beziehung stehende Personen“.

91 Etwa Jamie P. Horsley, What's So Controversial About China's New Anti-Corruption Body? – Digging into the National Supervision Commission, The Diplomat, 30.5.2018, abrufbar unter <<https://thediplomat.com>> (<<https://perma.cc/7QR7-W4X6>>); als Schlag für die Reformen in der Strafjustiz sieht es auch Jeremy Daum, China Law Translate, 3.1.2025 (Fn. 71).

werden (§ 50 Abs. 1 AufsG) – jedoch nur, solange dies die Untersuchung nicht beeinträchtigt.⁹³ Zwar wurden begrenzte Abhilfemöglichkeiten (Widerspruch, Beschwerde⁹⁴, Antrag auf Änderung der Maßnahme⁹⁵) geschaffen, jedoch handelt es sich dabei durchweg um behördeninterne Mechanismen, deren Effektivität, etwa wegen Ausbleiben der Benachrichtigung, höchst zweifelhaft ist. Auch die Effektivität etwa von Bestimmungen zu Interessenskonflikten⁹⁶ und andere Beschränkungen sind von der konsequenten internen Umsetzung abhängig. Außerdem kann die vage Verpflichtung auf den Schutz der Menschenrechte (§ 5 AufsG) und die „zivilisierte“ Ausübung der Aufsichtsarbeit (§ 43 AufsG) den hohen Missbrauchsrisiken nicht bedeutsam entgegenwirken. Die „großen“ Fragen – Rechtsbeistand, administrative Inhaftierung, externe Kontrolle – werden auch weiterhin nicht behandelt.

Die Kritik daran, die die Funktion des Aufsichtssystems bloß in der Verfolgung von „Tigern und Fliegen“ (老虎、苍蝇)⁹⁷ – „ein paar fauler Äpfel“ – erkennt,⁹⁸ verkennt jedoch, dass es das System eben nicht dabei belässt, sondern viel tiefergehender unterhalb der Schwelle des Strafrechts auf die (Selbst-)Disziplinierung der

Staatsbediensteten ausgerichtet ist. So besteht möglicherweise gerade deshalb bisher und auch in Zukunft schon überhaupt kein Interesse daran, diese Fragen bei der Ausgestaltung des Gesetzes zu berücksichtigen oder zu ändern: Schließlich tragen die extensiven und schwach beschränkten Befugnisse zur machtvollen Stellung dieses Systems und seiner Abschreckungswirkung bei.⁹⁹ Eine Normierung bedeutet eben nicht notwendigerweise eine Judizialisierung, und ganz besonders keine Abkehr von der Führung durch die KPCh im Sinne einer Trennung von Staat und Partei.¹⁰⁰ Auch von zukünftigen Reformen wird bezüglich der oben erwähnten Fragen somit wenig zu erwarten sein.

VI. Fazit

Das Aufsichtsgesetz regelt umfassend organisatorische, prozedurale und materielle Aspekte der Aufsicht. Es handelt sich um ein dem Strafrecht vorgelagertes Gesetz, das nicht bloß darauf zielt, Straftaten zu ermitteln, sondern die Staatsbediensteten, die öffentliche Gewalt ausüben, zu kontrollieren und bei Amtspflichtverletzungen auch unterhalb der Schwelle einer Straftat zu disziplinieren. Mit der Revision werden beispielsweise durch die Möglichkeit der Weiterentsendung die Anwendung des Gesetzes erweitert¹⁰¹ und die Höchstdauer der Aufenthaltsvorgabe verlängert.¹⁰² Nicht jede Erweiterung der aufsichtsbehördlichen Befugnisse ist jedoch mit einer Verschärfung zu verwechseln. Die aufgenommenen Zwangsmaßnahmen etwa ermöglichen den Aufsichtsbehörden, flexibler zu agieren und statt einer Aufenthaltsvorgabe kürzere, weniger einschneidende Maßnahmen zu treffen.¹⁰³

Im Prozess der weiteren Verrechtlichung (und Verflechtung) von Partei und Staat hat das Aufsichtsgesetz eine Doppelfunktion: Mit der Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch soll einerseits die Zufriedenheit bzw. das Vertrauen der Bevölkerung mit bzw. in den Staat steigen¹⁰⁴ und die politische Stabilität erhalten werden. Andererseits dient die Zentralisierung

92 Dazu gehört praktisch die gesamte Bandbreite der Vergehen, die politische, administrative und soziale Aspekte umfassen, sofern die „Umstände schwerwiegend“ (情节严重) sind, siehe §§ 28–40 Gesetz der Volksrepublik China über amtliche Disziplinarmaßnahmen gegenüber Staatsbediensteten [中华人民共和国公职人员政务处分法] vom 20.6.2020, chinesisch-englisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI1.343345(EN). Diese können die „Entlassung“ (开除) bzw. „Herabstufung im Rang oder Amtsenthebung“ (降级或者撤职) zur Folge haben, siehe §§ 28, 32–34, 36–40 bzw. 29–31, 34, 35, 38 dieses Gesetzes.

93 Als Beispiele genannt werden in § 50 Abs. 1 Satz 1 a. E. AufsG, dass „[...] die Gefahr der Verfälschung, Unterdrückung oder Vernichtung von Beweisen, der Beeinflussung von Zeugenaussagen oder geheimer Absprachen [besteht]“.

94 Siehe oben unter III.3.

95 Siehe oben unter IV.4.

96 §§ 67, 68 Abs. 2 AufsG.

97 Gemeint sind damit hochrangige Funktionäre („Tiger“) und einfache Offizielle („Fliegen“).

98 Siehe Aaron L. Friedberg, Xi Jinping's Anti-Corruption Campaign Is Doomed to Fail, *The Diplomat*, 7.10.2014, abrufbar unter <https://thediplomat.com> (<https://perma.cc/BCF2-JDZX>). Da diese Kritik sich auf das (systematische) Fehlen prozeduraler Garantien beschränkt und im Weiterbestehen von Korruption schon das bevorstehende Scheitern des Systems erblickt, fehlt ihr der Blick über politische Fraktionskämpfe hinaus: Dass zehn Jahre nach solchen Analysen der Zusammenbruch ausgeblieben ist, liegt wohl auch an seiner strukturellen Funktion zur (Selbst-)Disziplinierung der Staatsbediensteten.

99 Diese „Disziplinarinfrastruktur“ soll nämlich nicht bloß einschränken, sondern politische „compliance“ produzieren, siehe Shuyu CHU, *The Infrastructure of Control: Rethinking Party Discipline in China's Political-Legal System*, *European Chinese Law Research Hub*, 6.2.2025, abrufbar unter <https://blog.uni-koeln.de> (<https://perma.cc/Y9UZ-WMDY>).

100 Siehe Steve Tsang/Olivia Cheung, *The Political Thought of Xi Jinping* (Fn. 19), S. 58.

101 Siehe oben unter IV.4.

102 Siehe oben unter IV.2.

103 Siehe oben unter IV.1.

und Konsolidierung von Kontrolle durch die Nationale Aufsichtskommission auch dazu, die öffentliche Verwaltung auf Linie zu halten. Der (rechtliche) Zugriff auf die Bürokratie ist im Rahmen des Aufsichtsgesetzes erweitert und vertieft worden. Als „Infrastruktur der (Selbst-)Disziplinierung“¹⁰⁵ trägt dieser „institutionelle Käfig“ erheblich zur Selbsterhaltung des Aufsichtssystems und der politischen Kontrolle durch die KPCh bei. Wo hier die Ausübung öffentlicher Gewalt beschränkt wird, wird sie umso stärker an die Partei gebunden. Das staatliche System der Aufsicht ist jedenfalls weiter rechtlich konsolidiert worden, wobei eine voranschreitende Verrechtlichung nicht zwingend einen Fortschritt bei der Garantie von Rechten bedeutet.

104 Zu Teilerfolgen dabei siehe *Narisong Huhe/Jie CHEN/Yongguo CHEN*, Flies, Tigers, and the Leviathan: Anti-Corruption Campaigns and Popular Political Support in China, in: *Japanese Journal of Political Science* 2022, Vol. 23 No. 3, S. 193–208.

105 Siehe Fn. 100.

Hochrangige Verordnung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs erlassen – Ende der Subventionen für (ausländische) Investoren in der VR China?

Rainer Burkardt/Ondřej Zapletal *

I. Einführung	15
II. Die wichtigsten Inhalte der Verordnung	16
III. Regulatorischer Hintergrund der Verordnung	17
IV. Gründe für den Erlass der Verordnung	18
V. Rechtliche und praktische Auswirkungen der Verordnung auf (ausländische) Investoren	18
VI. Handlungsempfehlungen	19

Abstract

Der nachstehende Beitrag befasst sich mit der am 1. August 2024 in Kraft getretenen „Verordnung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs“, welche u. a. neue Regelungen zur Prüfung des fairen Wettbewerbs und von verbotenen Inhalten der durch die Verwaltungsbehörden ausgearbeiteten regulatorischen Maßnahmen vorsieht. Die Autoren behandeln die wichtigsten Inhalte der Verordnung, stellen den Zweck sowie den regulatorischen Hintergrund der Verordnung dar und erläutern die möglichen Gründe, warum die Verordnung nun erlassen wurde. Abschließend stellen sie die rechtlichen und praktischen Auswirkungen der Verordnung auf (ausländische) Investoren vor und geben Handlungsempfehlungen.

Does the Authoritative Regulation on Fair Competition Review Mean the End of Subsidies for (Foreign) Investors in China? — The following article discusses the Regulation on Fair Competition Review that took effect on 1 August 2024. The regulation contains new standards for the evaluation of fair competition and specifies certain content that the authorities may no longer include in their regulatory actions. Here the authors examine key elements of the regulation as well as its purpose and context, and they discuss the potential rationale behind it. The article concludes with a discussion of both the practical and legal implications of the regulation for (foreign) investors, and it suggests certain actions that may be taken.

I. Einführung

Am 1. August 2024 ist in der Volksrepublik China (im Folgenden als „VR China“ bezeichnet) die

„Verordnung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs“¹ (Verordnung) in Kraft getreten. Die Verordnung wurde am 11. Mai 2024 auf der 32. Ständigen Sitzung des Staatsrats verabschiedet.

* Rainer Burkardt ist Gründer und Geschäftsführer der chinesischen Anwaltskanzlei Burkardt & Partner in Shanghai. Ondřej Zapletal ist Rechtsberater bei Burkardt & Partner in Shanghai.

1 公平竞争审查条例 vom 6.6.2024, chinesisch-deutsch in diesem Heft, S. 80. Auf Chinesisch ist die Verordnung aufrufbar unter <<https://www.gov.cn>> (<<https://perma.cc/24TY-2TUP>>).

Der Zweck der Verordnung ist nach § 1 der Verordnung, eine faire Prüfung des Wettbewerbs zu regeln, einen fairen Wettbewerb zu fördern, das Geschäftsumfeld zu optimieren und einen einheitlichen nationalen Markt aufzubauen. Als Gesetzesgrundlage für den Erlass der Verordnung dient nach § 1 der Verordnung das Antimonopolgesetz der VR China, welches die Verordnung durchführen soll.

Die Verordnung soll im Kern die unter Provinzen und deren Industriezonen weitverbreitete Praxis der Gewährung von rechtsgrundlosen Subventionen und die damit einhergehende Wettbewerbsverzerrung verhindern. Eine unfaire Vergabe von Vergünstigungen an bestimmte Unternehmen führt regelmäßig dazu, dass deren Betriebskosten gesenkt werden, ihre Marktposition gegenüber anderen Marktteilnehmern gestärkt und der faire Wettbewerb damit beeinträchtigt wird.

Im Folgenden fassen die Autoren die wichtigsten Inhalte der Verordnung zusammen (unten unter II.), erläutern den regulatorischen Hintergrund der Verordnung (unten unter III.) und die möglichen Gründe für deren Erlass (unten unter IV.), weisen auf mögliche rechtliche und praktische Auswirkungen auf Investoren und Unternehmen in Bezug auf rechtsgrundlose Steuervergünstigungen und andere Subventionen hin (unten unter Kapitel V.) und geben zum Schluss Handlungsempfehlungen (unten unter Kapitel VI.).

II. Die wichtigsten Inhalte der Verordnung

Die Verordnung enthält insgesamt 27 Paragraphen, welche in fünf Kapitel unterteilt sind: 1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen; 2. Kapitel: Prüfungsmaßstäbe; 3. Kapitel: Prüfungsmechanismus; 4. Kapitel: Aufsicht und Gewährleistung; und 5. Kapitel: Ergänzende Regeln.

Im 1. Kapitel erlegt § 2 der Verordnung den Verwaltungsorganen und Organisationen der öffentlichen Gewalt die Pflicht auf, bei der Ausarbeitung von Gesetzen, Verwaltungsrechtsnormen, lokalen Rechtsnormen, Regeln, normativen Dokumenten sowie von „spezifischen politischen Maßnahmen“² (im Folgenden einheitlich als „Maßnahmen“ bezeichnet) gemäß der Verordnung zu prüfen, ob die Maßnahmen den Prinzipien des fairen Wettbewerbs entsprechen.

Im 2. Kapitel legt die Verordnung Maßstäbe für die Prüfung der Maßnahmen fest. Die

§§ 8 bis 11 bilden den Kern der Verordnung und enthalten die folgenden vier Verbote für die Formulierung der Maßnahmen, welche keine der folgenden Wirkungen entfalten dürfen:

1. Beschränkungen des Marktzugangs und -austritts (§ 8)
2. Einschränkung des freien Warenverkehrs (§ 9)
3. Beeinflussung der Produktions- und Betriebskosten bestimmter Wirtschaftsbeteiligter (§ 10)
4. Beeinflussung des Produktions- und Geschäftsverhaltens der Wirtschaftsbeteiligten (§ 11)

Da das Verbot von Maßnahmen, welche die Produktions- und Betriebskosten bestimmter Wirtschaftsbeteiligter beeinflussen (§ 10), die größte Auswirkung auf Unternehmen in der VR China hat, wird dieses Verbot nachstehend im Detail erläutert.

§ 10 der Verordnung verbietet ohne eine entsprechende Rechtsgrundlage in Gesetzen oder Rechtsverordnungen bzw. einer Genehmigung durch den Staatsrat

1. die Gewährung von Steuervergünstigungen an bestimmte Marktteilnehmer;
2. die Gewährung von selektiven oder differenzierenden finanziellen Anreizen oder Subventionen an bestimmte Marktteilnehmer;
3. die Gewährung von Vergünstigungen bei Verwaltungsgebühren, staatlichen Mitteln, Sozialversicherungsbeiträgen usw. an bestimmte Marktteilnehmer und
4. andere Bestimmungen, die Einfluss auf Produktions- und Betriebskosten haben könnten.

Damit fallen gemäß § 10 der Verordnung grundsätzlich alle Formen von Vergünstigungen, Anreizen und Subventionen, einschließlich der Steuererstattungen, Mietzuschüsse, Ausstattungszuschüsse, Zuschüsse für Talente, Wohnbeihilfe für leitende Angestellte usw. (nachstehend einheitlich als „Vergünstigungen“ bezeichnet) in den Anwendungsbereich der Verordnung.

Darüber hinaus sieht § 12 der Verordnung eine Ausnahmeregelung vor, nach der Maßnahmen, welche den Ausschluss oder die Beschränkung des Wettbewerbs bewirken oder bewirken

2 Chinesisch: 具体政策措施; in der chinesisch-deutschen Fassung der Verordnung (Fn. 1) als „konkrete Maßnahmen in Politnormen“ bezeichnet.

könnten, erlassen werden dürfen, wenn einer der folgenden Umstände vorliegt, es keine Alternative gibt, die einen geringeren Einfluss auf den fairen Wettbewerb hätte, und angemessene Geltungsfristen oder Auflösungsbedingungen für die Maßnahmen festgelegt werden:

1. Maßnahmen zum Schutz der staatlichen Sicherheit und der staatlichen Entwicklungsinteressen;
2. Maßnahmen zur Förderung des Fortschritts in Wissenschaft und Technologie sowie zur Stärkung der staatlichen Fähigkeit zur eigenständigen Innovation;
3. Maßnahmen zum Erreichen von Zielen wie Energieeinsparung, Umweltschutz und Katastrophenhilfe sowie zum Erreichen anderer allgemeiner gesellschaftlicher Interessen;
4. andere Umstände, die durch Gesetze und Verwaltungsrechtsnormen vorgeschrieben sind.

Das 3. Kapitel regelt unter anderem Zuständigkeiten für die Überprüfung der Maßnahmen auf fairen Wettbewerb. Nach § 13 der Verordnung müssen die Maßnahmen in der Entwurfsphase durch die Behörde, die für den Erlass der Maßnahme zuständig ist, geprüft werden. Darüber hinaus erfolgt eine parallele Prüfung des Maßnahmenentwurfs durch die zuständige Marktaufsichtsbehörde³ (§ 14). Im Rahmen der Prüfung müssen die Behörden die Meinung der durch die Maßnahme betroffenen Unternehmen, Branchenverbände, Handelskammern sowie anderer Interessierter und, soweit öffentliches Interesse betroffen ist, die Meinung der Öffentlichkeit einholen (§ 16).

Zur Kontrolle der Umsetzung der Verordnung sieht diese im 4. Kapitel ein System der Überwachung mit Hinweisgebern (§ 22) und Stichprobenprüfungen (§ 21) durch die Marktaufsichtsbehörde sowie Bestimmungen zur Haftung für die verantwortlichen Beamten vor.

Nach § 26 im 5. Kapitel der Verordnung soll die Marktaufsichtsabteilung des Staatsrates Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung erlassen.

III. Regulatorischer Hintergrund der Verordnung

Aus rechtlicher Sicht bringt die Verordnung keine wesentlichen Änderungen mit sich, denn

3 State Administration for Market Regulation (国家市场监督管理总局).

bereits 2016 veröffentlichte der Staatsrat die „Stellungnahme zur Einrichtung eines Prüfungssystems für fairen Wettbewerb im Rahmen des Aufbaus des Marktsystems“⁴ (Stellungnahme des Staatsrates), um Probleme wie Verwaltungsmonopole und lokale Hemmnisse anzugehen. In den Stellungnahmen des Staatsrates wurde zum ersten Mal das Konzept des „Prüfungssystems für fairen Wettbewerb“⁵ festgelegt.

Am 29. Juni 2021 traten die novellierten „Durchführungsbestimmungen für das System zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs“⁶ (Durchführungsbestimmungen) in Kraft. Diese untersagen die Vergabe von rechtswidrigen Vergünstigungen an bestimmte Unternehmen und waren bis zum Inkrafttreten der Verordnung die wichtigste Rechtsgrundlage für die Regelung des Überprüfungssystems für fairen Wettbewerb. Nach den Durchführungsbestimmungen müssen alle nicht rechtskonformen Maßnahmen aufgehoben oder angepasst werden.⁷ Durch die Novellierung des Antimonopolgesetzes im Jahre 2022⁸ wurde erstmals das System zur Prüfung des fairen Wettbewerbs auf gesetzlicher Ebene verankert.⁹ Eine Prüfung der Einhaltung des fairen Wettbewerbs ist immer dann vorgeschrieben, wenn Verwaltungsorgane Marktteilnehmer ungleich behandeln, indem sie beispielsweise mit Marktteilnehmern Kooperationsvereinbarungen abschließen oder Absichtserklärungen abgeben, die eine Einschränkung oder den Ausschluss des fairen Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Die Verordnung, die inhaltlich auf den Durchführungsbestimmungen basiert, enthält systematische und detaillierte Bestimmungen zur Überprüfung der Einhaltung des fairen Wettbewerbs.¹⁰ Zudem bezieht die Verordnung Gesetze und örtliche Vorschriften in den Anwendungsbereich dieser Überprüfung ein.¹¹

4 国务院关于在市场体系建设中建立公平竞争审查制度的意见 v. 1.6.2016, auf Chinesisch abrufbar unter <<https://www.gov.cn>> (<<https://perma.cc/9NZX-5YZW>>).

5 Chinesisch: 公平竞争审查制度.

6 公平竞争审查制度实施细则 vom 29.6.2021, auf Chinesisch abrufbar unter <<https://www.gov.cn>> (<<https://perma.cc/BC5F-2MJQ>>). Die ursprüngliche Fassung der Durchführungsbestimmungen vom 23.10.2017 ist auf Chinesisch abrufbar unter <<https://www.ndrc.gov.cn>> (<<https://perma.cc/592C-ZG9Y>>).

7 Siehe § 12 der ursprünglichen Fassung der Durchführungsbestimmungen (Fn. 6).

8 Antimonopolgesetz der Volksrepublik China (中华人民共和国反垄断法) vom 30.8.2007 in der Fassung vom 24.6.2022, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2023, S. 48 ff.

9 Siehe § 5 Antimonopolgesetz.

10 Siehe die §§ 13, 14, 16, 17, 18 Verordnung.

11 Siehe § 2 Verordnung.

Im Unterschied zu den Durchführungsbestimmungen und anderen bisherigen Regelungen¹², welche die Überprüfung der Einhaltung des fairen Wettbewerbs in Bezug auf Vergünstigungen nur in Form einer internen Verwaltungsvorschrift regeln, wurde die Verordnung vom Staatsrat erlassen und hat dadurch einen höheren Rang.¹³

Obwohl, wie oben gezeigt, rechtsgrundlose Vergünstigungen bereits vor dem Inkrafttreten der Verordnung verboten waren, hat mit dem Erlass der Verordnung die Wahrscheinlichkeit einer Durchsetzung des Verbots von Regelungen, welche die Produktions- und Betriebskosten der Wirtschaftsbeteiligten beeinflussen (§ 10), wie nachstehend erläutert, zugenommen.¹⁴

IV. Gründe für den Erlass der Verordnung

Vor dem Inkrafttreten der Verordnung war die Gewährung von wettbewerbsverzerrenden Vergünstigungen auf Provinzebene gängige Praxis und die chinesische Regierung hat keine wirkungsvollen Maßnahmen zur Durchsetzung des Verbots dieser Vergünstigungen ergriffen. Warum wurde die Verordnung nun erlassen?

Investitionen, insbesondere die von ausländischen Investoren, stellen in Form von Land- und Immobiliensteuern sowie Landnutzungsgebühren eine wichtige Einnahmequelle für Provinzen und Industriezonen dar. Landnutzungsgebühren machten beispielsweise im Jahr 2022 mit 8,6 Billionen Yuan fast ein Drittel der Gesamteinnahmen der lokalen Regierungen aus. Im Jahr zuvor waren es sogar 37 Prozent.¹⁵

Weil die Gewinnung von Investoren und neuen Investitionen für die Provinzen und deren Finanzierung essenziell ist, hat sich in der Vergangenheit ein wahrer Subventionskrieg zwischen

den im starken Wettbewerb stehenden Provinzen herausgebildet.

Um neue Investoren gewinnen zu können, gewährten Provinzen insbesondere ausländischen Investoren immer höhere Steuervergünstigungen, Anreize und Subventionen. Da diese oftmals rechtsgrundlos erfolgten, mussten die Provinzen die entsprechenden Subventionen aus eigenen finanziellen Mitteln zahlen, was, solange ausreichend neue Investitionen realisiert wurden, keine Defizite bewirkt hat, da die neuen Investitionen bereits versprochene Subventionen ausgleichen konnten. Dieser Ausgleichsmechanismus ist während, jedoch spätestens mit dem Ende der Coronapandemie aufgrund der ausbleibenden neuen ausländischen Investitionen außer Kraft gesetzt worden. Der Wert der ausländischen Direktinvestitionen sank im August 2024 um 49,4 Prozent im Jahresvergleich¹⁶ und verzeichnete somit den niedrigsten Wert seit 1990.¹⁷

Hinzu kommen exorbitante Kosten, die die Provinzen während der Coronapandemie durch die von der Zentralregierung angeordneten Kontrollmaßnahmen aufgehäuft haben. Schließlich tun das vergleichsweise schwache Wirtschaftswachstum, eine Korrektur im Immobiliensektor und schwacher Binnenkonsum ihr Übriges für eine stark zunehmende Verschuldung der Provinzen.¹⁸

Die Überschuldung der Provinzen und der damit immer stärkere Wettbewerb um die Gewährung immer höherer Steuervergünstigungen, Anreize und Subventionen scheint also eine der Hauptgründe für den Erlass der Verordnung zu sein, welche mit der Durchsetzung des Verbots von wettbewerbsverzerrenden Vergünstigungen¹⁹ darauf zielt, den traditionell starken Wettbewerb zumindest einzuschränken und damit das finanzielle Überleben der Provinzen zu sichern.

V. Rechtliche und praktische Auswirkungen der Verordnung auf (ausländische) Investoren

Investitionsverträge werden gängigerweise mit von den lokalen Regierungen eingerichteten In-

12 Beispielsweise die Leitenden Stellungnahmen des Staatsrates zur weiteren Förderung der Reform des Steuersystems unterhalb der Provinzebene (国务院办公厅关于进一步推进省以下财政体制改革工作的指导意见) vom 29.5.2022, auf Chinesisch abrufbar unter <<https://www.gov.cn>> (<<https://perma.cc/FZB3-9EDW>>), nach denen unzulässige Markteingriffe und an Steuereinnahmen gebundene Subventionen oder Rückführungsmaßnahmen schrittweise abzuschaffen sind.

13 So wurden die Durchführungsbestimmungen nicht vom Staatsrat, sondern von Staatsorganen erlassen, die dem Staatsrat unterstellt sind (Marktaufsichtsbehörde, Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform, Finanzministerium, Handelsministerium und Justizministerium).

14 Im Rahmen von Diskussionen mit den Autoren haben die Repräsentanten einiger Industriezonen die Umsetzung des Verbots in deren Praxis bestätigt.

15 Tianlei Huang, Local governments in China rely heavily on land revenue, abrufbar unter: <<https://www.piie.com>> (<<https://perma.cc/92E5-D9SE>>).

16 AHK Business Barometer – September 2024, abrufbar unter <<https://china.ahk.de>> (<<https://perma.cc/CQC9-ACW3>>).

17 Bloomberg, China has record foreign investment outflow as US\$168 billion exit, <<https://www.businessinsider.com.sg>> (<<https://perma.cc/NX24-B5ZL>>).

18 Z. B. hat das Finanzministerium der Provinz Jiangsu, die als eine der beliebtesten Investitionsziele für ausländische Investoren gilt, für den Zeitraum von Januar 2024 bis Mai 2024 einen Finanzdefizit von insgesamt 97,9 Mrd. CNY angekündigt.

19 Siehe oben unter II.

dustriezonen abgeschlossen. Zunächst ist zu klären, ob die bereits mit einer Industriezone abgeschlossenen (oder noch abzuschließenden) Investitionsverträge²⁰, die Vergünstigungen vorsehen, in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen und somit der Überprüfung der Einhaltung des fairen Wettbewerbs unterfallen.

Auch wenn die Verordnung in § 2 den Begriff „Maßnahmen“ nicht abschließend definiert, ist aufgrund der Stellungnahme des Staatsrates, welche auf subventionsgewährende Verträge ausdrücklich Bezug nimmt,²¹ davon auszugehen, dass Investitionsverträge in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen.

Somit können die Vergünstigungen, welche im Rahmen von mit Industriezonen abgeschlossenen Investitionsverträgen gewährt werden, auf Vereinbarkeit mit der Verordnung überprüft und im Fall von fehlender Rechtsgrundlage für ungültig erklärt werden²² bzw. wird eine Korrektur des Investitionsvertrages angeordnet.²³

Im Falle einer strikten Umsetzung der Verordnung, welche aufgrund der angespannten Finanzlage vieler Provinzen und Kommunen wahrscheinlich erscheint, würde dies für Investoren bedeuten, dass diese rechtsgrundlos vereinbarte Vergünstigungen nicht erhalten.

Aufgrund des höheren Ranges der Verordnung sowie der ersten Fälle in unserer Beratungspraxis, in denen Industrieparks, die vertraglich zugesagten, aber rechtsgrundlosen Vergünstigungen nicht mehr zahlen können (oder wollen), besteht nun ein erhöhtes Risiko, dass betroffene Investitionsprojekte kurzfristig zusätzliches Kapital benötigen.

VI. Handlungsempfehlungen

Ausländischen Investoren wird daher empfohlen, in Verhandlung befindliche, aber auch schon abgeschlossene Investitionsverträge auf Rechtmäßigkeit der gewährten Vergünstigungen zu prüfen, um deren Ausfallrisiko bewerten zu können.

Hierbei ist jedoch zu beachten, dass in der Praxis aufgrund des bereits in der Vergangenheit bestehenden Verbots der Gewährung von rechtsgrundlosen Vergünstigungen diese in den Investitionsverträgen oft umschrieben oder anders bezeichnet wurden, um zumindest vordergründig das entsprechende Verbot zu umgehen.

Investoren, die sich derzeit in Verhandlungen eines Investitionsvertrags befinden, sollten daher die Industriezone nicht nur um die Nennung der Rechtsgrundlagen, sondern auch um die richtige Bezeichnung der Vergünstigungen im Investitionsvertrag ersuchen.

20 Eine Investitionsvereinbarung zwischen einem ausländischen Investor und der chinesischen Regierung ist ein rechtlich bindendes Dokument, das die Bedingungen, Rechte und Pflichten beider Parteien im Rahmen einer ausländischen Direktinvestition (FDI) in China festlegt.

21 Siehe Abschnitt 4, Absatz 2, Satz 2 der Stellungnahme des Staatsrates (Fn. 4).

22 § 153 des Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China (中华人民共和国民法典), chinesisch-deutsch in: ZChinR 2020, S. 207 ff., besagt, dass ein Vertrag ungültig ist, wenn er zwingende Bestimmungen von Gesetzen oder Verwaltungsvorschriften verletzt.

23 Siehe § 21 Verordnung.

Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China

中华人民共和国主席¹

(第四十二号)

《全国人民代表大会常务委员会关于修改〈中华人民共和国监察法〉的决定》已由中华人民共和国第十四届全国人民代表大会常务委员会第十三次会议于2024年12月25日通过，现予公布，自2025年6月1日起施行。

中华人民共和国主席 习近平
2024年12月25日

Erlass des Präsidenten der Volksrepublik China

(Nr. 42)

Der „Beschluss des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses zur Revision des ‚Aufsichtsgesetzes der Volksrepublik China‘“² ist am 25.12.2024 auf der 13. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 14. Nationalen Volkskongresses verabschiedet worden, wird hiermit bekannt gemacht [und] vom 1.6.2025 an angewandt.

Xi Jinping, Präsident der Volksrepublik China
25.12.2024

中华人民共和国监察法

(2018年3月20日第十三届全国人民代表大会第一次会议通过 根据2024年12月25日第十四届全国人民代表大会常务委员会第十三次会议《关于修改〈中华人民共和国监察法〉的决定》修正)

目录

- 第一章 总则
第二章 监察机关及其职责
第三章 监察范围和管辖
第四章 监察权限
第五章 监察程序
第六章 反腐败国际合作
第七章 对监察机关和监察人员的监督

Aufsichtsgesetz der Volksrepublik China

(Am 20.3.2018 auf der 1. Sitzung des 13. Nationalen Volkskongresses verabschiedet; revidiert aufgrund des „Beschlusses zur Revision des ‚Aufsichtsgesetzes der Volksrepublik China‘“ auf der 13. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 14. Nationalen Volkskongresses am 25.12.2024)

Inhalt

1. Kapitel: Allgemeine Regeln
2. Kapitel: Aufsichtsbehörden und ihre Aufgaben
3. Kapitel: Anwendungsbereich und Zuständigkeit der Aufsicht
4. Kapitel: Aufsichtskompetenzen
5. Kapitel: Aufsichtsverfahren
6. Kapitel: Internationale Zusammenarbeit gegen Korruption
7. Kapitel: Kontrolle von Aufsichtsbehörden und Aufsichtspersonal

- 1 Chinesischer Gesetzestext der Neufassung des Aufsichtsgesetzes abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5288058. Der chinesische Gesetzestext ist in seiner alten Fassung (a. F.) abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.311767. Alternativ könnten das Gesetz und seine Behörden auch als „Kontrollgesetz“ und „Kontrollkommissionen“ übersetzt werden.
- 2 Chinesisch-englische Fassung des Revisionsbeschlusses abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5288020(EN).

第八章 法律责任

第九章 附则

8. Kapitel: Rechtliche Haftung

9. Kapitel: Ergänzende Regeln

第一章 总则

第一条 为了深入开展廉政建设和反腐败工作，加强对所有行使公权力的公职人员的监督，实现国家监察全面覆盖，持续深化国家监察体制改革，推进国家治理体系和治理能力现代化，根据宪法，制定本法。

第二条 坚持中国共产党对国家监察工作的领导，以马克思列宁主义、毛泽东思想、邓小平理论、“三个代表”重要思想、科学发展观、习近平新时代中国特色社会主义思想为指导，构建集中统一、权威高效的中国特色国家监察体制。

第三条 各级监察委员会是行使国家监察职能的专责机关，依照本法对所有行使公权力的公职人员（以下称公职人员）进行监察，调查职务违法和职务犯罪，开展廉政建设和反腐败工作，维护宪法和法律的尊严。

第四条 监察委员会依照法律规定独立行使监察权，不受行政机关、社会团体和个人的干涉。

1. Kapitel: Allgemeine Regeln

§ 1 [Gesetzgeberisches Ziel; vgl. § 1 AufsG a. F.] Um die Arbeit zum Aufbau einer ehrlichen und sauberen Regierung⁴ und zur Korruptionsbekämpfung tiefgreifend zu entfalten, die Kontrolle über alle Staatsbediensteten,⁵ die öffentliche Gewalt ausüben, zu stärken, eine umfassende Abdeckung der staatlichen Aufsicht zu erreichen, die Reform des Systems der staatlichen Aufsichtsorgane zu vertiefen und die Modernisierung des nationalen Systems der Regierungsführung⁶ und der Regierungsführungskapazitäten zu fördern, wird aufgrund der Verfassung⁷ dieses Gesetz festgelegt.

§ 2 [Ideologische Basis; = § 2 AufsG a. F.] An der Führung der Kommunistischen Partei Chinas bei der staatlichen Aufsichtsarbeit wird festgehalten, um geleitet vom Marxismus-Leninismus, den Mao-Zedong-Ideen, der Deng-Xiaoping-Theorie, den wichtigen Ideen der „Drei Repräsentanten“, dem Wissenschaftlichen Entwicklungskonzept [und] den Xi-Jinping-Ideen des Sozialismus chinesischer Prägung in der neuen Ära ein zentralisiertes, einheitliches, autoritatives [und] hocheffizientes staatliches Aufsichtssystem chinesischer Prägung aufzubauen.

§ 3 [Definition; = § 3 AufsG a. F.] Die Aufsichtskommissionen auf allen Ebenen sind die zuständigen Fachbehörden, die auf der Grundlage dieses Gesetzes die Funktionen der staatlichen Aufsicht ausüben [und] alle Staatsbediensteten, die öffentliche Gewalt ausüben (im Folgenden als Staatsbedienstete bezeichnet), beaufsichtigen, Dienstvergehen und dienstbezogene Straftaten untersuchen, Arbeiten zum Aufbau einer sauberen Regierung und der Korruptionsbekämpfung entfalten [und] die Würde der Verfassung und der Gesetze wahren.

§ 4 [Unabhängigkeit, Koordination; = § 4 AufsG a. F.] Die Aufsichtskommissionen üben auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen ihre Aufsichtsbefugnisse unabhängig aus, frei von Einmischungen durch Verwaltungsbehörden, gesellschaftliche Körperschaften⁸ und Einzelpersonen.

3 In den Paragrafenüberschriften wird auf Veränderungen zur alten Fassung des Aufsichtsgesetzes (AufsG vom 20.3.2018, siehe Fn. 1) hingewiesen.

4 Siehe dazu *Information Office of the State Council of the People's Republic of China, China's Efforts to Combat Corruption and Build a Clean Government, Government White Paper vom 29.10.2010*, in der englischen Fassung abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.WP.3529(EN). Gemeint ist der Aufbau einer „integren“ Regierung.

5 Es wird unterschieden zwischen „Staatsbediensteten“ (公职人员) und „Beamten“ (公务员).

6 Oder statt „Regierungsführung“ auch: „Governance“.

7 Verfassung der Volksrepublik China [中华人民共和国宪法] vom 4.4.1982 in der Fassung vom 11.3.2018, chinesisch und englisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.311950.

8 So auch zu finden in § 90 Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China [中华人民共和国民法典], ZChinR 2020, S. 207 ff., und in § 5 Bankaufsichtsgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国银行业监督管理法], ZChinR 2005, S. 246. Diese sind vergleichbar mit Vereinen, siehe *Josephine Asche, Vereinsrecht in der Volksrepublik China – Eine Einführung*, ZChinR 2008, S. 233 ff.

监察机关办理职务违法和职务犯罪案件，应当与审判机关、检察机关、执法部门互相配合，互相制约。

监察机关在工作中需要协助的，有关机关和单位应当根据监察机关的要求依法予以协助。

第五条 国家监察工作严格遵照宪法和法律，以事实为根据，以法律为准绳；权责对等，严格监督；遵守法定程序，公正履行职责；尊重和保障人权，在适用法律上一律平等，保障监察对象及相关人员的合法权益；惩戒与教育相结合，宽严相济。

第六条 国家监察工作坚持标本兼治、综合治理，强化监督问责，严厉惩治腐败；深化改革、健全法治，有效制约和监督权力；加强法治教育和道德教育，弘扬中华优秀传统文化，构建不敢腐、不能腐、不想腐的长效机制。

第二章 监察机关及其职责

第七条 中华人民共和国国家监察委员会是最高监察机关。

省、自治区、直辖市、自治州、县、自治县、市、市辖区设立监察委员会。

第八条 国家监察委员会由全国人民代表大会产生，负责全国监察工作。

Aufsichtsbehörden, die Fälle von Dienstvergehen und dienstbezogenen Straftaten bearbeiten, müssen mit den Organen der Rechtsprechung, den Organen der Staatsanwaltschaft [und] den Vollzugsbehörden zusammenarbeiten [und] eine gegenseitige Kontrolle ausüben.

Benötigen die Aufsichtsbehörden bei ihrer Arbeit Unterstützung, so müssen die betreffenden Behörden und Einheiten aufgrund der Anforderungen der Aufsichtsbehörden nach dem Recht Unterstützung leisten.

§ 5 [Verfahrensgrundlagen; vgl. § 5 AufsG a. F.] Die staatliche Aufsichtsarbeit erfolgt in strikter Übereinstimmung mit der Verfassung und den Gesetzen, auf der Grundlage der Tatsachen und mit dem Recht als Richtschnur; die Befugnisse entsprechen der Verantwortlichkeit, und die Kontrolle wird strikt durchgeführt; die gesetzlichen Verfahren werden eingehalten, und die Aufgaben werden gerecht ausgeführt; die Menschenrechte werden geachtet und geschützt und das Gesetz wird ausnahmslos gleich angewendet, sodass die gesetzlichen Rechte [und] Interessen der Aufsichtsobjekte und relevanter Personen gewahrt werden; Disziplinarmaßnahmen werden mit Erziehung verbunden [und] Strenge mit Milde.

§ 6 [Grundsätze; = § 6 AufsG a. F.] Die staatliche Aufsichtsarbeit hält daran fest, sowohl die Symptome als auch die Ursachen der Korruption zu bekämpfen, an der umfassenden Regierungsführung, daran die Kontrolle und Rechenschaftspflicht zu stärken und Korruption streng zu bestrafen, die Reformen zu vertiefen, die Rechtsherrschaft⁹ zu verbessern, die Macht wirksam einzuschränken und zu kontrollieren, die Erziehung zu Rechtsherrschaft und Moral zu stärken, die hervorragende traditionelle chinesische Kultur zu fördern und einen effektiven Mechanismus aufzubauen, sodass niemand es wagt, korrupt zu sein, korrupt sein kann [und] korrupt sein will.

2. Kapitel: Aufsichtsbehörden und ihre Aufgaben

§ 7 [Aufsichtskommissionen; = § 7 AufsG a. F.] Die Nationale Aufsichtskommission der Volksrepublik China ist die höchste Aufsichtsbehörde.

Aufsichtskommissionen werden in Provinzen, Autonomen Gebieten, regierungsunmittelbaren Städten, Autonomen Bezirken, Kreisen, Autonomen Kreisen, Städten [und] Stadtbezirken eingerichtet.

§ 8 [Nationale Aufsichtskommission; = § 8 AufsG a. F.] Die Nationale Aufsichtskommission wird vom Nationalen Volkskongress bestellt [und] verantwortet die landesweite Aufsichtsarbeit.

9 Vgl. chinesisch-deutsche Übersetzung des Gesetzgebungsgesetzes der Volksrepublik China (Revision 2023) [中华人民共和国立法法 (2023 修正)], ZChinR 2023, S. 87 ff.

国家监察委员会由主任、副主任若干人、委员若干人组成，主任由全国人民代表大会选举，副主任、委员由国家监察委员会主任提请全国人民代表大会常务委员会任免。

国家监察委员会主任每届任期同全国人民代表大会每届任期相同，连续任职不得超过两届。

国家监察委员会对全国人民代表大会及其常务委员会负责，并接受其监督。

第九条 地方各级监察委员会由本级人民代表大会产生，负责本行政区域内的监察工作。

地方各级监察委员会由主任、副主任若干人、委员若干人组成，主任由本级人民代表大会选举，副主任、委员由监察委员会主任提请本级人民代表大会常务委员会任免。

地方各级监察委员会主任每届任期同本级人民代表大会每届任期相同。

地方各级监察委员会对本级人民代表大会及其常务委员会和上一级监察委员会负责，并接受其监督。

第十条 国家监察委员会领导地方各级监察委员会的工作，上级监察委员会领导下级监察委员会的工作。

第十一条 监察委员会依照本法和有关法律规定履行监督、调查、处置职责：

(一) 对公职人员开展廉政教育，对其依法履职、秉公用权、廉洁从政从业以及道德操守情况进行监督检查；

Die Nationale Aufsichtskommission setzt sich aus einem Direktor, mehreren stellvertretenden Direktoren [und] mehreren Kommissaren zusammen; der Direktor wird vom Nationalen Volkskongress gewählt, die stellvertretenden Direktoren [und] Kommissare werden auf Vorschlag des Direktors der Nationalen Aufsichtskommission vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses ernannt und abberufen.

Die Amtszeit des Direktors der Nationalen Aufsichtskommission ist dieselbe wie die des Nationalen Volkskongresses, [und] die Anzahl der aufeinanderfolgenden Amtsperioden darf zwei nicht überschreiten.

Die Nationale Aufsichtskommission ist dem Nationalen Volkskongress und seinem Ständigen Ausschuss gegenüber verantwortlich und unterliegt deren Kontrolle.

§ 9 [Territoriale Aufsichtskommissionen; = § 9 AufsG a. F.] Die territorialen Aufsichtskommissionen auf allen Ebenen werden von den Volkskongressen ihrer Ebene bestellt und verantworten die Aufsichtsarbeit innerhalb ihres Verwaltungsbezirks.

Die territorialen Aufsichtskommissionen auf allen Ebenen setzen sich aus einem Direktor, mehreren stellvertretenden Direktoren und mehreren Kommissaren zusammen; die Direktoren werden von den Volkskongressen ihrer Ebene gewählt, [und] die stellvertretenden Direktoren und Kommissare werden auf Vorschlag des Direktors der Aufsichtskommission vom Ständigen Ausschuss des Volkskongresses ihrer Ebene ernannt oder abberufen.

Die Amtszeit der Direktoren der territorialen Aufsichtskommissionen auf allen Ebenen ist dieselbe wie die der Volkskongresse auf ihrer Ebene.

Die territorialen Aufsichtskommissionen auf allen Ebenen sind den Volkskongressen und ihren ständigen Ausschüssen auf ihrer Ebene sowie den Aufsichtskommissionen auf der nächsthöheren Ebene gegenüber verantwortlich und unterliegen deren Kontrolle.

§ 10 [Leitung; = § 10 AufsG a. F.] Die Nationale Aufsichtskommission leitet die Arbeit der territorialen Aufsichtskommissionen auf allen Ebenen, [und] die Aufsichtskommissionen der höheren Ebene leiten die Arbeit der Aufsichtskommissionen der tieferen Ebene.

§ 11 [Aufgaben der Aufsichtskommission; = § 11 AufsG a. F.] Die Aufsichtskommissionen üben die Aufgaben der Kontrolle, Untersuchung [und] Handhabung¹⁰ auf der Grundlage dieses Gesetzes und der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen aus:

1. Entfaltung von Erziehung zu sauberer Regierungsführung für Staatsbedienstete [und] Kontrolle und Untersuchung ihrer Aufgabenerfüllung nach dem Recht, der unparteiischen Ausübung öffentlicher Gewalt, ihrer Integrität in der politischen und beruflichen Tätigkeit sowie ihrer moralischen Integrität;

10 Für 处置 wurde in anderen Gesetzesübersetzungen „Handhabung“ verwendet, vgl. etwa Cybersicherheitsgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国网络安全法], ZChinR 2018, S. 113 ff.

(二) 对涉嫌贪污贿赂、滥用职权、玩忽职守、权力寻租、利益输送、徇私舞弊以及浪费国家资财等职务违法和职务犯罪进行调查;

(三) 对违法的公职人员依法作出政务处分决定; 对履行职责不力、失职失责的领导人员进行问责; 对涉嫌职务犯罪的, 将调查结果移送人民检察院依法审查、提起公诉; 向监察对象所在单位提出监察建议。

第十二条 各级监察委员会可以向本级中国共产党机关、国家机关、中国人民政治协商会议委员会机关、法律法规授权或者委托管理公共事务的组织和单位以及辖区内特定区域、国有企业、事业单位等派驻或者派出监察机构、监察专员。

经国家监察委员会批准, 国家监察委员会派驻本级实行垂直管理或者双重领导并以上级单位领导为主的单位、国有企业的监察机构、监察专员, 可以向驻在单位的下一级单位再派出。

2. Durchführung von Untersuchungen bei Verdacht auf Dienstvergehen und dienstbezogene Straftaten, wie etwa Unterschlagung [und] Bestechung, Amtsmissbrauch, Vernachlässigung von Amtspflichten, Rent-Seeking durch Machtmissbrauch, Vorteilsnahme, Verfolgung privaten Nutzens sowie Verschwendung staatlicher Mittel;

3. Entscheidungen¹¹ über amtliche Disziplinarmaßnahmen gegen Staatsbedienstete, die gegen das Gesetz verstoßen haben, werden nach dem Recht erlassen; Führungspersonal, das seine Aufgaben nicht erfüllt, vernachlässigt [oder] verletzt, wird zur Rechenschaft gezogen; bei Verdacht auf dienstbezogene Straftaten werden die Untersuchungsergebnisse an die Volksstaatsanwaltschaft zur Prüfung [und] Erhebung der öffentlichen Klage nach dem Recht übersandt; es werden Aufichtsvorschläge gegenüber der Einheit abgegeben, in der sich das Aufsichtsobjekt befindet.

§ 12 [Entsendung; Abs. 1 vgl. § 12 Abs. 1 AufsG a. F., Abs. 2 und 3 neu eingefügt, Abs. 4 vgl. § 12 Abs. 2 AufsG a. F.] Die Aufsichtskommissionen aller Ebenen können Organe für Aufsicht¹² und besondere Aufsichtspersonen in die Organe der Kommunistischen Partei Chinas, in die Staatsorgane, in die Organe der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, in die Organisationen und Einheiten, die durch Gesetze [oder] Rechtsnormen ermächtigt oder beauftragt sind, die öffentlichen Angelegenheiten auf ihrer Ebene zu regeln, sowie in bestimmte Gebiete, in staatseigene Unternehmen [und] Institutionseinheiten¹³ innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs entsenden.

Mit Genehmigung der Nationalen Aufsichtskommission können die Organe für Aufsicht [und] besonderen Aufsichtspersonen, die von der Nationalen Aufsichtskommission stationiert sind, um vertikale Verwaltung oder doppelte Führung in Einheiten und staatseigenen Unternehmen auf ihrer eigenen Ebene oder in denen mindestens die Führung der übergeordneten Einheit vorherrscht, auszuüben, [weitere] Entsendungen [von Organen für Aufsicht und besonderen Aufsichtspersonen, vgl. Abs. 1] auf die nächsttiefere Ebene der Einheit, in der sie stationiert sind, [vornehmen].

11 Die Begriffe 判决 (Urteil), 裁定 (gerichtlicher Beschluss), 决定 (Entscheidung, Beschluss) sind im Chinesischen strikt zu unterscheiden, als es eine klare Unterscheidung zwischen dem Urteil, gerichtlichen Beschluss und einer Entscheidung gibt. In der deutschen Übersetzung wird grundsätzlich die Übersetzung von 决定 als „Beschluss“ beibehalten, vgl. etwa auch Bankaufsichtsgesetz der Volksrepublik China (Fn. 8), S. 245 ff.; Beamten-gesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国公务员法], ZChinR 2006, S. 205 ff.; Gesetzgebungsgesetz der Volksrepublik China (Fn. 9); in Verbindung mit 作出 wird typischerweise jedoch „Entscheidung“ verwendet, vgl. auch Norm der Gesetzgebungstechnik (versuchsweise durchgeführt) (Teil 2) [立法技术规范 (试行) (二)], ZChinR 2019, S. 181. Jedenfalls darf diese Art von Entscheidung bzw. Beschluss nicht mit dem gerichtlichen Beschluss verwechselt werden.

12 Es handelt sich bei diesen „Organen“ (机构) um Organisationsorgane, die vom Gesetz zur Erfüllung von Überwachungs- und Verwaltungsfunktionen ermächtigt werden, vgl. Norm der Gesetzgebungstechnik (versuchsweise durchgeführt) (Teil 1) [立法技术规范 (试行) (一)], ZChinR 2019, S. 159 a. E.

13 Siehe dazu § 88 Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China (Fn. 8) und Gesetzgebungsgesetz der Volksrepublik China (Fn. 9), S. 113 Fn. 69.

经国家监察委员会批准，国家监察委员会派驻监察机构、监察专员，可以向驻在单位管理领导班子的普通高等学校再派出；国家监察委员会派驻国务院国有资产监督管理机构的监察机构，可以向驻在单位管理领导班子的国有企业再派出。

监察机构、监察专员对派驻或者派出它的监察委员会或者监察机构、监察专员负责。

第十三条 派驻或者派出的监察机构、监察专员根据授权，按照管理权限依法对公职人员进行监督，提出监察建议，依法对公职人员进行调查、处置。

第十四条 国家实行监察官制度，依法确定监察官的等级设置、任免、考评和晋升等制度。

第三章 监察范围和管辖

第十五条 监察机关对下列公职人员和有关人员进行监察：

(一) 中国共产党机关、人民代表大会及其常务委员会机关、人民政府、监察委员会、人民法院、人民检察院、中国人民政治协商会议各级委员会机关、民主党派机关和工商业联合会机关的公务员，以及参照《中华人民共和国公务员法》管理的人员；

(二) 法律、法规授权或者受国家机关依法委托管理公共事务的组织中从事公务的人员；

(三) 国有企业管理人员；

(四) 公办的教育、科研、文化、医疗卫生、体育等单位中从事管理的人员；

Mit Genehmigung der Nationalen Aufsichtskommission können die durch die Nationale Aufsichtskommission stationierten Organe für Aufsicht und besonderen Aufsichtspersonen [weitere] Entsendungen an gewöhnliche Hochschulen [vornehmen], deren Führungsgremien unter der Verwaltung der Einheit stehen, in der sie stationiert sind; die durch die Nationale Aufsichtskommission in den Organen für Kontrolle und Verwaltung für staatseigenes Vermögen des Staatsrates stationierten Organe für Aufsicht können [weitere] Entsendungen an staatseigene Unternehmen [vornehmen], deren Führungsgremien unter der Verwaltung der Einheit stehen, in der sie stationiert sind.

Die Organe für Aufsicht [und] besonderen Aufsichtspersonen sind gegenüber der Aufsichtskommission oder den Organen für Aufsicht [und] besonderen Aufsichtspersonen verantwortlich, welche sie entsandt oder beauftragt haben.

§ 13 [Aufgaben der Organe für Aufsicht und besonderen Aufsichtspersonen; = § 13 AufsG a. F.] Die stationierten oder entsandten Organe für Aufsicht [und] besonderen Aufsichtspersonen führen aufgrund ihrer Ermächtigung [und] nach ihre Verwaltungskompetenzen nach dem Recht die Kontrolle der Staatsbediensteten durch, geben Aufsichtsvorschläge ab [und] führen nach dem Recht die Untersuchungen und Handhabung der Staatsbediensteten durch.

§ 14 [Öffentlicher Aufsichtsdienst; = § 14 AufsG a. F.] Der Staat schafft ein System der öffentlichen Aufsichtsdienste [und] legt nach dem Recht Systeme für die Festlegung der Rangordnung, Ernennung und Entlassung sowie Beurteilung und Beförderung der Aufsichtsoffiziellen fest.

3. Kapitel: Anwendungsbereich und Zuständigkeit der Aufsicht

§ 15 [Persönlicher Anwendungsbereich; = § 15 AufsG a. F.] Die Aufsichtsbehörden führen die Aufsicht über die folgenden Staatsbediensteten und relevantes Personal durch:

1. Beamte der Organe der Kommunistischen Partei Chinas, der Organe der Volkskongresse und ihrer Ständigen Ausschüsse, der Volksregierungen, der Aufsichtskommissionen, der Volksgerichte, der Volksstaatsanwaltschaften, der Organe der Ausschüsse der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes auf allen Ebenen, der Organe der demokratischen Parteien und der Organe der Industrie- und Handelsverbände sowie Personal, das entsprechend dem „Beamtengesetz der Volksrepublik China“¹⁴ verwaltet wird;

2. Personal, das öffentliche Angelegenheiten bei Organisationen wahrnimmt, das durch Gesetze [oder Rechtsnormen] ermächtigt oder nach dem Recht von Staatsorganen mit der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten betraut ist;

3. Manager staatseigener Unternehmen;

4. Personal, das in öffentlich verwalteten Einheiten wie etwa in der Bildung, wissenschaftlichen Forschung, Kultur, im Gesundheitswesen [und] Sport mit der Verwaltung betraut ist;

14 Chinesisch-englische Fassung des 2018 revidierten Gesetzestextes abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.328148(EN).

(五) 基层群众性自治组织中从事管理的人员;

(六) 其他依法履行公职的人员。

第十六条 各级监察机关按照管理权限管辖本辖区内本法第十五条规定的人员所涉监察事项。

上级监察机关可以办理下一级监察机关管辖范围内的监察事项，必要时也可以办理所辖各级监察机关管辖范围内的监察事项。

监察机关之间对监察事项的管辖有争议的，由其共同的上级监察机关确定。

第十七条 上级监察机关可以将其所管辖的监察事项指定下级监察机关管辖，也可以将下级监察机关有管辖权的监察事项指定给其他监察机关管辖。

监察机关认为所管辖的监察事项重大、复杂，需要由上级监察机关管辖的，可以报请上级监察机关管辖。

第四章 监察权限

第十八条 监察机关行使监督、调查职权，有权依法向有关单位和个人了解情况，收集、调取证据。有关单位和个人应当如实提供。

监察机关及其工作人员对监督、调查过程中知悉的国家秘密、工作秘密、商业秘密、个人隐私和个人信息，应当保密。

任何单位和个人不得伪造、隐匿或者毁灭证据。

5. Personal, das in Selbstverwaltungsorganisationen der Volksmassen der Grundstufe mit der Verwaltung betraut ist;

6. anderes Personal, das nach dem Recht öffentliche Aufgaben wahrnimmt.

§ 16 [Zuständigkeit; = § 16 AufsG a. F.] Die Aufsichtsbehörden aller Ebenen sind nach ihren Verwaltungskompetenzen für die Aufsichtsangelegenheiten gegenüber des in § 15 dieses Gesetzes bestimmten Personals innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs zuständig.

Die übergeordneten Aufsichtsbehörden können Aufsichtsangelegenheiten innerhalb der Zuständigkeit und des Anwendungsbereichs der Aufsichtsbehörde der nächsttieferen Ebene behandeln; nötigenfalls können sie auch Aufsichtsangelegenheiten innerhalb der Zuständigkeit und des Anwendungsbereichs der Aufsichtsbehörden aller Ebenen, die in ihre Zuständigkeit fallen, behandeln.

Besteht zwischen den Aufsichtsbehörden Streit über die Zuständigkeit in einer Aufsichtsangelegenheit, so wird dieser von ihrer gemeinsamen übergeordneten Aufsichtsbehörde entschieden.

§ 17 [Zuweisung; = § 17 AufsG a. F.] Übergeordnete Aufsichtsbehörden können die in ihre Zuständigkeit fallenden Aufsichtsangelegenheiten einer nachgeordneten Aufsichtsbehörde zur Zuständigkeit zuweisen oder die Aufsichtsangelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich einer nachgeordneten Aufsichtsbehörde fallen, einer anderen Aufsichtsbehörde zur Zuständigkeit zuweisen.

Ist eine Aufsichtsbehörde der Auffassung, dass die in ihre Zuständigkeit fallenden Aufsichtsangelegenheiten von erheblicher Bedeutung [und] Schwierigkeit sind und der Zuständigkeit einer übergeordneten Aufsichtsbehörde bedürfen, kann sie die Angelegenheit der übergeordneten Aufsichtsbehörde zur Zuständigkeit melden.

4. Kapitel: Aufsichtskompetenz

§ 18 [Arbeit der Aufsichtsbehörden; Abs. 1 und 3 = § 18 Abs. 1 und 3 AufsG a. F., Abs. 2 vgl. § 18 Abs. 2 AufsG a. F.] Bei der Ausübung ihrer Kontroll- [und] Untersuchungsbefugnisse haben die Aufsichtsbehörden das Recht, nach dem Recht Informationen von den betreffenden Einheiten und Einzelpersonen einzuholen¹⁵ und Beweise zu sammeln und herbeizuschaffen. Die betreffenden Einheiten und Einzelpersonen müssen diese Informationen wahrheitsgemäß liefern.

Die Aufsichtsbehörden und ihre Mitarbeiter müssen Staatsgeheimnisse, Betriebsgeheimnisse, Geschäftsgeheimnisse, die Privatsphäre und persönliche Informationen, die im Rahmen der Kontrolle und der Untersuchungen bekannt werden, geheim halten.

Keine Einheit und Einzelperson darf Beweise verfälschen, unterdrücken oder vernichten.

¹⁵ Wörtlich: „Umstände zu verstehen“.

第十九条 对可能发生职务违法的监察对象，监察机关按照管理权限，可以直接或者委托有关机关、人员进行谈话，或者进行函询，要求说明情况。

第二十条 在调查过程中，对涉嫌职务违法的被调查人，监察机关可以谈话，要求其就涉嫌违法行为作出陈述，必要时向被调查人出具书面通知。

对涉嫌贪污贿赂、失职渎职等职务犯罪的被调查人，监察机关可以进行讯问，要求其如实供述涉嫌犯罪的情况。

第二十一条 监察机关根据案件情况，经依法审批，可以强制涉嫌严重违法职务违法或者职务犯罪的被调查人到案接受调查。

第二十二条 在调查过程中，监察机关可以询问证人等人员。

第二十三条 被调查人涉嫌严重违法职务违法或者职务犯罪，并有下列情形之一的，经监察机关依法审批，可以对其采取责令候查措施：

(一) 不具有本法第二十四条第一款所列情形的；

(二) 符合留置条件，但患有严重疾病、生活不能自理的，系怀孕或者正在哺乳自己婴儿的妇女，或者生活不能自理的人的唯一扶养人；

§ 19 [Klärungsmaßnahmen; vgl. § 19 AufG a. F.] Die Aufsichtsbehörden können nach ihrer Verwaltungskompetenz mit Aufsichtsobjekten, die ein Dienstvergehen begangen haben könnten, unmittelbar oder durch Beauftragung der betreffenden Behörde oder des betreffenden Personals ein Gespräch führen oder ein Erkundungsschreiben verfassen [sowie] die Erklärung der Umstände verlangen.

§ 20 [Vernehmung; Abs. 1 vgl. § 20 Abs. 1 AufG a. F., Abs. 2 = § 20 Abs. 2 AufG a. F.] Im Rahmen einer Untersuchung können die Aufsichtsbehörden mit untersuchten Personen, die im Verdacht stehen, ein Dienstvergehen begangen zu haben, ein Gespräch führen [und] sie auffordern, eine Erklärung zu der verdächtigten rechtswidrigen Handlung vorzulegen,¹⁶ und der untersuchten Person nötigenfalls eine schriftliche Mitteilung machen.

Die Aufsichtsbehörden können mit einer untersuchten Person, die der Unterschlagung [und] Bestechung, Pflichtverletzung und anderer dienstbezogener Straftaten verdächtig wird, ein Verhör durchführen [und] von ihr eine wahrheitsgemäße Meldung über die Umstände der verdächtigten Straftat verlangen.

§ 21 [Vorführung; neu eingefügt] Aufgrund der Umstände des Falls und nach der Genehmigung nach dem Recht können die Aufsichtsbehörden eine untersuchte Person, die eines schweren Dienstvergehens oder einer dienstbezogenen Straftat verdächtig wird, zwingen, zur Untersuchung zu erscheinen.

§ 22 [Befragung; = § 21 AufG a. F.] Im Laufe einer Untersuchung können die Aufsichtsbehörden Zeugen und andere Personen befragen.

§ 23 [Vorläufige Freilassung; neu eingefügt] Wenn die untersuchte Person im Verdacht steht, ein schweres Dienstvergehen oder eine dienstbezogene Straftat begangen zu haben, und liegt einer der folgenden Umstände vor, kann nach Genehmigung der Aufsichtsbehörde nach dem Recht die Maßnahme ihrer vorläufigen Freilassung¹⁷ ergriffen werden:

1. Keiner der in § 24 Absatz 1 dieses Gesetzes aufgeführten Umstände liegt vor;

2. Personen, die die Voraussetzungen für die Aufenthaltsvorgabe¹⁸ erfüllen, jedoch in eine schwere Krankheit verfallen sind [und] keine Fähigkeit zur Selbstversorgung¹⁹ haben, Frauen, die schwanger sind oder ihren eigenen Säugling stillen müssen, oder alleinige Unterhaltsverpflichtete einer Person, die keine Fähigkeit zur Selbstversorgung hat;

16 Wörtlich: „eine Äußerung erlassen“.

17 Dies entspricht in etwa der strafprozessualen Freilassung gegen Sicherheitsleistung (取保候审), vgl. § 67 Strafprozessgesetz der Volksrepublik China [中华人民共和国刑事诉讼法], ZChinR 2020, S. 41.

18 Hier wird die Übersetzung von 留置 als „Aufenthaltsvorgabe“ oder vielmehr „vorgegebener Aufenthalt an einer bestimmten Stätte“ beibehalten, vgl. dazu § 170 Abs. 2 Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 17), S. 61. Dieser etwas künstlich anmutende Begriff ist wohl der Herkunft dieser Maßnahme aus dem „Shuanggui“- (双规) bzw. „Shuangzhi“-System (双指) geschuldet, bei dem sich die untersuchte Person im Rahmen von Disziplinarverfahren der KPCh bzw. administrativen Disziplinarverfahren zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort aufzuhalten hatte. Praktisch handelt es sich dabei um eine (fristgebundene) administrative Inhaftierung.

19 Wörtlich: „keine Fähigkeit für sich selbst zu Leben haben“.

(三) 案件尚未办结, 但留置期限届满或者对被留置人员不需要继续采取留置措施的;

(四) 符合留置条件, 但因为案件的特殊情况或者办理案件的需要, 采取责令候查措施更为适宜的。

被责令候查人员应当遵守以下规定:

(一) 未经监察机关批准不得离开所居住的直辖市、设区的市的市区或者不设区的市、县的辖区;

(二) 住址、工作单位和联系方式发生变动的, 在二十四小时以内向监察机关报告;

(三) 在接到通知的时候及时到案接受调查;

(四) 不得以任何形式干扰证人作证;

(五) 不得串供或者伪造、隐匿、毁灭证据。

被责令候查人员违反前款规定, 情节严重的, 可以依法予以留置。

第二十四条 被调查人涉嫌贪污贿赂、失职渎职等严重职务违法或者职务犯罪, 监察机关已经掌握其部分违法犯罪事实及证据, 仍有重要问题需要进一步调查, 并有下列情形之一的, 经监察机关依法审批, 可以将其留置在特定场所:

(一) 涉及案情重大、复杂的;

(二) 可能逃跑、自杀的;

(三) 可能串供或者伪造、隐匿、毁灭证据的;

(四) 可能有其他妨碍调查行为的。

对涉嫌行贿犯罪或者共同职务犯罪的涉案人员, 监察机关可以依照前款规定采取留置措施。

3. wenn der Fall noch nicht abgeschlossen ist, jedoch die Frist der Aufenthaltsvorgabe abgelaufen ist oder die Maßnahme des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte für die aufenthaltsvorgegebenen Personen nicht fortgesetzt werden müssen;

4. wenn die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsvorgabe erfüllt sind, es jedoch aufgrund der besonderen Umstände des Falls oder der Erfordernisse der Bearbeitung des Falls angemessener ist, die Maßnahme der vorläufigen Freilassung zu ergreifen.

Personen, die vorläufig freigelassen wurden, müssen die folgenden Bestimmungen einhalten:

1. Ohne die Genehmigung der Aufsichtsbehörden darf der Stadtbezirk einer regierungsunmittelbaren Stadt, einer in Bezirke unterteilten Stadt oder der Verwaltungsbezirk einer bezirksfreien Stadt oder eines Kreises, in dem der Wohnsitz liegt, nicht verlassen werden;

2. Änderungen der Anschrift, der Arbeitseinheit und der Kontaktdaten werden den Aufsichtsbehörden innerhalb von vierundzwanzig Stunden berichtet;

3. unverzügliches Erscheinen zur Untersuchung bei Benachrichtigung;

4. sie dürfen die Zeugen bei der Ablegung der Zeugnisse in keiner Weise stören;

5. es darf keine geheimen Absprachen geben, und es dürfen keine Beweise verfälscht, unterdrückt oder vernichtet werden.

Verstoßen Personen, die vorläufig freigelassen wurden, gegen die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes und sind die Tatumstände schwerwiegend, so können sie nach dem Recht eine Aufenthaltsvorgabe auferlegt bekommen.

§ 24 [Aufenthaltsvorgabe; = § 22 AufsG a. F.] Wenn die untersuchte Person der Unterschlagung [und] Bestechung, der Pflichtverletzung [oder] anderer schwerer Dienstvergehen oder dienstbezogener Straftaten verdächtigt wird und die Aufsichtsbehörden bereits einen Teil der Beweise für die Tatsachen ihrer Vergehen und Straftaten erfasst haben, es aber noch wichtige Fragen gibt, die weitere Untersuchungen erfordern, und liegt einer der folgenden Umstände vor, kann sie nach der Genehmigung der Aufsichtsbehörde nach dem Recht an einem bestimmten Ort aufenthaltsvorgegeben werden:

1. Es handelt sich um einen Fall von erheblicher Bedeutung [und] Schwierigkeit;

2. mögliche Flucht [oder] Selbstmord;

3. es besteht die Möglichkeit der geheimen Absprache oder der Verfälschung, Unterdrückung [oder] Vernichtung von Beweisen;

4. es könnte eine andere Behinderung der Untersuchung vorliegen.

Gegenüber einer eines Bestechungsdelikts oder der Begehung einer gemeinsamen dienstbezogenen Straftat verdächtigten Person können die Aufsichtsbehörden auf der Grundlage des vorstehenden Absatzes Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte ergreifen.

留置场所的设置、管理和监督依照国家有关规定执行。

第二十五条 对于未被留置的下列人员，监察机关发现存在逃跑、自杀等重大安全风险的，经依法审批，可以进行管护：

(一) 涉嫌严重职务违法或者职务犯罪的自动投案人员；

(二) 在接受谈话、函询、询问过程中，交代涉嫌严重职务违法或者职务犯罪问题的人员；

(三) 在接受讯问过程中，主动交代涉嫌重大职务犯罪问题的人员。

采取管护措施后，应当立即将被管护人员送留置场所，至迟不得超过二十四小时。

第二十六条 监察机关调查涉嫌贪污贿赂、失职渎职等严重职务违法或者职务犯罪，根据工作需要，可以依照规定查询、冻结涉案单位和个人的存款、汇款、债券、股票、基金份额等财产。有关单位和个人应当配合。

冻结的财产经查明与案件无关的，应当在查明后三日内解除冻结，予以退还。

第二十七条 监察机关可以对涉嫌职务犯罪的被调查人以及可能隐藏被调查人或者犯罪证据的人的身体、物品、住处和其他有关地方进行搜查。在搜查时，应当出示搜查证，并有被搜查人或者其家属等见证人在场。

搜查女性身体，应当由女性工作人员进行。

Die Einrichtung, Verwaltung und Kontrolle von Aufenthaltsvorgabeeinrichtungen erfolgen auf der Grundlage der einschlägigen staatlichen Bestimmungen.

§ 25 [Schutzgewahrsam; neu eingefügt] Die folgenden Personen, die nicht in Aufenthaltsvorgabe genommen wurden, können die Aufsichtsbehörden, wenn sie feststellen, dass ein erhebliches Sicherheitsrisiko besteht, wie etwa Flucht [oder] Selbstmord, nach einer Genehmigung nach dem Recht in Schutzgewahrsam²⁰ nehmen:

1. Personen, die sich freiwillig gestellt haben [und] verdächtigt werden, ein schweres Dienstvergehen oder eine dienstbezogene Straftat begangen zu haben;

2. Personen, die im Rahmen von Gesprächen, Erkundigungsschreiben und Befragungen schwere Dienstvergehen oder dienstbezogene Straftaten gestehen;

3. Personen, die im Rahmen eines Verhörs die Initiative ergreifen, eine verdächtige schwere dienstbezogene Straftat zu gestehen.

Unmittelbar nach Ergreifen der Maßnahmen des Schutzgewahrsams muss die in Schutzgewahrsam genommene Person sofort in eine Aufenthaltsvorgabeeinrichtung verbracht werden, [und zwar] innerhalb eines Zeitraums, der vierundzwanzig Stunden nicht überschreiten darf.

§ 26 [Einfrieren von Vermögen; = § 23 AufsG a. F.] Die Aufsichtsbehörden, die bei Verdacht auf Unterschlagung, Bestechung, Pflichtverletzungen [und] andere schwere Dienstvergehen oder dienstbezogene Straftaten untersuchen, können aufgrund der Erfordernisse ihrer Arbeit Vermögen wie etwa die Einlagen, Überweisungen, Schuldverschreibungen, Aktien [und] Fondsanteile der in den Fall verwickelten Einheiten und Einzelpersonen auf der Grundlage der Bestimmungen abfragen und einfrieren. Die betreffenden Einheiten und Einzelpersonen müssen zusammenarbeiten.

Stellt sich heraus, dass das eingefrorene Vermögen in keinem Zusammenhang mit dem Fall steht, muss es innerhalb von drei Tagen nach dieser Feststellung wieder freigegeben und zurückgegeben werden.

§ 27 [Durchsuchung; = § 24 AufsG a. F.] Die Aufsichtsbehörden können bei untersuchten Personen, die im Verdacht stehen, eine dienstbezogene Straftat begangen zu haben, sowie bei Personen, die möglicherweise die untersuchten Personen oder Beweise für eine Straftat verbergen, Durchsuchungen des Körpers, der Sachen, der Wohnung [und] anderer relevanter Orte durchführen. Bei der Durchführung einer Durchsuchung muss ein Durchsuchungsbefehl vorgelegt werden, und Zeugen, wie etwa die durchsuchten Personen oder ihre Familienangehörigen, müssen anwesend sein.

Die Durchsuchung des Körpers von Frauen muss von weiblichen Mitarbeiterinnen durchgeführt werden.

20 Entspricht teils der (vorläufigen) Festnahme (拘留), vgl. §§ 82, 85 Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 17), S. 45 f.

监察机关进行搜查时，可以根据工作需要提请公安机关配合。公安机关应当依法予以协助。

第二十八条 监察机关在调查过程中，可以调取、查封、扣押用以证明被调查人涉嫌违法犯罪的财物、文件和电子数据等信息。采取调取、查封、扣押措施，应当收集原物原件，会同持有人或者保管人、见证人，当面逐一拍照、登记、编号，开列清单，由在场人员当场核对、签名，并将清单副本交财物、文件的持有人或者保管人。

对调取、查封、扣押的财物、文件，监察机关应当设立专用账户、专门场所，确定专门人员妥善保管，严格履行交接、调取手续，定期对账核实，不得毁损或者用于其他目的。对价值不明物品应当及时鉴定，专门封存保管。

查封、扣押的财物、文件经查明与案件无关的，应当在查明后三日内解除查封、扣押，予以退还。

第二十九条 监察机关在调查过程中，可以直接或者指派、聘请具有专门知识的人在调查人员主持下进行勘验检查。勘验检查情况应当制作笔录，由参加勘验检查的人员和见证人签名或者盖章。

必要时，监察机关可以进行调查实验。调查实验情况应当制作笔录，由参加实验的人员签名或者盖章。

Bei der Durchführung von Durchsuchungen können die Aufsichtsbehörden aufgrund der Erfordernisse ihrer Arbeit die Behörden der öffentlichen Sicherheit um Zusammenarbeit ersuchen. Die Behörden der öffentlichen Sicherheit müssen nach dem Recht Unterstützung leisten.

§ 28 [Sicherstellung und Verwaltung von Beweismitteln; = § 25 AufsG a. F.] Im Rahmen der Untersuchung können die Aufsichtsbehörden Vermögensgegenstände, Dokumente und elektronische Daten [und] sonstige Informationen, die als Beweis für die Begehung eines Vergehens oder einer Straftat dienen, der die untersuchte Person verdächtig wird, herbeischaffen, pfänden oder beschlagnahmen. Werden Maßnahmen zur Herbeischaffung, Pfändung oder Beschlagnahmung von Vermögensgegenständen ergriffen, müssen die Originale gesammelt werden und es sind gemeinsam mit dem Inhaber oder Verwahrer [und] Zeugen Fotos zu machen, sie sind persönlich zu registrieren und zu nummerieren [und] es ist eine Liste zu erstellen, die von den vor Ort an Ort und Stelle anwesenden Personen geprüft und unterzeichnet wird, und es wird dem Inhaber oder Verwahrer der Gegenstände oder Dokumente eine Kopie der Liste ausgehändigt.

Für herbeigeschaffte, gepfändete oder beschlagnahmte Vermögensgegenstände und Dokumente müssen die Aufsichtsbehörden spezielle Konten und spezielle Orte einrichten, spezielles Personal bestimmen, um sie an einem sicheren Ort aufzubewahren, strikt die Formalitäten für ihre Übergabe und Heranschaffung zu erfüllen und die Konten regelmäßig zu belegen und zu überprüfen, [und] sie dürfen nicht beschädigt oder für andere Zwecke verwendet werden. Gegenstände von unbekanntem Wert müssen unverzüglich begutachtet und zur sicheren Aufbewahrung besonders versiegelt werden.

Stellt sich heraus, dass die gepfändeten oder beschlagnahmten Vermögensgegenstände oder Dokumente in keinem Zusammenhang mit dem Fall stehen, müssen sie innerhalb von drei Tagen nach der Feststellung freigegeben²¹ und zurückgegeben werden.

§ 29 [Augenschein, Experiment; Abs. 1 vgl. § 26 Abs. 1 AufsG a. F., Abs. 2 neu eingefügt] Im Rahmen der Untersuchungen können die Aufsichtsbehörden entweder unmittelbar oder durch Beiordnung [und] Beauftragung von Personen mit Sachkunde unter der Leitung des Untersuchungspersonals Augenscheinsuntersuchungen durchführen. Über die Umstände der Augenscheinsuntersuchungen muss ein Protokoll angefertigt werden, das von den an der Augenscheinsuntersuchung beteiligten Personen und den Zeugen unterzeichnet oder abgestempelt werden muss.

Nötigenfalls kann die Aufsichtsbehörde Untersuchungsexperimente durchführen. Über die Umstände des Untersuchungsexperiments muss eine Niederschrift angefertigt werden, die von den an dem Experiment beteiligten Personen unterzeichnet oder abgestempelt werden muss.

21 Wörtlich: „die Pfändung oder Beschlagnahmung aufgehoben werden“.

第三十条 监察机关在调查过程中,对于案件中的专门性问题,可以指派、聘请有专门知识的人进行鉴定。鉴定人进行鉴定后,应当出具鉴定意见,并且签名。

第三十一条 监察机关调查涉嫌重大贪污贿赂等职务犯罪,根据需要,经过严格的批准手续,可以采取技术调查措施,按照规定交有关机关执行。

批准决定应当明确采取技术调查措施的种类和适用对象,自签发之日起三个月以内有效;对于复杂、疑难案件,期限届满仍有必要继续采取技术调查措施的,经过批准,有效期可以延长,每次不得超过三个月。对于不需要继续采取技术调查措施的,应当及时解除。

第三十二条 依法应当留置的被调查人如果在逃,监察机关可以决定在本行政区域内通缉,由公安机关发布通缉令,追捕归案。通缉范围超出本行政区域的,应当报请有权决定的上级监察机关决定。

第三十三条 监察机关为防止被调查人及相关人员逃匿境外,经省级以上监察机关批准,可以对被调查人及相关人员采取限制出境措施,由公安机关依法执行。对于不需要继续采取限制出境措施的,应当及时解除。

§ 30 [Sachverständige; = § 27 AufsG a. F.] Die Aufsichtsbehörden können im Rahmen ihrer Untersuchungen bei speziellen Fragestellungen des Falls Personen mit Sachkunde zur Begutachtung beordnen oder beauftragen. Nach Durchführung der Begutachtung muss der Gutachter ein Gutachten abgeben und unterzeichnen.

§ 31 [Technische Untersuchungsmaßnahmen; = § 28 AufsG a. F.] Die Aufsichtsbehörden, die bei Verdacht auf schwere Fälle von Unterschlagung [und] Bestechung [und] andere dienstbezogene Straftaten untersuchen, können aufgrund von Erforderlichkeit und nach strengen Genehmigungsformalitäten technische Untersuchungsmaßnahmen ergreifen, die an die betreffenden Behörden zur Durchführung nach den Bestimmungen weitergeleitet werden.

In der Bewilligung²² müssen die Art und der Gegenstand der zu ergreifenden technischen Untersuchungsmaßnahmen angegeben werden [und] sie gilt innerhalb der drei Monate ab dem Tag ihrer Erteilung; ist es in schwierigen [oder] problematischen Fällen weiterhin erforderlich, die technischen Untersuchungsmaßnahmen nach Ablauf der Frist fortzuführen, kann die Geltungsdauer nach Genehmigung verlängert werden, jedoch jeweils nicht länger als um drei Monate. Ist es nicht erforderlich, weiterhin technische Untersuchungsmaßnahmen zu ergreifen, müssen diese unverzüglich aufgehoben werden.

§ 32 [Fahndung; = § 29 AufsG a. F.] Sind die untersuchten Personen, die nach dem Recht aufenthaltsvorgegeben werden sollen, flüchtig, so können die Aufsichtsbehörden beschließen, dass nach ihnen innerhalb dieses Verwaltungsbezirks gefahndet wird, [und] die Behörden der öffentlichen Sicherheit verkünden eine Fahndungsausschreibung, um sie zu verhaften und den Strafverfolgungsbehörden zu stellen. Erstreckt sich der Anwendungsbereich der Fahndungsausschreibung über ihren Verwaltungsbezirk hinaus, so muss sie der übergeordneten Aufsichtsbehörde, die zum Beschluss befugt ist, zum Beschluss gemeldet werden.

§ 33 [Ausreisebeschränkung; = § 30 AufsG a. F.] Um zu verhindern, dass die untersuchten Personen und relevante Personen aus dem Gebiet²³ fliehen, können die Aufsichtsbehörden mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf Provinz- oder höherer Ebene Ausreisebeschränkungsmaßnahmen gegen die untersuchten Personen und relevante Personen ergreifen, die von den Behörden der öffentlichen Sicherheit nach dem Recht durchgesetzt werden. Ist die Aufrechterhaltung von Ausreisebeschränkungen nicht erforderlich, so müssen sie unverzüglich aufgehoben werden.

22 Wörtlich: „Genehmigungsbeschluss“.

23 Gemeint ist Festland-China (also ohne Hongkong, Macao und Taiwan).

第三十四条 涉嫌职务犯罪的被调查人主动认罪认罚，有下列情形之一的，监察机关经领导人员集体研究，并报上一级监察机关批准，可以在移送人民检察院时提出从宽处罚的建议：

(一) 自动投案，真诚悔罪悔过的；

(二) 积极配合调查工作，如实供述监察机关还未掌握的违法犯罪行为的；

(三) 积极退赃，减少损失的；

(四) 具有重大立功表现或者案件涉及国家重大利益等情形的。

第三十五条 职务违法犯罪的涉案人员揭发有关被调查人职务违法犯罪行为，查证属实的，或者提供重要线索，有助于调查其他案件的，监察机关经领导人员集体研究，并报上一级监察机关批准，可以在移送人民检察院时提出从宽处罚的建议。

第三十六条 监察机关依照本法规定收集的物证、书证、证人证言、被调查人供述和辩解、视听资料、电子数据等证据材料，在刑事诉讼中可以作为证据使用。

监察机关在收集、固定、审查、运用证据时，应当与刑事审判关于证据的要求和标准相一致。

以非法方法收集的证据应当依法予以排除，不得作为案件处置的依据。

§ 34 [Strafmilderungsvorschlag; = § 31 AufsG a. F.] Ergreifen untersuchte Personen, die im Verdacht stehen, eine dienstbezogene Straftat begangen zu haben, die Initiative, sich schuldig zu bekennen und die Sanktion anzunehmen, [und] liegt einer der folgenden Umstände vor, können die Aufsichtsbehörden nach einer kollektiven Analyse durch ihr Führungspersonal und dem Bericht zur Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde auf der nächsthöheren Ebene bei der Überweisung an die Volksstaatsanwaltschaft einen Vorschlag für eine mildere Strafe abgeben:

1. diejenigen, die sich freiwillig ergeben haben und ehrliche Reue zeigen und ihre Schuld einsehen;

2. aktive Zusammenarbeit bei der Untersuchungsarbeit und wahrheitsgemäßes Geständnis von gesetzeswidrigen oder kriminellen Handlungen, die den Aufsichtsbehörden noch nicht bekannt waren;

3. aktive Rückgabe gestohlener Waren [und] Verringerung der Verluste;

4. unter dem Umstand wie etwa, dass bedeutende verdienstvolle Leistungen vorliegen oder der Fall die vitalen Interessen des Staates berührt.

§ 35 [Strafmilderungsvorschlag wegen Hilfe; = § 32 AufsG a. F.] Wenn an Dienstvergehen [oder] dienstbezogenen Straftaten beteiligte Personen offenbaren, dass eine untersuchte Person ein Dienstvergehen oder eine dienstbezogene Straftat begangen hat und sich dies als wahr herausstellt oder wenn sie wichtige Hinweise liefert, die bei der Untersuchung anderer Fälle hilfreich sind, können die Aufsichtsbehörden nach einer kollektiven Analyse durch ihr Führungspersonal und dem Bericht zur Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde der nächsthöheren Ebene bei der Überweisung an die Volksstaatsanwaltschaft einen Vorschlag für eine mildere Strafe abgeben.

§ 36 [Beweise; = § 33 AufsG a. F.] Beweismittel, wie etwa Sachbeweise, Urkundenbeweise, Zeugenaussagen, Geständnisse sowie Aussagen und Verteidigung sowie Erklärungen²⁴ von untersuchten Personen, audiovisuelles Material und elektronische Daten, die von den Aufsichtsbehörden auf der Grundlage der Bestimmungen dieses Gesetzes gesammelt wurden, können als Beweise in Strafverfahren verwendet werden.

Bei der Sammlung, Sicherung, Prüfung [und] Anwendung von Beweisen müssen die Aufsichtsbehörden die Anforderungen und Standards für Beweise in Strafverfahren einhalten.

Beweise, die mit illegalen Methoden gesammelt wurden, müssen nach dem Recht ausgeschlossen und dürfen nicht als Grundlage der Handhabung des Falls verwendet werden.

第三十七条 人民法院、人民检察院、公安机关、审计机关等国家机关在工作中发现公职人员涉嫌贪污贿赂、失职渎职等职务违法或者职务犯罪的问题线索，应当移送监察机关，由监察机关依法调查处置。

被调查人既涉嫌严重职务违法或者职务犯罪，又涉嫌其他违法犯罪的，一般应当由监察机关为主调查，其他机关予以协助。

第五章 监察程序

第三十八条 监察机关对于报案或者举报，应当接受并按照有关规定处理。对于不属于本机关管辖的，应当移送主管机关处理。

第三十九条 监察机关应当严格按照程序开展工作，建立问题线索处置、调查、审理各部门相互协调、相互制约的工作机制。

监察机关应当加强对调查、处置工作全过程的监督管理，设立相应的工作部门履行线索管理、监督检查、督促办理、统计分析等管理协调职能。

第四十条 监察机关对监察对象的问题线索，应当按照有关规定提出处置意见，履行审批手续，进行分类办理。线索处置情况应当定期汇总、通报，定期检查、抽查。

§ 37 [Übersendungspflicht; = § 34 Aufsg a. F.] Volksgerichte, Volksstaatsanwaltschaften, Behörden der öffentlichen Sicherheit, Rechnungsprüfungsbehörden [und] andere Staatsorgane müssen Hinweise in ihrer Arbeit auf Probleme wie Dienstvergehen oder dienstbezogene Straftaten, bei denen Staatsbedienstete im Verdacht stehen, Unterschlagung [und] Bestechung, Pflichtverletzung oder Amtsmissbrauch begangen zu haben, an die Aufsichtsbehörden übersenden, um von den Aufsichtsbehörden nach dem Recht untersucht und gehandhabt zu werden.

Stehen die untersuchten Personen, gegen die ermittelt wird, im Verdacht, sowohl schwere Dienstvergehen oder schwere dienstbezogene Straftaten als auch andere Vergehen [und] Straftaten begangen zu haben, müssen in der Regel die Aufsichtsbehörden vorrangig untersuchen, wobei sie von anderen Behörden unterstützt werden.

5. Kapitel: Aufsichtsverfahren

§ 38 [Bearbeitungspflicht; = § 35 Aufsg a. F.] Die Aufsichtsbehörden müssen alle Anzeigen oder Meldungen nach den einschlägigen Bestimmungen bearbeiten. Fällt der Fall nicht in die Zuständigkeit dieser Behörde, so muss er zur Behandlung an die zuständige Behörde überwiesen werden.

§ 39 [Arbeitsmechanismus; = § 36 Aufsg a. F.] Die Aufsichtsbehörden müssen ihre Arbeit strikt nach den Verfahren entfalten und einen Arbeitsmechanismus einrichten, in dem sich alle Abteilungen zur Handhabung, Untersuchung und Behandlung von Hinweisen auf Probleme gegenseitig unterstützen und beschränken.

Die Aufsichtsbehörden müssen die Kontrolle [und] Verwaltung der Untersuchungs- [und] Handhabungsarbeit im gesamten Prozess verstärken und entsprechende Arbeitsabteilungen einrichten, die Verwaltungskoordinationfunktionen wie die Verwaltung von Hinweisen, die Kontrolle [und] Untersuchung, das Anhalten zur Bearbeitung sowie die statistische Analyse erfüllen.

§ 40 [Handhabung von Hinweisen; = § 37 Aufsg a. F.] Die Aufsichtsbehörden müssen nach den einschlägigen Bestimmungen Stellungnahmen zur Handhabung von Hinweisen auf Probleme bezüglich der Aufsichtsobjekte abgeben, die Genehmigungsformalitäten erfüllen [und] die Einstufung vornehmen. Die Umstände der Handhabung von Hinweisen müssen regelmäßig zusammengefasst und benachrichtigt werden und regelmäßige Untersuchungen und Stichproben müssen durchgeführt werden.

第四十一条 需要采取初步核实方式处置问题线索的, 监察机关应当依法履行审批程序, 成立核查组。初步核实工作结束后, 核查组应当撰写初步核实情况报告, 提出处理建议。承办部门应当提出分类处理意见。初步核实情况报告和分类处理意见报监察机关主要负责人审批。

第四十二条 经过初步核实, 对监察对象涉嫌职务违法犯罪, 需要追究法律责任的, 监察机关应当按照规定的权限和程序办理立案手续。

监察机关主要负责人依法批准立案后, 应当主持召开专题会议, 研究确定调查方案, 决定需要采取的调查措施。

立案调查决定应当向被调查人宣布, 并通报相关组织。涉嫌严重职务违法或者职务犯罪的, 应当通知被调查人家属, 并向社会公开发布。

第四十三条 监察机关对职务违法和职务犯罪案件, 应当进行调查, 收集被调查人有无违法犯罪以及情节轻重的证据, 查明违法犯罪事实, 形成相互印证、完整稳定的证据链。

调查人员应当依法文明规范开展调查工作。严禁以暴力、威胁、引诱、欺骗及其他非法方式收集证据, 严禁侮辱、打骂、虐待、体罚或者变相体罚被调查人和涉案人员。

§ 41 [Vorprüfung; = § 38 AufsG a. F.] Ist eine Vorprüfung erforderlich für die Handhabung von Hinweisen auf Probleme, müssen die Aufsichtsbehörden nach dem Recht die Genehmigungsverfahren durchführen und eine Prüfgruppe einsetzen. Nach Abschluss der Vorprüfungsarbeit muss diese Prüfgruppe einen Vorprüfungsbericht erstellen und Vorschläge für die Bearbeitung abgeben. Die übernehmenden Abteilungen müssen eine Behandlungseinstufungsstellungnahme abgeben. Der Vorprüfungsbericht sowie die Behandlungseinstufungsstellungnahme werden dem Hauptverantwortlichen der Aufsichtsbehörden zur Genehmigung berichtet.

§ 42 [Eröffnung eines Verfahrens; = § 39 AufsG a. F.] Stellt sich nach einer Vorprüfung heraus, dass Aufsichtsobjekte verdächtig werden, Dienstvergehen oder dienstbezogene Straftaten begangen zu haben, [und] ist es erforderlich, ihre rechtliche Haftung zu verfolgen, so müssen die Aufsichtsbehörden nach den bestimmten Kompetenzen und Verfahren die Formalitäten für die Eröffnung eines Verfahrens durchführen.

Nachdem die Hauptverantwortlichen der Aufsichtsbehörden die Eröffnung eines Verfahrens nach dem Recht genehmigt haben, müssen sie den Vorsitz in Sondersitzungen führen, das Untersuchungsprogramm analysieren und festlegen [und] die erforderlichen Untersuchungsmaßnahmen beschließen.

Der Beschluss über die Eröffnung eines Untersuchungsverfahrens muss der untersuchten Person bekannt gegeben und die relevanten Organisationen benachrichtigt werden. Besteht der Verdacht auf ein schweres Dienstvergehen oder eine dienstbezogene Straftat, muss [dies] der Familie der untersuchten Personen mitgeteilt und eine Bekanntmachung gegenüber der Öffentlichkeit vorgenommen werden.

§ 43 [Untersuchungsbezogene Pflichten; Abs. 1 = § 40 Abs. 1 AufsG a. F., Abs. 2 vgl. § 40 Abs. 2 AufsG a. F., Abs. 3 neu eingefügt] Die Aufsichtsbehörden müssen Untersuchungen in Fällen von Dienstvergehen und dienstbezogenen Straftaten durchführen, Beweise dafür sammeln, ob die untersuchte Person ein Vergehen oder eine Straftat begangen hat oder nicht, sowie für die Schwere der Tatumstände, die Tatsachen des Vergehens oder der Straftat feststellen und eine sich gegenseitig bestätigende, vollständige und stabile Beweiskette erstellen.

Das Untersuchungspersonal muss seine Untersuchungsarbeit in einer zivilisierten und standardisierten Weise nach dem Recht entfalten. Gewalt, Drohungen, Anreize, Täuschung und andere illegale Mittel zur Beweissammlung sind streng verboten, ebenso wie Beleidigung, Schelte, Missbrauch, körperliche Züchtigung oder verdeckte körperliche Züchtigung der untersuchten Personen und der an dem Fall beteiligten Personen.

监察机关及其工作人员在履行职责过程中应当依法保护企业产权和自主经营权，严禁利用职权非法干扰企业生产经营。需要企业经营者协助调查的，应当保障其人身权利、财产权利和其他合法权益，避免或者尽量减少对企业正常生产经营活动的影响。

第四十四条 调查人员采取讯问、询问、强制到案、责令候查、管护、留置、搜查、调取、查封、扣押、勘验检查等调查措施，均应当依照规定出示证件，出具书面通知，由二人以上进行，形成笔录、报告等书面材料，并由相关人员签名、盖章。

调查人员进行讯问以及搜查、查封、扣押等重要取证工作，应当对全过程进行录音录像，留存备查。

第四十五条 调查人员应当严格执行调查方案，不得随意扩大调查范围、变更调查对象和事项。

对调查过程中的重要事项，应当集体研究后按程序请示报告。

第四十六条 采取强制到案、责令候查或者管护措施，应当按照规定的权限和程序，经监察机关主要负责人批准。

Die Aufsichtsbehörden und ihre Mitarbeiter müssen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Eigentumsrechte und die Rechte der autonomen Geschäftsführung der Unternehmen nach dem Recht schützen, [und] es ist streng verboten, ihre Befugnisse zu nutzen, um illegal in die Produktion und den Betrieb von Unternehmen einzugreifen. Wenn es erforderlich ist, dass Unternehmensbetreiber an einer Untersuchung mitwirken, müssen ihre Persönlichkeitsrechte, Vermögensrechte und andere legale Rechte [und] Interessen gewahrt werden, um die Auswirkungen auf die normale Produktion und den normalen Betrieb des Unternehmens zu vermeiden oder so weit wie möglich zu minimieren.

§ 44 [Durchführung von Untersuchungsmaßnahmen; Abs. 1 vgl. § 41 Abs. 1 AufSG a.F., Abs. 2 = § 41 Abs. 2 AufSG a.F.] Ergreift das Untersuchungspersonal Verhör, Befragung²⁵, zwangsweise Vorführung²⁶, vorläufige Freilassung, Schutzgewahrsam, vorgegebener Aufenthalt an einer bestimmten Stätte, Durchsuchung, Herbeischaffung, Pfändung, Beschlagnahmung, Augenscheinsuntersuchungen [und] andere Untersuchungsmaßnahmen, muss [das Untersuchungspersonal] auf der Grundlage der Bestimmungen Identifikationsdokumente vorzeigen, schriftliche Mitteilungen ausstellen, von mindestens zwei Personen durchgeführt werden und die schriftlichen Materialien wie etwa Protokolle oder Berichte erstellen, die unterzeichnet und von den relevanten Personen gestempelt werden.

Untersuchungspersonal, das wichtige Beweissammelungsarbeit wie etwa Verhör sowie Durchsuchung, Pfändung [und] Beschlagnahmung durchführt, muss vom gesamten Prozess eine audiovisuelle Aufzeichnung anfertigen, die zur [späteren] Einsichtnahme aufbewahrt wird.

§ 45 [Untersuchungsprogramm; = § 42 AufSG a.F.] Das Untersuchungspersonal muss das Untersuchungsprogramm strikt umsetzen und darf den Anwendungsbereich der Untersuchung nicht willkürlich ausweiten oder die zu untersuchenden Gegenstände und Angelegenheiten ändern.

Wichtige Angelegenheiten im Untersuchungsprozess müssen kollektiv analysiert und dann gemäß den Verfahren zur weiteren Anweisung berichtet werden.

§ 46 [Zwangsmaßnahmen, Fristen; neu eingefügt] Das Ergreifen von Maßnahmen der zwangsweisen Vorführung, vorläufigen Freilassung oder des Schutzgewahrsams muss nach den bestimmten Kompetenzen und Verfahren erfolgen und mit Genehmigung des Hauptverantwortlichen der Aufsichtsbehörde stattfinden.

25 Für die „Vernehmung“ wird im Chinesischen jeweils 讯问 („Verhör“ von Tatverdächtigen) und 询问 („Befragung“ von Zeugen) verwendet.

26 Entspricht in etwa der Vorführung (拘传) im Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 17).

强制到案持续的时间不得超过十二小时；需要采取管护或者留置措施的，强制到案持续的时间不得超过二十四小时。不得以连续强制到案的方式变相拘禁被调查人。

责令候查最长不得超过十二个月。

监察机关采取管护措施的，应当在七日以内依法作出留置或者解除管护的决定，特殊情况下可以延长一日至三日。

第四十七条 监察机关采取留置措施，应当由监察机关领导人员集体研究决定。设区的市级以下监察机关采取留置措施，应当报上一级监察机关批准。省级监察机关采取留置措施，应当报国家监察委员会备案。

第四十八条 留置时间不得超过三个月。在特殊情况下，可以延长一次，延长时间不得超过三个月。省级以下监察机关采取留置措施的，延长留置时间应当报上一级监察机关批准。监察机关发现采取留置措施不当或者不需要继续采取留置措施的，应当及时解除或者变更为责令候查措施。

对涉嫌职务犯罪的被调查人可能判处十年有期徒刑以上刑罚，监察机关依照前款规定延长期限届满，仍不能调查终结的，经国家监察委员会批准或者决定，可以再延长二个月。

Die Dauer der zwangsweisen Vorführung darf zwölf Stunden nicht überschreiten; sind Maßnahmen des Schutzgewahrsams oder des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte erforderlich, so darf die Dauer der zwangsweisen Vorführungen vierundzwanzig Stunden nicht überschreiten. Die untersuchte Person darf nicht durch aufeinanderfolgende zwangsweise Vorführungen in verdeckter Weise inhaftiert werden.

Die Höchstdauer der vorläufigen Freilassung darf zwölf Monate nicht überschreiten.

Ergreift eine Aufsichtsbehörde Maßnahmen des Schutzgewahrsams, so muss sie nach dem Recht innerhalb von sieben Tagen eine Entscheidung über die Aufenthaltsvorgabe oder die Entlassung aus dem Schutzgewahrsam erlassen, wobei diese Frist unter besonderen Umständen um einen bis drei Tage verlängert werden kann.

§ 47 [Bestimmungen zur Aufenthaltsvorgabe; = § 43 Abs. 1 AufsG a. F.] Das Ergreifen von Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte durch eine Aufsichtsbehörde muss Gegenstand einer kollektiven Analyse und eines Beschlusses durch das Führungspersonal der Aufsichtsbehörde sein. Das Ergreifen von Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte durch eine Aufsichtsbehörde auf Ebene der in Bezirke unterteilten Städte oder tiefer muss der Aufsichtsbehörde auf der nächsthöheren Ebene zur Genehmigung gemeldet werden. Das Ergreifen von Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte durch eine Aufsichtsbehörde auf Provinzebene muss der Nationalen Aufsichtskommission zur Kenntnisnahme gemeldet werden.

§ 48 [Fristen der Aufenthaltsvorgabe; Abs. 1 vgl. § 43 Abs. 2 AufsG a. F., Abs. 2 und 3 neu eingefügt] Die Dauer der Aufenthaltsvorgabe darf drei Monate nicht überschreiten. Unter besonderen Umständen kann sie einmal um einen Zeitraum, der drei Monate nicht überschreiten darf, verlängert werden. Ergreift die Aufsichtsbehörde der Provinz- oder tieferer Ebene Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte, so muss die Verlängerung der Aufenthaltsvorgabedauer der Aufsichtsbehörde auf der nächsthöheren Ebene zur Genehmigung gemeldet werden. Stellt die Aufsichtsbehörde fest, dass die ergriffenen Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte unangemessen sind oder dass keine Notwendigkeit besteht, die Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte fortzusetzen, muss es diese unverzüglich aufheben oder sie in Maßnahmen der vorläufigen Freilassung ändern.

Kann eine untersuchte Person, die im Verdacht steht, eine dienstbezogene Straftat begangen zu haben, zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zehn Jahren verurteilt werden und ist die Aufsichtsbehörde nach Ablauf der auf der Grundlage des vorstehenden Absatzes bestimmten Verlängerungsfrist immer noch nicht in der Lage, die Untersuchung abzuschließen, so kann sie mit Genehmigung oder durch Beschluss der Nationalen Aufsichtskommission die Frist um weitere zwei Monate verlängern.

省级以上监察机关在调查期间,发现涉嫌职务犯罪的被调查人另有与留置时的罪行不同种的重大职务犯罪或者同种的影响罪名认定、量刑档次的重大职务犯罪,经国家监察委员会批准或者决定,自发现之日起依照本条第一款的规定重新计算留置时间。留置时间重新计算以一次为限。

第四十九条 监察机关采取强制措施、责令候查、管护、留置措施,可以根据工作需要提请公安机关配合。公安机关应当依法予以协助。

省级以下监察机关留置场所的看护勤务由公安机关负责,国家监察委员会留置场所的看护勤务由国家另行规定。留置看护队伍的管理依照国家有关规定执行。

第五十条 采取管护或者留置措施后,应当在二十四小时以内,通知被管护人员、被留置人员所在单位和家属,但有可能伪造、隐匿、毁灭证据,干扰证人作证或者串供等有碍调查情形的除外。有碍调查的情形消失后,应当立即通知被管护人员、被留置人员所在单位和家属。解除管护或者留置的,应当及时通知被管护人员、被留置人员所在单位和家属。

Stellen Aufsichtsorgane auf Provinz- oder höherer Ebene im Laufe einer Untersuchung fest, dass eine untersuchte Person, die im Verdacht steht, dienstbezogene Straftaten begangen zu haben, andersartige schwere dienstbezogene Straftaten begangen hat als die, für die sie in Aufenthaltsvorgabe genommen wurde, oder eine gleichartige schwere dienstbezogene Straftat, was sich jedoch auf die Feststellung der Straftat und das Strafmaß auswirkt, so berechnen sie nach Genehmigung oder Beschluss der Nationalen Aufsichtskommission die Dauer, für die sie in Aufenthaltsvorgabe genommen wurde, ab dem Tag dieser Feststellung auf der Grundlage der Bestimmungen in Absatz 1 dieses Paragraphen neu. Die Neuberechnung der Dauer der Aufenthaltsvorgabe ist auf einen Fall beschränkt.

§ 49 [Zusammenarbeit mit den Behörden der öffentlichen Sicherheit; Abs. 1 vgl. § 43 Abs. 3 AufsG a. F., Abs. 2 neu eingefügt] Die Aufsichtsbehörden können aufgrund der Erfordernisse ihrer Arbeit die Behörden der öffentlichen Sicherheit um Zusammenarbeit ersuchen, wenn sie Maßnahmen zur zwangsweisen Vorführung, vorläufigen Freilassung, zum Schutzgewahrsam oder Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte ergreifen. Die Behörden der öffentlichen Sicherheit müssen nach dem Recht Unterstützung leisten.

Die Behörden der öffentlichen Sicherheit verantworten die Bewachung der Aufenthaltsvorgabeanstalten der Aufsichtsbehörden auf Provinz- oder tieferer Ebene; der Staat ist für die Bewachung der Aufenthaltsvorgabeanstalten der Nationalen Aufsichtskommission auf der Grundlage der gesonderten staatlichen Bestimmungen verantwortlich. Die Verwaltung der Betreuungskorps der Aufenthaltsvorgabeanstalten erfolgt auf Grundlage der einschlägigen staatlichen Bestimmungen.

§ 50 [Benachrichtigung; Abs. 1 vgl. § 44 Abs. 1 AufsG a. F., Abs. 2 neu eingefügt, Abs. 3 vgl. § 44 Abs. 2 AufsG a. F., Abs. 4 vgl. § 44 Abs. 3 AufsG a. F.] Nach dem Ergreifen von Maßnahmen des Schutzgewahrsams oder des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte müssen die Einheit, in der sich die in Schutzgewahrsam oder Aufenthaltsvorgabe genommene Person befindet, und ihre Familienangehörigen innerhalb von vierundzwanzig Stunden benachrichtigt werden, es sei denn, es besteht die Gefahr der Verfälschung, Unterdrückung oder Vernichtung von Beweisen, der Beeinflussung von Zeugenaussagen oder geheimer Absprachen sowie anderer Umstände, die die Untersuchung behindern. Die Einheit und die Familie der in Schutzgewahrsam oder Aufenthaltsvorgabe genommenen Person müssen sofort benachrichtigt werden, sobald die Umstände, die die Untersuchung behindern, weggefallen sind. Wird die Person aus dem Schutzgewahrsam entlassen oder die Aufenthaltsvorgabe aufgehoben, müssen die Einheit und die Familienangehörigen der in Schutzgewahrsam oder Aufenthaltsvorgabe genommenen Person unverzüglich benachrichtigt werden.

被管护人员、被留置人员及其近亲属有权申请变更管护、留置措施。监察机关收到申请后，应当在三日以内作出决定；不同意变更措施的，应当告知申请人，并说明不同意的理由。

监察机关应当保障被强制到案人员、被管护人员以及被留置人员的饮食、休息和安全，提供医疗服务。对其谈话、讯问的，应当合理安排时间和时长，谈话笔录、讯问笔录由被谈话人、被讯问人阅看后签名。

被管护人员、被留置人员涉嫌犯罪移送司法机关后，被依法判处管制、拘役或者有期徒刑的，管护、留置一日折抵管制二日，折抵拘役、有期徒刑一日。

第五十一条 监察机关在调查工作结束后，应当依法对案件事实和证据、性质认定、程序手续、涉案财物等进行全面审理，形成审理报告，提请集体审议。

第五十二条 监察机关根据监督、调查结果，依法作出如下处置：

(一) 对有职务违法行为但情节较轻的公职人员，按照管理权限，直接或者委托有关机关、人员，进行谈话提醒、批评教育、责令检查，或者予以诫勉；

Die in Schutzgewahrsam genommenen Personen, die in Aufenthaltsvorgabe genommenen Personen [und] ihre nahen Verwandten²⁷ haben das Recht, eine Änderung der Maßnahmen des Schutzgewahrsams [und] vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte zu beantragen. Nach Eingang des Antrags müssen die Aufsichtsbehörden innerhalb von drei Tagen eine Entscheidung erlassen; stimmen [die Aufsichtsbehörden] der Änderung der Maßnahmen nicht zu, so müssen sie dies dem Antragsteller unter Angabe der Gründe mitteilen.

Die Aufsichtsbehörden müssen die Ernährung, die Ruhe und die Sicherheit der Personen, die zwangsweise vorgeführt werden, der Personen, die in Schutzgewahrsam genommen wurden, und der Personen, die in Aufenthaltsvorgabe genommen wurden, sowie die medizinische Versorgung gewährleisten. Wenn sie gesprochen oder verhört werden sollen, müssen Zeitpunkt und Dauer angemessen festgelegt werden, und die Protokolle des Gesprächs [bzw.] des Verhörs sind von der gesprochenen oder verhörten Person zu lesen und zu unterzeichnen.

Nachdem eine in Schutzgewahrsam oder Aufenthaltsvorgabe genommene Person, die im Verdacht steht, eine Straftat begangen zu haben, einer Justizbehörde überstellt wurde und wenn sie nach dem Recht zu einer Überwachung, kurzzeitiger Freiheitsstrafe oder zeitiger Freiheitsstrafe verurteilt wurde,²⁸ so wird für jeden Tag, den sie in Schutzgewahrsam oder Aufenthaltsvorgabe verbracht wurde, die Überwachung um jeweils zwei Tage oder die kurzzeitige Freiheitsstrafe oder die zeitige Freiheitsstrafe um jeweils einen Tag verkürzt.

§ 51 [Anhörung; neu eingefügt] Nach Abschluss ihrer Untersuchungsarbeit müssen die Aufsichtsbehörden nach dem Recht eine umfassende Anhörung über die Tatsachen und die Beweise, die Feststellung der Natur des Falls, die Verfahrensformalitäten und die von dem Fall betroffenen Vermögensgegenstände durchführen und einen Anhörungsbericht erstellen, der zur kollektiven Beratung vorgelegt wird.

§ 52 [Abschlussverfügungen; = § 45 AufsG a. F.] Aufgrund der Ergebnisse der Kontrolle und Untersuchung erlassen die Aufsichtsbehörden nach dem Recht folgende Verfügungen²⁹:

1. Staatsbedienstete, die rechtswidrige Handlungen mit Dienstbezug begangen haben, bei denen jedoch die Tatumstände von verhältnismäßig leichtem Gewicht sind, werden nach der Verwaltungskompetenz entweder direkt oder durch Beauftragung der betreffenden Behörde [oder] des betreffenden Personals durch ein Gespräch ermahnt, durch Kritik erzogen, zur Selbstkritik angewiesen³⁰ oder verwarnt;

27 Definition in § 1045 Abs. 2 Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China (Fn. 8).

28 Zu diesen Begriffen vgl. Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 17), S. 28 ff.

29 Hier ist *disposition* abweichend statt „Handhabung“ auch als „Verfügung“ übersetzt.

30 Siehe dazu: 中共中央纪律检查委员会; 中华人民共和国国家监察委员会 [Zentrale Disziplinarkommission der Kommunistischen Partei Chinas; Nationale Aufsichtskommission der Volksrepublik China], 怎样理解和适用责令检查 [Wie man angewiesene Selbstkritik versteht und anwendet], 13.11.2024, online abrufbar unter: <https://www.ccdi.gov.cn/yaowenn/202411/t20241113_387434.html> (zuletzt abgerufen am 27.1.2025); wörtlich aber auch: „es wird eine Untersuchung angeordnet“.

(二) 对违法的公职人员依照法定程序作出警告、记过、记大过、降级、撤职、开除等政务处分决定;

(三) 对不履行或者不正确履行职责负有责任的领导人员, 按照管理权限对其直接作出问责决定, 或者向有权作出问责决定的机关提出问责建议;

(四) 对涉嫌职务犯罪的, 监察机关经调查认为犯罪事实清楚, 证据确实、充分的, 制作起诉意见书, 连同案卷材料、证据一并移送人民检察院依法审查、提起公诉;

(五) 对监察对象所在单位廉政建设和履行职责存在的问题等提出监察建议。

监察机关经调查, 对没有证据证明被调查人存在违法犯罪行为的, 应当撤销案件, 并通知被调查人所在单位。

第五十三条 监察机关经调查, 对违法取得的财物, 依法予以没收、追缴或者责令退赔; 对涉嫌犯罪取得的财物, 应当随案移送人民检察院。

第五十四条 对监察机关移送的案件, 人民检察院依照《中华人民共和国刑事诉讼法》对被调查人采取强制措施。

人民检察院经审查, 认为犯罪事实已经查清, 证据确实、充分, 依法应当追究刑事责任的, 应当作出起诉决定。

2. Entscheidungen über amtliche Disziplinarmaßnahmen, wie etwa Verwarnung, Vermerk einer Verfehlung, Vermerk einer schweren Verfehlung, Herabstufung im Rang, Amtenhebung [und] Entlassung, werden auf der Grundlage der gesetzlichen Verfahren für Staatsbedienstete, die gegen das Gesetz verstoßen haben, erlassen;

3. nach ihrer Verwaltungskompetenz Entscheidungen über die unmittelbare Rechenschaftspflicht von Führungspersonal³¹, das für die Nichterfüllung oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben verantwortlich ist, zu erlassen oder Vorschläge zur Rechenschaftspflicht an die Behörde zu richten, die befugt ist, Entscheidungen über die Rechenschaftspflicht zu erlassen;

4. bei Verdacht auf eine dienstbezogene Straftat, sind die Aufsichtsbehörden nach der Untersuchung der Auffassung, dass der Sachverhalt klar ist und die Beweise stichhaltig und ausreichend sind, erstellen [die Aufsichtsbehörden] eine schriftliche Empfehlung für die Anklageerhebung³² und übersendet sie zusammen mit den Aktenmaterialien [und] Beweisen der Volksstaatsanwaltschaft zur Prüfung [und] Erhebung der Klage nach dem Recht;

5. Abgabe von Aufsichtsvorschlägen zu Problemen beim Aufbau von sauberer Regierungsführung und bei der Pflichterfüllung der Einheiten, zu denen das Aufsichtsobjekt gehört.

Haben die Aufsichtsbehörden nach der Untersuchung keine Anhaltspunkte dafür, dass die untersuchte Person eine gesetzeswidrige oder kriminelle Handlung begangen hat, müssen sie den Fall aufheben und die Einheit, der die untersuchte Person angehört, unterrichten.

§ 53 [Umgang mit Vermögensgegenständen; = § 46 AufsG a. F.] Nach der Untersuchung der Aufsichtsbehörden werden nach dem Recht die rechtswidrig erlangten Vermögensgegenstände eingezogen, wiedererlangt oder ihre Rückerstattung angeordnet; Vermögensgegenstände, bei denen der Verdacht besteht, dass sie bei der Begehung einer Straftat erlangt wurden, müssen der mit dem Fall befassten Volksstaatsanwaltschaft übersandt werden.

§ 54 [Volksstaatsanwaltschaft; = § 47 AufsG a. F.] In Fällen, die von den Aufsichtsbehörden überwiesen werden, ergreifen die Volksstaatsanwaltschaften auf der Grundlage des „Strafprozessgesetzes der Volksrepublik China“³³ Zwangsmaßnahmen gegen die untersuchte Person.

Stellt die Volksstaatsanwaltschaft nach ihrer Prüfung fest, dass der Tatbestand geklärt ist, die Beweise wahrheitsgemäß und ausreichend sind und die strafrechtliche Haftung nach dem Recht verfolgt werden muss, so muss sie die Entscheidung zur Anklageerhebung erlassen.

31 In vorhergehenden Übersetzungen wurde „Führungspersonal“ (领导人员) auch als „Vorgesetzte“ übersetzt, vgl. § 101 Beamtengesetz der Volksrepublik China (Fn. 11), S. 224.

32 Vergleichbar mit § 162 Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 17), S. 60.

33 Chinesisch-deutsch: Strafprozessgesetz der Volksrepublik China (Fn. 17), S. 28 ff.

人民检察院经审查，认为需要补充核实的，应当退回监察机关补充调查，必要时可以自行补充侦查。对于补充调查的案件，应当在一个月内补充调查完毕。补充调查以二次为限。

人民检察院对于有《中华人民共和国刑事诉讼法》规定的不起訴的情形，经上一级人民检察院批准，依法作出不起訴的决定。监察机关认为不起訴的决定有错误的，可以向上一级人民检察院提請复议。

第五十五条 监察机关在调查贪污贿赂、失职渎职等职务犯罪案件过程中，被调查人逃匿或者死亡，有必要继续调查的，应当继续调查并作出结论。被调查人逃匿，在通缉一年后不能到案，或者死亡的，由监察机关提請人民检察院依照法定程序，向人民法院提出没收违法所得的申请。

第五十六条 监察对象对监察机关作出的涉及本人的处理决定不服的，可以在收到处理决定之日起一个月内，向作出决定的监察机关申请复审，复审机关应当在一个月内作出复审决定；监察对象对复审决定仍不服的，可以在收到复审决定之日起一个月内，向上一级监察机关申请复核，复核机关应当在二个月内作出复核决定。复审、复核期间，不停止原处理决定的执行。复核机关经审查，认定处理决定有错误的，原处理机关应当及时予以纠正。

Ist die Volksstaatsanwaltschaft nach der Prüfung der Auffassung, dass eine ergänzende Überprüfung erforderlich ist, muss sie den Fall zur ergänzenden Untersuchung an die Aufsichtsbehörde zurückverweisen oder kann nötigenfalls eine eigene ergänzende Ermittlung durchführen. Im Falle einer ergänzenden Untersuchung muss diese innerhalb eines Monats abgeschlossen sein. Die Zahl der ergänzenden Untersuchungen ist auf zwei begrenzt.

Die Volksstaatsanwaltschaft erlässt nach dem Recht nach Genehmigung der Volksstaatsanwaltschaft der nächsthöheren Ebene die Entscheidung, keine Anklage zu erheben, wenn Umstände vorliegen, die eine Anklage nach den Bestimmungen des „Strafprozessgesetzes der Volksrepublik China“ nicht [rechtfertigen]. Ist die Aufsichtsbehörde der Auffassung, dass die Entscheidung, keine Anklage zu erheben, fehlerhaft ist, kann sie [den Fall] bei der Volksstaatsanwaltschaft der nächsthöheren Ebene zur erneuten Prüfung vorlegen.

§ 55 [Flucht oder Tod; vgl. § 48 AufsG a.F.] Flieht oder stirbt die im Rahmen der Untersuchung von Fällen von Unterschlagung [und] Bestechung, Pflichtverletzung, Amtsmisbrauch [und] anderen dienstbezogenen Straftaten untersuchte Person und ist es notwendig, die Untersuchungen fortzusetzen, untersucht die Aufsichtsbehörde weiter und erlässt eine Abschlussentscheidung. Ist die untersuchte Person geflohen und kann sie nach einjähriger Fahndung nicht vor Gericht gestellt werden oder ist sie verstorben, legen die Aufsichtsbehörden die Angelegenheit den Volksstaatsanwaltschaften vor, damit diese auf der Grundlage der gesetzlichen Verfahren einen Antrag auf Einziehung des rechtswidrig Erlangten an die Volksgerichte stellen.

§ 56 [Überprüfung; = § 49 AufsG a.F.] Unterwirft sich ein Aufsichtsobjekt nicht den es betreffenden [und] durch die Aufsichtsbehörden erlassenen Entscheidungen über die Bearbeitung, so kann es innerhalb eines Monats nach dem Tag des Eingangs der Entscheidung über die Bearbeitung bei der Aufsichtsbehörde, die die Entscheidung erlassen hat, eine Überprüfung beantragen, [und] die Überprüfungsbehörde muss innerhalb eines Monats eine Entscheidung über die Überprüfung erlassen; unterwirft sich das Aufsichtsobjekt weiterhin nicht der Überprüfungsentscheidung, so kann es innerhalb eines Monats nach dem Tag des Eingangs der Überprüfungsentscheidung bei einer Aufsichtsbehörde der nächsthöheren Ebene eine erneute Überprüfung beantragen, [und] die Behörde der erneuten Überprüfung muss innerhalb von zwei Monaten eine Entscheidung über die erneute Überprüfung erlassen. Während der Dauer der Überprüfung und erneuten Überprüfung wird die Durchführung der ursprünglichen Bearbeitungsentscheidung nicht ausgesetzt. Stellt die Behörde der erneuten Überprüfung bei der Prüfung fest, dass die Bearbeitungsentscheidung fehlerhaft ist, muss die ursprünglich bearbeitende Behörde diese unverzüglich korrigieren.

第六章 反腐败国际合作

第五十七条 国家监察委员会统筹协调与其他国家、地区、国际组织开展的反腐败国际交流、合作，组织反腐败国际条约实施工作。

第五十八条 国家监察委员会会同有关单位加强与有关国家、地区、国际组织在反腐败方面开展引渡、移管被判刑人、遣返、联合调查、调查取证、资产追缴和信息交流等执法司法合作和司法协助。

第五十九条 国家监察委员会加强对反腐败国际追逃追赃和防逃工作的组织协调，督促有关单位做好相关工作：

(一) 对于重大贪污贿赂、失职渎职等职务犯罪案件，被调查人逃匿到国（境）外，掌握证据比较确凿的，通过开展境外追逃合作，追捕归案；

(二) 向赃款赃物所在国请求查询、冻结、扣押、没收、追缴、返还涉案资产；

(三) 查询、监控涉嫌职务犯罪的公职人员及其相关人员进出国（境）和跨境资金流动情况，在调查案件过程中设置防逃程序。

6. Kapitel: Internationale Zusammenarbeit gegen Korruption

§ 57 [Zuständigkeit für internationale Kooperation; = § 50 AufsG a. F.] Die Nationale Aufsichtskommission koordiniert umfassend die Entfaltung des internationalen Austauschs und die Zusammenarbeit zur Korruptionsbekämpfung mit anderen Ländern, Regionen und internationalen Organisationen [und] organisiert die Arbeit zur Umsetzung internationaler Verträge zur Korruptionsbekämpfung.

§ 58 [Zusammenarbeit zur internationalen Korruptionsbekämpfung; vgl. § 51 AufsG a. F.] Die Nationale Aufsichtskommission stärkt gemeinsam mit den betreffenden Einheiten die Entfaltung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Justizbehörden und die Rechtshilfe mit den betreffenden Ländern, Regionen und internationalen Organisationen in Korruptionsbekämpfungsangelegenheiten wie etwa bei Auslieferung, Überstellung strafrechtlich verurteilter Personen, Rückführung, gemeinsamen Untersuchungen, Untersuchung und Sammlung von Beweisen, Wiedererlangung von Vermögenswerten und Informationsaustausch.

§ 59 [Aufgaben der internationalen Korruptionsbekämpfung; = § 52 AufsG a. F.] Die Nationale Aufsichtskommission stärkt die Organisation und Koordinierung der internationalen Zusammenarbeit zur Korruptionsbekämpfung wie der internationalen Verfolgung von Flüchtigen, gestohlenen Vermögenswerten und der Fluchtprävention, und fordert die betreffenden Einheiten auf, in dieser Hinsicht gute Arbeit zu leisten:

1. In schweren Fällen von Unterschlagung [und] Bestechung, Pflichtverletzung [und] anderen dienstbezogenen Straftaten, in denen die untersuchte Person in ein anderes Land (außerhalb des [chinesischen] Gebiets³⁴) geflohen ist und die Beweise relativ schlüssig sind, wird bei der Verfolgung von Flüchtigen außerhalb des [chinesischen] Gebiets zusammengearbeitet, um sie zu verhaften und den Strafverfolgungsbehörden zu überstellen;

2. Ersuchen des Staates, in dem sich die gestohlenen Gelder und Gegenstände befinden, um Abfrage, Einfrieren, Beschlagnahmung, Einziehung, Wiedererlangung und Rückgabe der in den Fall verwickelten Vermögenswerte;

3. Abfrage und Überwachung der Ein- und Ausreise (in das bzw. aus dem [chinesischen] Gebiet) sowie der grenzüberschreitenden Finanzströme von Staatsbediensteten, die dienstbezogener Straftaten verdächtigt werden, und der mit ihnen in Verbindung stehenden Personen sowie Einrichtung von Verfahren zur Verhinderung von Flucht während des Untersuchungsverfahrens.

第七章 对监察机关和监察人员的监督

第六十条 各级监察委员会应当接受本级人民代表大会及其常务委员会的监督。

各级人民代表大会常务委员会听取和审议本级监察委员会的专项工作报告，组织执法检查。

县级以上各级人民代表大会及其常务委员会举行会议时，人民代表大会代表或者常务委员会组成人员可以依照法律规定的程序，就监察工作中的有关问题提出询问或者质询。

第六十一条 监察机关应当依法公开监察工作信息，接受民主监督、社会监督、舆论监督。

第六十二条 监察机关根据工作需要，可以从各方面代表中聘请特约监察员。特约监察员按照规定对监察机关及其工作人员履行职责情况实行监督。

第六十三条 监察机关通过设立内部专门的监督机构等方式，加强对监察人员执行职务和遵守法律情况的监督，建设忠诚、干净、担当的监察队伍。

第六十四条 监察人员涉嫌严重职务违法或者职务犯罪，为防止造成更为严重的后果或者恶劣影响，监察机关经依法审批，可以对其采取禁闭措施。禁闭的期限不得超过七日。

被禁闭人员应当配合监察机关调查。监察机关经调查发现被禁闭人员符合管护或者留置条件的，可以对其采取管护或者留置措施。

本法第五十条的规定，适用于禁闭措施。

7. Kapitel: Kontrolle von Aufsichtsbehörden und Aufsichtspersonal

§ 60 [Kontrolle der Aufsichtskommissionen; = § 53 AufsG a. F.] Die Aufsichtskommissionen auf allen Ebenen müssen der Kontrolle durch die Volkskongresse und ihre ständigen Ausschüsse auf den jeweiligen Ebenen unterliegen.

Die ständigen Ausschüsse der Volkskongresse auf allen Ebenen hören und beraten die besonderen Arbeitsberichte der Aufsichtskommission auf ihrer Ebene [und] organisieren Untersuchungen der Gesetzesdurchsetzung.

Wenn die Volkskongresse und ihre ständigen Ausschüsse von der Kreisebene aufwärts tagen, können die Abgeordneten der Volkskongresse oder die Mitglieder der ständigen Ausschüsse auf der Grundlage der gesetzlich bestimmten Verfahren befragen oder Anfragen zu Themen stellen, die die Arbeit der Aufsicht betreffen.

§ 61 [Kontrollbezogene Pflichten; = § 54 AufsG a. F.] Die Aufsichtsbehörden müssen nach dem Recht Informationen über ihre Aufsichtsarbeit offenlegen und sich der demokratischen Kontrolle, der sozialen Kontrolle und der Kontrolle durch die öffentliche Meinung unterwerfen.

§ 62 [Spezielle Aufsichtsmitglieder; neu eingefügt] Aufgrund der Erfordernisse ihrer Arbeit können die Aufsichtsbehörden spezielle Aufsichtsmitglieder aus dem Kreis der Repräsentanten verschiedener Sektoren beauftragen. Die speziellen Aufsichtsmitglieder kontrollieren nach den Bestimmungen die Erfüllung der Aufgaben der Aufsichtsbehörden und ihrer Mitarbeiter.

§ 63 [Interne Kontrollorgane; = § 55 AufsG a. F.] Die Aufsichtsbehörden verstärken ihre Kontrolle über das Aufsichtspersonal bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und bei der Einhaltung der Gesetze durch Methoden wie etwa die Einrichtung spezieller interner Organe für Kontrolle, um ein loyales, sauberes und verantwortungsbewusstes Aufwärtskorps aufzubauen.

§ 64 [Inhaftierung; neu eingefügt] Steht Aufsichtspersonal im Verdacht, ein schweres Dienstvergehen oder eine dienstbezogene Straftat begangen zu haben, kann die Aufsichtsbehörde nach Genehmigung nach dem Recht Maßnahmen der Inhaftierung gegen es ergreifen, um schwerwiegendere Folgen oder Beeinträchtigungen zu verhindern. Die Dauer der Inhaftierung darf sieben Tage nicht überschreiten.

Die inhaftierte Person muss bei den Untersuchungen der Aufsichtsbehörden mitwirken. Stellen die Aufsichtsbehörden nach der Untersuchung fest, dass die inhaftierte Person die Voraussetzungen für den Schutzgewahrsam oder die Aufenthaltsvorgabe erfüllt, so kann sie sie in Schutzgewahrsam nehmen oder Maßnahmen des vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte ergreifen.

Für Maßnahmen der Inhaftierung werden die Bestimmungen des § 50 dieses Gesetzes angewendet.

第六十五条 监察人员必须模范遵守宪法和法律，忠于职守、秉公执法，清正廉洁、保守秘密；必须具有良好的政治素质，熟悉监察业务，具备运用法律、法规、政策和调查取证等能力，自觉接受监督。

第六十六条 对于监察人员打听案情、过问案件、说情干预的，办理监察事项的监察人员应当及时报告。有关情况应当登记备案。

发现办理监察事项的监察人员未经批准接触被调查人、涉案人员及其特定关系人，或者存在交往情形的，知情人应当及时报告。有关情况应当登记备案。

第六十七条 办理监察事项的监察人员有下列情形之一的，应当自行回避，监察对象、检举人及其他有关人员也有权要求其回避：

- (一) 是监察对象或者检举人的近亲属的；
- (二) 担任过本案的证人的；
- (三) 本人或者其近亲属与办理的监察事项有利害关系的；
- (四) 有可能影响监察事项公正处理的其他情形的。

第六十八条 监察机关涉密人员离岗离职后，应当遵守脱密期管理规定，严格履行保密义务，不得泄露相关秘密。

监察人员辞职、退休三年内，不得从事与监察和司法工作相关联且可能发生利益冲突的职业。

§ 65 [Pflichten des Aufsichtspersonals; = § 56 AufsG a. F.] Das Aufsichtspersonal hat die Verfassung und das Gesetz vorbildlich einzuhalten, loyal zu seinen Aufgaben zu stehen, das Gesetz unparteiisch durchzusetzen, aufrichtig und sauber zu sein [und] Verschwiegenheit zu wahren; es hat über gute politische Qualitäten zu verfügen, mit der Aufsichtstätigkeit vertraut zu sein, die Fähigkeit zu besitzen, Gesetze, Rechtsnormen, Politnormen³⁵ und Untersuchungen sowie die Beweiserhebung anzuwenden [und] gewissenhaft zu sein, wenn es darum geht, sich der Kontrolle zu unterwerfen.

§ 66 [Berichtspflicht; = § 57 AufsG a. F.] Erkundigt sich Aufsichtspersonal nach dem Sachverhalt eines Falls, stellt es Fragen zu dem Fall oder mischt es sich in den Fall ein, so muss das Aufsichtspersonal, das die Aufsichtsangelegenheit bearbeitet, unverzüglich Bericht erstatten. Die betreffenden Umstände müssen zu den Akten genommen werden.

Wird festgestellt, dass Aufsichtspersonal, das mit Aufsichtsangelegenheiten befasst ist, ohne Genehmigung Kontakt zu der untersuchten Person, zu den in den Fall verwickelten Personen und den mit ihnen besonders verbundenen Personen hat oder eine persönliche Beziehung besteht, so müssen die Personen, die darüber Bescheid wissen, unverzüglich Bericht erstatten. Die betreffenden Umstände müssen zu den Akten genommen werden.

§ 67 [Niederlegung des Mandats; = § 58 AufsG a. F.] Liegt einer der folgenden Umstände vor, muss Aufsichtspersonal, das mit Aufsichtsangelegenheiten befasst ist, sich selbst ausschließen³⁶, [und] Aufsichtsobjekte, Informanten und andere betreffende Personen haben ebenfalls das Recht, sich auszuschließen:

1. wenn er oder sie ein naher Verwandter des Aufsichtsobjekts oder des Informanten ist;
2. wenn er oder sie als Zeuge in der Sache aufgetreten ist;
3. wenn er oder seine nahen Verwandten in einer [eigenen] Nutzen und Schaden berührenden Beziehung zu der Aufsichtsangelegenheit steht;
4. sonstige Umstände, die sich auf die gerechte Bearbeitung der Aufsichtsangelegenheiten auswirken können.

§ 68 [Bestimmungen nach Dienstende; = § 59 AufsG a. F.] Nach dem Ausscheiden aus dem Dienst muss das mit Geheimnissen befasste Personal der Aufsichtsbehörden die Bestimmungen über die Verwaltung des Zeitraums der Geheimhaltung einhalten, seine Verpflichtung zur Verschwiegenheit strikt erfüllen und darf die betreffenden Geheimnisse nicht weitergeben.

Innerhalb von drei Jahren nach ihrer Entpflichtung oder ihrem Eintritt in den Ruhestand darf das Aufsichtspersonal keine Tätigkeiten ausüben, die mit der Aufsichts- und Justizarbeit zusammenhängen und zu einem Interessenkonflikt führen könnten.

35 Gemeint sein dürfte hiermit von der Verwaltung (oder der kommunistischen Partei) gesetztes Recht, das nicht als formelle Rechtsnorm oder gar formelles Gesetz ergeht. Zu Politnormen siehe Harro von Senger, Einführung in das chinesische Recht, München 1994, S. 300.

36 Gemeint ist ein Ausschluss wegen Befangenheit, siehe etwa auch §§ 47 ff. Zivilprozessgesetz der Volksrepublik China (Revision 2023) [中华人民共和国民事诉讼法 (2023 修正)], ZChinR 2022, S. 182 ff.

第六十九条 监察机关及其工作人员有下列行为之一的，被调查人及其近亲属、利害关系人有权向该机关申诉：

(一) 采取强制到案、责令候查、管护、留置或者禁闭措施法定期限届满，不予以解除或者变更的；

(二) 查封、扣押、冻结与案件无关或者明显超出涉案范围的财物的；

(三) 应当解除查封、扣押、冻结措施而不解除的；

(四) 贪污、挪用、私分、调换或者违反规定使用查封、扣押、冻结的财物的；

(五) 利用职权非法干扰企业生产经营或者侵害企业经营者人身权利、财产权利和其他合法权益的；

(六) 其他违反法律法规、侵害被调查人合法权益的行为。

受理申诉的监察机关应当在受理申诉之日起一个月内作出处理决定。申诉人对处理决定不服的，可以在收到处理决定之日起一个月内向上一级监察机关申请复查，上一级监察机关应当在收到复查申请之日起二个月内作出处理决定，情况属实的，及时予以纠正。

第七十条 对调查工作结束后发现立案依据不充分或者失实，案件处置出现重大失误，监察人员严重违法的，应当追究负有责任的领导人员和直接责任人员的责任。

§ 69 [Beschwerde; Abs. 1 vgl. § 60 Abs. 1 AufsG a. F., Abs. 2 = § 60 Abs. 2 AufsG a. F.] Liegt eine der folgenden Handlungen durch die Aufsichtsbehörde und ihre Mitarbeiter vor, haben die untersuchten Personen, ihre nahen Verwandten oder Interessierte³⁷ das Recht, bei dieser Behörde Beschwerde einzulegen:

1. wenn die gesetzliche Frist für das Ergreifen von zwangsweiser Vorführung, vorläufiger Freilassung, Schutzgewahrsam, vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte oder Maßnahmen der Inhaftierung abgelaufen ist [und sie] nicht aufgehoben oder geändert wird;

2. Pfändung, Beschlagnahmung oder Einfrieren von Vermögensgegenständen, die nicht mit dem Fall in Verbindung stehen oder eindeutig über den Anwendungsbereich des Falls hinausgehen;

3. Nichtaufhebung von Pfändungs-, Beschlagnahmungs- oder Einfrierungsmaßnahmen, wenn diese aufgehoben werden müssen;

4. Unterschlagung, zweckentfremdete Benutzung, private Verteilung, Austausch oder Verwendung von gepfändeten, beschlagnahmten oder eingefrorenen Vermögensgegenständen unter Verletzung der Bestimmungen;

5. Ausnutzung der Befugnisse, um illegal in die Produktion und den Betrieb eines Unternehmens einzugreifen, oder Verletzung der Persönlichkeitsrechte, Eigentumsrechte und anderer legaler Rechte [und] Interessen eines Unternehmensbetreibers;

6. andere Handlungen, die gegen Gesetze [oder] Rechtsnormen verstoßen und die legalen Rechte [und] Interessen der untersuchten Person verletzen.

Die Aufsichtsbehörde, die die Beschwerde annimmt, muss innerhalb eines Monats nach dem Tag der Annahme der Beschwerde eine Entscheidung über deren Bearbeitung erlassen. Unterwirft sich der Beschwerdeführer nicht der Bearbeitungsentscheidung, so kann er innerhalb eines Monats nach dem Tag des Eingangs der Bearbeitungsentscheidung bei der Aufsichtsbehörde der nächsthöheren Ebene eine Überprüfung beantragen, [und] die Aufsichtsbehörde der nächsthöheren Ebene muss innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag des Eingangs des Antrags auf Überprüfung eine Bearbeitungsentscheidung erlassen und, wenn die Beschwerde begründet ist³⁸, für eine unverzügliche Korrektur sorgen.

§ 70 [Haftung; = § 61 AufsG a. F.] Stellt sich am Ende der Untersuchungsarbeit heraus, dass die Grundlage für die Eröffnung eines Verfahrens unzureichend oder unwahr ist, dass bei der Handhabung des Falls schwerwiegende Fehler gemacht wurden oder dass das Aufsichtspersonal schwere Vergehen begangen hat, muss die Haftung des verantwortlichen Führungspersonals und des unmittelbar verantwortlichen Personals verfolgt werden.

37 Wörtlich: „[dazu] in einer [eigenen] Nutzen und Schaden berührenden Beziehung stehende Person“. Siehe auch § 67 Nr. 3 dieses Gesetzes.

38 Wörtlich: „sich [die vom Beschwerdeführer behaupteten Tatsachen] als wahr herausstellen“.

第八章 法律责任

第七十一条 有关单位拒不执行监察机关作出的处理决定, 或者无正当理由拒不采纳监察建议的, 由其主管部门、上级机关责令改正, 对单位给予通报批评; 对负有责任的领导人员和直接责任人员依法给予处理。

第七十二条 有关人员违反本法规定, 有下列行为之一的, 由其所在单位、主管部门、上级机关或者监察机关责令改正, 依法给予处理:

(一) 不按要求提供有关材料, 拒绝、阻碍调查措施实施等拒不配合监察机关调查的;

(二) 提供虚假情况, 掩盖事实真相的;

(三) 串供或者伪造、隐匿、毁灭证据的;

(四) 阻止他人揭发检举、提供证据的;

(五) 其他违反本法规定的行为, 情节严重的。

第七十三条 监察对象对控告人、检举人、证人或者监察人员进行报复陷害的; 控告人、检举人、证人捏造事实诬告陷害监察对象的, 依法给予处理。

第七十四条 监察机关及其工作人员有下列行为之一的, 对负有责任的领导人员和直接责任人员依法给予处理:

(一) 未经批准、授权处置问题线索, 发现重大案情隐瞒不报, 或者私自留存、处理涉案材料的;

(二) 利用职权或者职务上的影响干预调查工作、以案谋私的;

8. Kapitel: Rechtliche Haftung

§ 71 [Weigerung; = § 62 AufsG a. F.] Weigern sich die betreffenden Einheiten, die durch die Aufsichtsbehörden erlassene Bearbeitungsentscheidung umzusetzen, oder weigern sie sich, die Aufsichtsvorschläge ohne triftigen Grund anzunehmen, so ordnet die für sie zuständige Abteilung oder die übergeordnete Behörde die Berichtigung an, und der Einheit wird eine Rüge erteilt; die verantwortlichen Vorgesetzten und das unmittelbar verantwortliche Personal wird nach dem Recht behandelt.

§ 72 [Verstöße; = § 63 AufsG a. F.] Verstoßen die betreffenden Personen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes [und] liegt eine der folgenden Handlungen vor, so werden sie von ihrer Einheit, der zuständigen Abteilung, einer übergeordneten Behörde oder einer Aufsichtsbehörde zu Korrekturen aufgefordert und nach dem Recht behandelt:

1. Nichtbereitstellung der verlangten einschlägigen Unterlagen, Weigerung oder Behinderung der Durchführung von Untersuchungsmaßnahmen [und] sonstige Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden bei deren Untersuchungen;

2. Bereitstellung falscher Informationen, um die Wahrheit zu verschleiern;

3. geheime Absprachen oder die Verfälschung, Unterdrückung oder Vernichtung von Beweisen;

4. Verhinderung der Entlarvung und Offenlegung [oder] der Vorlage von Beweisen durch andere;

5. andere gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes verstößende Handlungen unter schwerwiegenden Tatumständen.

§ 73 [Vergeltung; = § 64 AufsG a. F.] Wenn das Aufsichtsobjekt Vergeltungsmaßnahmen gegen einen Angeklagten, Informanten, Zeugen oder eine Aufsichtspersonal ergreift und ihn oder sie falsch beschuldigt [und] wenn ein Angeklagter, Informant oder Zeuge Tatsachen erfindet, um das Aufsichtsobjekt falsch zu beschuldigen und ihm etwas anzuhängen, wird gegen ihn oder sie nach dem Recht vorgegangen.

§ 74 [Weitere Verstöße; vgl. § 65 AufsG a. F.: Nr. 7 und 8 geändert, Nr. 9 neu eingefügt] Liegt eine der folgenden Handlungen durch die Aufsichtsbehörden und ihre Mitarbeiter vor, werden die verantwortlichen Vorgesetzten und das unmittelbar verantwortliche Personal nach dem Recht behandelt:

1. Handhabung von Hinweisen auf Probleme ohne Genehmigung oder Ermächtigung, Verschweigen und Nichtmelden der Entdeckung bedeutender Sachverhaltsumstände oder eigenmächtige Aufbewahrung oder Handhabung von Materialien, die mit einem Fall in Zusammenhang stehen;

2. Nutzung ihrer Befugnisse oder des Einflusses seiner Position, um in die Untersuchungsarbeit einzugreifen oder den Fall zu ihrem persönlichen Vorteil zu nutzen;

(三) 违法窃取、泄露调查工作信息，或者泄露举报事项、举报受理情况以及举报人信息的；

(四) 对被调查人或者涉案人员逼供、诱供，或者侮辱、打骂、虐待、体罚或者变相体罚的；

(五) 违反规定处置查封、扣押、冻结的财物的；

(六) 违反规定发生办案安全事故，或者发生安全事故后隐瞒不报、报告失实、处置不当的；

(七) 违反规定采取强制到案、责令候查、管护、留置或者禁闭措施，或者法定期限届满，不予以解除或者变更的；

(八) 违反规定采取技术调查、限制出境措施，或者不按规定解除技术调查、限制出境措施的；

(九) 利用职权非法干扰企业生产经营或者侵害企业经营者人身权利、财产权利和其他合法权益的；

(十) 其他滥用职权、玩忽职守、徇私舞弊的行为。

第七十五条 违反本法规定，构成犯罪的，依法追究刑事责任。

第七十六条 监察机关及其工作人员行使职权，侵犯公民、法人和其他组织的合法权益造成损害的，依法给予国家赔偿。

第九章 附则

第七十七条 中国人民解放军和中国人民武装警察部队开展监察工作，由中央军事委员会根据本法制定具体规定。

3. rechtswidrige Entwendung oder Weitergabe von Informationen über Untersuchungsarbeit oder Weitergabe von Informationen über den Gegenstand der Meldung, die Annahmestände der Meldung sowie die Informationen des Informanten;

4. Erzwingen oder Herbeiführen eines Geständnisses der untersuchten Personen oder der in den Fall verwickelten Bediensteten oder Beleidigung, Schelte, Missbrauch oder Verhängung körperlicher oder verdeckter körperlicher Züchtigung;

5. Handhabung gepfändeter, beschlagnahmter oder eingefrorener Vermögensgegenstände, die gegen die Bestimmungen verstoßen;

6. Hervorrufen von Sicherheitsunfällen unter Verstoß gegen die Bestimmungen oder nach dem Auftreten von Sicherheitsunfällen Verheimlichung, Falschmeldung, unangemessene Handhabung;

7. Verstoß gegen die Bestimmungen über das Ergreifen der zwangsweisen Vorführung, die Anordnung von vorläufiger Freilassung, Schutzgewahrsam, vorgegebenen Aufenthalts an einer bestimmten Stätte oder Maßnahmen der Inhaftierung oder, wenn die gesetzliche Frist abgelaufen ist, [sie] nicht aufgehoben oder geändert werden kann;

8. Ergreifen von technischen Untersuchungsmaßnahmen oder Ausreisebeschränkungsmaßnahmen, die gegen die Bestimmungen verstoßen, oder Unterlassen der Aufhebung von technischen Untersuchungs- oder Ausreisebeschränkungsmaßnahmen nach den Bestimmungen;

9. Ausnutzung der Befugnisse, um illegal in die Produktion und den Betrieb eines Unternehmens einzugreifen, oder Verletzung der Persönlichkeitsrechte, Eigentumsrechte und anderer legaler Rechte [und] Interessen eines Unternehmensbetreibers;

10. sonstige Handlungen des Amtsmissbrauchs, der Vernachlässigung der Amtspflicht und des Verfolgens privaten Nutzens.

§ 75 [Strafrechtliche Verfolgung; = § 66 AufsG a. F.] Wenn Verstöße gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes eine Straftat erfüllen, wird nach dem Recht die strafrechtliche Haftung verfolgt.

§ 76 [Staatshaftung; = § 67 AufsG a. F.] Werden durch die Ausübung der Befugnisse der Aufsichtsbehörden und ihrer Mitarbeiter die gesetzlichen Rechte [und] Interessen von Bürgern, juristischen Personen [und] anderen Organisationen verletzt und Schäden verursacht, so wird nach dem Recht eine staatliche Entschädigung gewährt.

9. Kapitel: Ergänzende Regeln

§ 77 [Sonderbestimmungen; = § 68 AufsG a. F.] Aufgrund dieses Gesetzes legt die Zentrale Militärkommission konkrete Bestimmungen über das Entfalten der Aufsichtsarbeit durch die Chinesische Volksbefreiungsarmee und die Bewaffnete Chinesische Volkspolizei fest.

第七十八条 本法自公布之日起施行。《中华人民共和国行政监察法》同时废止。

§ 78 [Inkrafttreten; = § 69 AufsG a. F.] Dieses Gesetz wird vom Tag seiner Bekanntgabe an durchgeführt. Das „Verwaltungsaufsichtsgesetz der Volksrepublik China“³⁹ tritt gleichzeitig außer Kraft.

Übersetzung, Paragrafenüberschriften in eckigen Klammern und Anmerkungen von Johannes Rossi, Berlin und Beijing

39 Chinesisch-englische Version abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.134401(EN).

Gesetz der Volksrepublik China über die erneute Verwaltungsberatung

中华人民共和国主席令¹ (第九号)

《中华人民共和国行政复议法》已由中华人民共和国第十四届全国人民代表大会常务委员会第五次会议于2023年9月1日修订通过，现予公布，自2024年1月1日起施行。

中华人民共和国主席 习近平
2023年9月1日

Erlass des Präsidenten der Volksrepublik China (Nr. 9)

„Das Gesetz der Volksrepublik China über die erneute Verwaltungsberatung“ ist am 1.9.2023 auf der 5. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 14. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China revidiert [und] verabschiedet worden, wird hiermit bekannt gemacht [und] vom 1.1.2024 an angewandt.

Xi Jinping, Präsident der Volksrepublik China
1.9.2023

中华人民共和国行政复议法

(1999年4月29日第九届全国人民代表大会常务委员会第九次会议通过 根据2009年8月27日第十一届全国人民代表大会常务委员会第十次会议《关于修改部分法律的决定》第一次修正 根据2017年9月1日第十二届全国人民代表大会常务委员会第二十九次会议《关于修改〈中华人民共和国法官法〉等八部法律的决定》第二次修正 2023年9月1日第十四届全国人民代表大会常务委员会第五次会议修订)

目录

- 第一章 总则
- 第二章 行政复议申请
 - 第一节 行政复议范围
 - 第二节 行政复议参加人

Gesetz der Volksrepublik China über die erneute Verwaltungsberatung

(Verabschiedet auf der 9. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 9. Nationalen Volkskongresses am 29.4.1999, erste Revision aufgrund des „Beschlusses zur Revision einiger Gesetze“ der 10. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 11. Nationalen Volkskongresses am 27.8.2009, zweite Revision aufgrund des „Beschlusses zur Revision von acht Gesetzen einschließlich des „Richtergesetzes der Volksrepublik China““ der 29. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 12. Nationalen Volkskongresses am 1.9.2017, dritte Revision auf der 5. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 14. Nationalen Volkskongresses am 1.9.2023.)

Inhaltsverzeichnis

- 1. Kapitel: Allgemeine Regeln
- 2. Kapitel: Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung²
 - 1. Abschnitt: Bereich der erneuten Verwaltungsberatung
 - 2. Abschnitt: Beteiligte an einer erneuten Verwaltungsberatung

1 Chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5175408.

2 Das Rechtsinstitut der „erneuten Verwaltungsberatung“ bezeichnet die erneute Überprüfung eines vorgenommenen Verwaltungsaktes durch eine Behörde. In diesem Verfahren werden diejenigen Bürger, juristischen Personen und sonstige Organisationen, gegen die ein vorgenommener Verwaltungsakt gerichtet ist, nicht der Mangel einer Rechtswirkung implizierend lediglich „beraten“, sondern es hat vielmehr ein dem deutschen Verwaltungswiderspruch i. S. d. §§ 68 ff. VwGO ähnliches Verfahren zum Gegenstand, woraufhin eine Behörde den insoweit angegriffenen Verwaltungsakt erneut „berät“.

第三节 申请的提出	3. Abschnitt: Antragstellung
第四节 行政复议管辖	4. Abschnitt: Zuständigkeit für erneute Verwaltungsberatungen
第三章 行政复议受理	3. Kapitel: Annahme einer erneuten Verwaltungsberatung
第四章 行政复议审理	4. Kapitel: Behandlung einer erneuten Verwaltungsberatung
第一节 一般规定	1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen
第二节 行政复议证据	2. Abschnitt: Beweise einer erneuten Verwaltungsberatung
第三节 普通程序	3. Abschnitt: Gewöhnliches Verfahren ³
第四节 简易程序	4. Abschnitt: Vereinfachtes Verfahren
第五节 行政复议附带审查	5. Abschnitt: Adhäsionsprüfung einer erneuten Verwaltungsberatung
第五章 行政复议决定	5. Kapitel: Bescheid ⁴ einer erneuten Verwaltungsberatung
第六章 法律责任	6. Kapitel: Gesetzliche Haftung
第七章 附则	7. Kapitel: Ergänzende Vorschriften

第一章 总 则

第一条 为了防止和纠正违法的或者不当的行政行为,保护公民、法人和其他组织的合法权益,监督和保障行政机关依法行使职权,发挥行政复议化解行政争议的主渠道作用,推进法治政府建设,根据宪法,制定本法。

第二条 公民、法人或者其他组织认为行政机关的行政行为侵犯其合法权益,向行政复议机关提出行政复议申请,行政复议机关办理行政复议案件,适用本法。

1. Kapitel: Allgemeine Regeln

§ 1 [Gesetzgeberisches Ziel] Um rechtswidrige oder ungerechtfertigte⁵ Verwaltungsakte zu verhindern und zu korrigieren, die legalen Rechte [und] Interessen der Bürger, juristischer Personen und sonstiger Organisationen zu schützen, die Ausübung der Amtsbefugnisse der Verwaltungsbehörden nach dem Recht zu überwachen und zu gewährleisten, die Funktion der erneuten Verwaltungsberatung als den Hauptweg⁶ bei der Lösung⁷ von Verwaltungsstreitigkeiten zu entfalten, den Aufbau einer rechtsstaatlichen⁸ Regierung zu fördern, wird aufgrund der Verfassung dieses Gesetz festgesetzt.

§ 2 [Anwendungsbereich] Dieses Gesetz wird angewandt, wenn die Bürger, juristischen Personen oder sonstige Organisationen, die der Ansicht sind, dass ein Verwaltungsakt einer Verwaltungsbehörde ihre legalen Rechte und Interessen verletzt, einen Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung bei einer Verwaltungsberatungsbehörde stellen [und] die Verwaltungsberatungsbehörde die Verwaltungsberatungsfälle bearbeitet.

3 Sinngemäß „ordentliches Verfahren“.

4 Der chinesische Begriff „决定“ (*jue ding*) kann sowohl eine behördliche bzw. gerichtliche Entscheidungsform bezeichnen, als auch allgemeinsprachlich „Entscheidung“ bzw. „entscheiden“ bedeuten. In diesem Gesetzestext wird die spezielle behördliche Entscheidungsform als „Bescheid“ übersetzt. Wo (wie etwa in § 42 dieses Gesetzes) nicht eindeutig ist, ob diese spezielle Entscheidungsform des Bescheids gemeint ist, wurde die allgemeinsprachliche Übersetzung gewählt. Vgl. Fußnote 8 im „Zivilprozessgesetz der Volksrepublik China (Revision 2023)“ (中华人民共和国民事诉讼法) vom 9.4.1991 in der Fassung vom 1.9.2023. Chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5175519, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2023, S. 191 ff.

5 „不当“ (*bu dang*, ungerechtfertigt) wird in diesem Gesetz als ein Synonym von „不适当“ (*bu shi dang*, unangemessen) verwendet; siehe auch § 63 Nr. 1 dieses Gesetzes.

6 Wörtlich: „den Hauptkanal“.

7 Wörtlich: „Auflösung“.

前款所称行政行为,包括法律、法规、规章授权的组织的行政行为。

第三条 行政复议工作坚持中国共产党的领导。

行政复议机关履行行政复议职责,应当遵循合法、公正、公开、高效、便民、为民的原则,坚持有错必纠,保障法律、法规的正确实施。

第四条 县级以上各级人民政府以及其他依照本法履行行政复议职责的行政机关是行政复议机关。

行政复议机关办理行政复议事项的机构是行政复议机构。行政复议机构同时组织办理行政复议机关的行政应诉事项。

Die im vorigen Absatz genannten Verwaltungsakte schließen die Verwaltungsakte der durch Gesetze, Rechtsnormen [und] Regeln⁹ [dazu] ermächtigten Organisationen ein.

§ 3 [Prinzipien] Die Betätigung der erneuten Verwaltungsberatung hält an der Führung der Kommunistischen Partei Chinas fest.

[Während] die Verwaltungsberatungsbehörden die Amtspflichten der erneuten Verwaltungsberatung¹⁰ erfüllen, müssen [sie] die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, der Unparteilichkeit, der Öffentlichkeit [und] der hohen Effizienz sowie die Grundsätze, das Volk zu entlasten und dem Volk zu dienen, einhalten [und] müssen daran festhalten, jeden vorliegenden Fehler zu korrigieren [und] die korrekte Durchführung der Gesetze [und] Rechtsnormen zu gewährleisten.

§ 4 [Verwaltungsberatungsbehörde und Verwaltungsberatungsorgan] Volksregierungen auf Kreisstufe oder höherer Stufe und andere Verwaltungsbehörden, die gemäß diesem Gesetz die Amtspflichten der erneuten Verwaltungsberatung erfüllen, sind Verwaltungsberatungsbehörden.

Dasjenige Organ der Verwaltungsberatungsbehörde, welches die Angelegenheiten der erneuten Verwaltungsberatungen durchführt, ist das Verwaltungsberatungsorgan. Die Verwaltungsberatungsorgane organisieren gleichzeitig die Durchführung der Angelegenheiten der Verteidigung der Verwaltungsberatungsbehörde gegen Verwaltungsklagen.

- 8 Der Begriff „*fa zhi*“ (*fa zhi*) wird von vielen Autoren als „rule of law“ oder „Rechtsstaatlichkeit“ übersetzt, z. B. Robert Heuser, Auf der Suche nach einem neuen Ideal: Zu Theorie, Norm und Praxis des Rechtsstaats in der VR China, in: WeltTrends: Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, 20 (1998), S. 81–88. Neuerlich wird der Begriff auch mit „law rule“ bzw. „Rechtsherrschaft“ übersetzt, so etwa Philipp Renninger in seiner Abfassung zu „Xi Jinping und die Rechtswissenschaft: Eine nicht nur empirische Untersuchung des Xi-Jinping-Rechtsdenkens“, in: ZChinR 2023, S. 14 ff. Die Schwierigkeit einer geeigneten Übersetzung besteht in der konkreten Translation des Zeichens „*zhi*“ (*zhi*). Dieses Zeichen bezeichnet ursprünglich einen Fluss in der heutigen Provinz Shandong [siehe Xu Shen (许慎), *Shuo wen jie zi* (说文解字), 121 n. Chr., Auflage von 986 n. Chr.]. Hiervon werden zwei Bedeutungen abgeleitet. Eine beschreibt den Vorgang der Handlung, den Fluss zu bearbeiten, zu verwalten und zu ordnen. In Begriffen wie „*tong zhi*“ (*tong zhi*) und „*zhi li*“ (*zhi li*) wird das Zeichen in diesem Sinne verwendet und bedeutet „Management und Verwaltung“ bzw. „Herrschaft“. Andererseits kann „*zhi*“ auch den friedlichen, ordnungsmäßigen Zustand beschreiben, der durch die Verwaltungsaktivitäten erreicht wird. Ein solches Begriffsverständnis entspricht der Verwendung im Wort „*tian xia da zhi*“ (*tian xia da zhi*) (siehe Kangxi-Wörterbuch (康熙字典), Auflage von 1716 n. Chr.). Das Wort „*fa zhi*“ (*fa zhi*) lässt sich im Aufsatz „景公爱嬖妾随其所欲晏子谏“ vom Kapitel „*jian shang*“ (*jian shang*) des Buches „*yan zi chun qiu*“ (*yan zi chun qiu*) (Original: „[...] 昔者先君桓公之地狭于今, 修法治, 广政教, 以霸诸侯“) und „*fan lun xun*“ (*fan lun xun*) des Buches „*huai nan zi*“ (*huai nan zi*) finden (Original: „[...] 知法治所由生, 则应时而变; 不知法治之源, 虽循古终乱“) und bedeutet in diesem Zusammenhang das Erreichen einer guten sozialen Ordnung durch das Recht. Das Zeichen „*zhi*“ bezieht sich folglich ausschließlich auf die zweite Bedeutung. Vorliegend wird die wortgetreuere Übersetzung des Begriffs „*fa zhi*“ als „Rechtsstaatlichkeit/rechtsstaatlich“ gewählt. Siehe wiederum die Übersetzung von „*fa zhi*“ als „Rechtsherrschaft“ in der deutschen Übersetzung des gleichnamigen Werkes von Liang Zhiping (梁治平) „Rechtsherrschaft und Tugendherrschaft. Beobachtungen zur chinesischen Rechtsmodernisierung“ („*fa zhi*“ mit *de zhi*“ (*de zhi*)“), *Lun fazhi yu dezhi: dui Zhongguo falü xian- daihua yundong de neizai guan cha*), chinesische Originalausgabe erschienen im Jahr 2020 bei Jiuzhou Press, aus dem Chinesischen ins Deutsche übersetzt von Blandina Brösicke mit einer Einleitung von Björn Ahl.
- 9 Die Übersetzung der unterschiedlichen Rechtsnormen orientiert sich an der Übersetzung des Gesetzgebungsgesetzes der Volksrepublik China (中华人民共和国立法法) vom 15.3.2000 in der Fassung vom 13.3.2023, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com>[北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5159701, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2023, S. 87 ff.
- 10 Der Begriff „*xingzheng fuyi zhi ze*“ (*xingzheng fuyi zhi ze*) bezieht sich auf die Verpflichtung der Verwaltungsberatungsbehörde, ein Verfahren der erneuten Verwaltungsberatung nach den gesetzlichen Bestimmungen einzuleiten und zu führen. Wenn die Behörde dieser nicht nachkommt, sieht § 80 dieses Gesetzes als Rechtsfolge eine Bestrafung der Vorstehenden und der sachbearbeitenden Beamten vor. Dies ist von der allgemeinen individuellen Amtspflicht der Beamten während der Dienstführung zu unterscheiden, deren Verletzung zur Anwendung von § 81 dieses Gesetzes und Disziplinarmaßnahmen führen könnte.

行政复议机关应当加强行政复议工作，支持和保障行政复议机构依法履行职责。上级行政复议机构对下级行政复议机构的行政复议工作进行指导、监督。

国务院行政复议机构可以发布行政复议指导性案例。

第五条 行政复议机关办理行政复议案件，可以进行调解。

调解应当遵循合法、自愿的原则，不得损害国家利益、社会公共利益和他人合法权益，不得违反法律、法规的强制性规定。

第六条 国家建立专业化、职业化行政复议人员队伍。

行政复议机构中初次从事行政复议工作的人员，应当通过国家统一法律职业资格考试取得法律职业资格，并参加统一职前培训。

国务院行政复议机构应当会同有关部门制定行政复议人员工作规范，加强对行政复议人员的业务考核和管理。

第七条 行政复议机关应当确保行政复议机构的人员配备与所承担的工作任务相适应，提高行政复议人员专业素质，根据工作需要保障办案场所、装备等设施。县级以上各级人民政府应当将行政复议工作经费列入本级预算。

第八条 行政复议机关应当加强信息化建设，运用现代信息技术，方便公民、法人或者其他组织申请、参加行政复议，提高工作质量和效率。

Die Verwaltungsberatungsbehörden müssen die Betätigung der erneuten Verwaltungsberatung stärken [und] unterstützen und gewährleisten, dass die Verwaltungsberatungsorgane nach dem Recht die Amtspflichten erfüllen. Verwaltungsberatungsorgane höherer Stufe führen die Anleitungen und Aufsicht der Betätigung der erneuten Verwaltungsberatung der Verwaltungsberatungsorgane niedrigerer Stufe durch.

Das Verwaltungsberatungsorgan des Staatsrates kann anleitende Fälle zur erneuten Verwaltungsberatung bekannt machen.

§ 5 [Schlichtung] Die Verwaltungsberatungsbehörden können bei der Bearbeitung der Verwaltungsberatungsfälle Schlichtungen durchführen.

Bei Schlichtungen müssen die Grundsätze der Legalität und der Freiwilligkeit eingehalten werden; Interessen des Staates, öffentliche Interessen der Allgemeinheit und legale Rechte [und] Interessen eines Dritten dürfen nicht verletzt werden [und] es darf gegen zwingende Bestimmungen der Gesetze [und] Rechtsnormen nicht verstoßen werden.

§ 6 [Personal] Der Staat baut ein fachkundiges, professionelles¹¹ Team des Personals der erneuten Verwaltungsberatung auf.

Wer bei einem Verwaltungsberatungsorgan zum ersten Mal die Betätigung der erneuten Verwaltungsberatung aufnimmt, muss das einheitliche Staatsexamen für rechtliche Erwerbstätigkeiten bestanden, die Befähigung zu rechtlichen Erwerbstätigkeiten erzielt haben [und] an einer einheitlichen Ausbildung vor der Tätigkeit teilnehmen.

Das Verwaltungsberatungsorgan des Staatsrates muss zusammen mit den zuständigen Abteilungen die Arbeitsnormen für das Personal der erneuten Verwaltungsberatung festlegen [und] die Bewertung der Dienstführung des Personals der erneuten Verwaltungsberatung sowie seiner Verwaltung verstärken.

§ 7 [Finanzielle Unterstützung] Die Verwaltungsberatungsbehörden müssen sicherstellen, dass die Besetzung des Personals des Verwaltungsberatungsorgans den zu tragenden Arbeitsaufgaben entspricht, die fachlichen Fertigkeiten des Personals der erneuten Verwaltungsberatung erhöht [und] entsprechend dem Arbeitsbedarf die Anlagen wie etwa Arbeitsstätte¹² und Ausrüstungen gewährleistet. Volksgierungen auf Kreisstufe oder höherer Stufe müssen die Regelaufwendungen der Betätigung der erneuten Verwaltungsberatung in den Haushalt ihrer Stufe einstellen.

§ 8 [Informatisierung] Die Verwaltungsberatungsbehörden müssen den Aufbau der Informatisierung stärken, moderne Informationstechnologien einsetzen, den Bürgern, juristischen Personen oder sonstigen Organisationen die Beantragung sowie die Beteiligung an der erneuten Verwaltungsberatung erleichtern und die Qualität und Effizienz der Betätigung erhöhen.

11 Wörtlich: „berufliches“.

12 Wörtlich: „Stätte zur Bearbeitung der Fälle“.

第九条 对在行政复议工作中做出显著成绩的单位和个人，按照国家有关规定给予表彰和奖励。

第十条 公民、法人或者其他组织对行政复议决定不服的，可以依照《中华人民共和国行政诉讼法》的规定向人民法院提起行政诉讼，但是法律规定行政复议决定为最终裁决的除外。

第二章 行政复议申请

第一节 行政复议范围

第十一条 有下列情形之一的，公民、法人或者其他组织可以依照本法申请行政复议：

(一) 对行政机关作出的行政处罚决定不服；

(二) 对行政机关作出的行政强制措施、行政强制执行决定不服；

(三) 申请行政许可，行政机关拒绝或者在法定期限内不予答复，或者对行政机关作出的有关行政许可的其他决定不服；

(四) 对行政机关作出的确认自然资源的所有权或者使用权的决定不服；

(五) 对行政机关作出的征收征用决定及其补偿决定不服；

§ 9 [Auszeichnung und Belohnung] Diejenigen Körperschaften¹³ und Einzelpersonen, die bei der Betätigung der erneuten Verwaltungsberatung beträchtliche Leistungen erbracht haben, werden nach den einschlägigen staatlichen Bestimmungen ausgezeichnet und belohnt.

§ 10 [Rechtsweg] Wenn sich Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen dem Bescheid einer erneuten Verwaltungsberatung nicht unterwerfen, können sie gemäß den Bestimmungen des „Verwaltungsprozessgesetzes der Volksrepublik China“¹⁴ beim Volksgericht eine Verwaltungs-klage erheben, es sei denn, dass nach den gesetzlichen Bestimmungen der Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung die abschließende Entscheidung ist.

2. Kapitel: Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung

1. Abschnitt: Bereich der erneuten Verwaltungsberatung

§ 11 [Gegenstand der erneuten Verwaltungsberatung] Wenn einer der folgenden Umstände vorliegt, können Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen gemäß diesem Gesetz eine erneute Verwaltungsberatung beantragen:

1. wenn sie sich einem von einer Verwaltungsbehörde erlassenen Bescheid über eine Verwaltungsstrafe nicht unterwerfen;

2. wenn sie sich einer von einer Verwaltungsbehörde ergriffenen Verwaltungszwangsmaßnahme¹⁵ [oder] einem Bescheid über eine Verwaltungszwangsvollstreckung nicht unterwerfen;

3. wenn [im Falle] der Beantragung einer Verwaltungsgenehmigung die Verwaltungsbehörde [diese] verweigert oder innerhalb der gesetzlichen Frist versäumt, eine Antwort zu erteilen oder wenn sie sich einem sonstigen Bescheid nicht unterwerfen, den die Verwaltungsbehörde im Zusammenhang mit der Verwaltungsgenehmigung erteilt;

4. wenn sie sich einem von einer Verwaltungsbehörde erlassenen Bescheid über die Feststellung eines Eigentums oder eines Nutzungsrechts an natürlichen Ressourcen nicht unterwerfen;

5. wenn sie sich einem von einer Verwaltungsbehörde erlassenen Bescheid über eine Entziehung, eine [behördliche] Beschlagnahme und einem Bescheid über deren Ausgleich¹⁶ nicht unterwerfen;

13 Wörtlich: „Einheiten“. Einerseits bezieht sich der Begriff „单位“ auf eine Größe, die einem Maßsystem zugrunde liegt. Zum anderen kann er auch eine soziale Organisation bezeichnen. Letztere Bedeutung findet ihren Ursprung im Buddhismus. Das Zeichen „单“ verweist ursprünglich auf ein Bett, das Mönchen in einem Tempel zur Verfügung gestellt wurde, während das Zeichen „位“ einen freien Platz bedeutet. Siehe „敕修百丈清规—日用轨范“ (Auf Geheiß des Kaisers bearbeitete Regelungen von Baizhang für Tempel – Muster für tägliche Riten, *chi xiu bai zhang qing gui – ri yong gui fan*, 814 n. Chr., Auflage von 1442 n. Chr.). Nur wenn einem Mönch ein freier Schlafplatz in einem Tempel zugewiesen wurde, war es ihm gestattet, an den dortigen religiösen Veranstaltungen teilzunehmen. Später wurde der Begriff auch als Bezeichnung von Arbeitseinheiten verwendet. Siehe etwa Xiaobo Lü/Elizabeth J. Perry (eds.) (1997), *The Danwei: Changing Chinese Workplace in Historical and Comparative Perspective (Socialism and Social Movements)*, London [u. a.]: Routledge.

14 Verwaltungsprozessgesetz der Volksrepublik China (中华人民共和国行政诉讼法) vom 4.4.1989 in der Fassung vom 27.6.2017, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com>[北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.297380, für die Fassung vom 1.11.2014 chinesisch-deutsch in: ZChinR 2015, S. 384 ff.

15 Die Übersetzung der Begriffe „行政强制措施“ und „行政强制执行决定“ orientiert sich an der Übersetzung des „Gesetzes der Volksrepublik China über den Verwaltungszwang“ (中华人民共和国行政强制法) vom 30.6.2011, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com>[北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.153701, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2011, S. 283 ff.

(六) 对行政机关作出的赔偿决定或者不予赔偿决定不服;

(七) 对行政机关作出的不予受理工伤认定申请的决定或者工伤认定结论不服;

(八) 认为行政机关侵犯其经营自主权或者农村土地承包经营权、农村土地经营权;

(九) 认为行政机关滥用行政权力排除或者限制竞争;

(十) 认为行政机关违法集资、摊派费用或者违法要求履行其他义务;

(十一) 申请行政机关履行保护人身权利、财产权利、受教育权利等合法权益的法定职责, 行政机关拒绝履行、未依法履行或者不予答复;

(十二) 申请行政机关依法给付抚恤金、社会保险待遇或者最低生活保障等社会保障, 行政机关没有依法给付;

6. wenn sie sich einem von einer Verwaltungsbehörde erlassenen Bescheid über eine Entschädigung oder Nichtgewährung einer Entschädigung nicht unterwerfen;

7. wenn sie sich einem von einer Verwaltungsbehörde erlassenen Bescheid über die Nichtannahme eines Antrags auf Feststellung einer arbeitsbedingten Verletzung¹⁷ oder dem Befund einer Feststellung zur arbeitsbedingten Verletzung nicht unterwerfen;

8. wenn sie der Ansicht sind, dass eine Verwaltungsbehörde ihre Betriebsautonomie oder ihr Recht zur Übernahme von ländlichen Grundstücken [und] Recht zur Bewirtschaftung von ländlichen Grundstücken verletzt;

9. wenn sie der Ansicht sind, dass eine Verwaltungsbehörde durch Missbrauch von Verwaltungsbefugnissen¹⁸ den Wettbewerb ausschließt oder beschränkt;

10. wenn sie der Ansicht sind, dass eine Verwaltungsbehörde rechtswidrig Kapital sammelt, Kosten auferlegt oder die Erfüllung einer sonstigen Pflicht rechtswidrig verlangt;

11. wenn [im Falle] eines Antrags auf Erfüllung der gesetzlichen Amtspflichten zum Schutz von legalen Rechten und Interessen wie etwa persönlichen Rechten, Vermögensrechten [und] dem Recht auf Erziehung durch eine Verwaltungsbehörde die Verwaltungsbehörde die Erfüllung verweigert [oder] nicht nach dem Recht leistet oder keine Antwort erteilt;

12. wenn [im Falle] eines Antrags auf eine Leistung sozialer Sicherung wie etwa Trostgeld¹⁹, Sozialversicherungsleistungen oder Grundsicherung²⁰ durch eine Verwaltungsbehörde die Verwaltungsbehörde die Leistung nicht nach dem Recht bewirkt;

16 § 117 Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China (中华人民共和国民法典) vom 28.5.2020, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2020, S. 207 ff., gilt als die allgemeine Ermächtigungsgrundlage für eine Enteignung oder eine behördliche Gebrauchsentziehung. Danach seien sie zulässig, wenn sie (i) zum Zweck des öffentlichen Interesses (ii) gemäß den gesetzlichen Befugnissen und dem gesetzlichen Verfahren (iii) mit einem gerechten und angemessenen Ausgleich erfolgen. Durch die speziellen Gesetze werden der Begriff des öffentlichen Interesses, die Befugnisse der Behörden und das Verfahren konkretisiert. Ein Beispiel ist § 12 Gesetz der Volksrepublik China über Vorgehen gegen unerwartete Ereignisse (中华人民共和国突发事件应对法) vom 30.8.2007 in der Fassung vom 28.6.2024, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.519591. Dieser beschränkt das öffentliche Interesse auf ein unmittelbares Einschreiten, das ein unerwartetes Ereignis dringlich erfordert, und den Umfang der behördlichen Befugnis auf eine (bloße) Gebrauchsentziehung.

17 Der Umfang des Begriffs „工伤“ (*gong shang*) wird durch § 14 Verordnung zur Versicherung der arbeitsbedingten Verletzungen (工伤保险条例) vom 27.4.2003 in der Fassung vom 20.12.2010 festgelegt, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.2.142905. Überdies kann eine körperliche Verletzung bei Erfüllung des Tatbestands von § 15 der Verordnung zur Versicherung der arbeitsbedingten Verletzungen auch dann grundsätzlich als eine arbeitsbedingte Verletzung gelten, wenn ein Zusammenhang mit der Arbeit nicht nachgewiesen werden kann.

18 Die Übersetzung des Begriffs „濫用行政权力“ orientiert sich an der Übersetzung des Antimonopolgesetzes der Volksrepublik China (中华人民共和国反垄断法) vom 30.8.2007 in der Fassung vom 24.6.2022, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5128034, chinesisch-deutsch in: Zeitschrift für Chinesisches Recht Heft 1/2023, S. 48 ff.

19 Der Begriff „抚恤金“ (*fu xu jin*) ist der Zuschuss für Militär, Polizisten, Beamte und andere Menschen, die wegen öffentlichen Dienstes gestorben sind oder körperlich behindert geworden sind, siehe etwa die Bestimmungen der „Verordnung zum Trost und zur Bevorzugung des Militärs“ (军人抚恤优待条例) vom 18.7.1988 in der Fassung vom 5.8.2024, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.2.5229083. Siehe zudem die Bestimmungen der „Administrativen Handlungsweise zum Trost der [körperlich] Behinderten“ (伤残抚恤管理办法) vom 31.7.2007 in der Fassung vom 16.12.2019, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.4.337985.

20 Wörtlich: „die mindeste Lebenssicherung“.

(十三) 认为行政机关不依法订立、不依法履行、未按照约定履行或者违法变更、解除政府特许经营协议、土地房屋征收补偿协议等行政协议;

(十四) 认为行政机关在政府信息公开工作中侵犯其合法权益;

(十五) 认为行政机关的其他行政行为侵犯其合法权益。

第十二条 下列事项不属于行政复议范围:

(一) 国防、外交等国家行为;

(二) 行政法规、规章或者行政机关制定、发布的具有普遍约束力的决定、命令等规范性文件;

(三) 行政机关对行政机关工作人员的奖惩、任免等决定;

(四) 行政机关对民事纠纷作出的调解。

第十三条 公民、法人或者其他组织认为行政机关的行政行为所依据的下列规范性文件不合法, 在对行政行为申请行政复议时, 可以一并向行政复议机关提出对该规范性文件的附带审查申请:

(一) 国务院部门的规范性文件;

(二) 县级以上地方各级人民政府及其工作部门的规范性文件;

(三) 乡、镇人民政府的规范性文件;

(四) 法律、法规、规章授权的组织的规范性文件。

前款所列规范性文件不含规章。规章的审查依照法律、行政法规办理。

13. wenn sie der Ansicht sind, dass eine Verwaltungsbehörde eine Verwaltungsvereinbarung wie etwa eine Vereinbarung über Bewirtschaftungen mit Genehmigung der Regierung [und] eine Ausgleichsvereinbarung für die Entziehung von Grundstücken [oder] Häusern nicht nach dem Recht abschließt, nicht nach dem Recht [oder] nach der Vereinbarung erfüllt oder [sie] rechtswidrig ändert oder auflöst;

14. wenn sie der Ansicht sind, dass eine Verwaltungsbehörde bei der Betätigung der Veröffentlichung der Informationen der Regierung ihre legalen Rechte und Interessen verletzt;

15. wenn sie der Ansicht sind, dass ein sonstiger Verwaltungsakt einer Verwaltungsbehörde ihre legalen Rechte und Interessen verletzt.

§ 12 [Ausschluss einer erneuten Verwaltungsberatung] Die folgenden Angelegenheiten gehören nicht zum Bereich der erneuten Verwaltungsberatung:

1. Staatshandeln wie etwa Landesverteidigung [und] Diplomatie;

2. Verwaltungsrechtsnormen, Regeln oder von einer Verwaltungsbehörde festgelegte und bekannt gegebene normative Dokumente mit allgemeiner Bindungswirkung wie etwa Bescheide [und] Anweisungen;

3. Bescheide einer Verwaltungsbehörde über [Angelegenheiten] wie etwa Belobigungen [und] Maßregelungen [sowie] Ernennungen [und] Abberufung von Mitarbeitern der Verwaltungsbehörden;

4. Schlichtungen, die eine Verwaltungsbehörde im [Anlass] der Zivilstreitigkeiten vornimmt.

§ 13 [Gegenstand einer Adhäsionsprüfung] Wenn Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen der Ansicht sind, dass eines der folgenden normativen Dokumente, das einem Verwaltungsakt einer Verwaltungsbehörde zugrunde liegt, nicht legal ist, können sie bei der Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung über den Verwaltungsakt zugleich einen Antrag auf eine Adhäsionsprüfung dieses normativen Dokuments bei der Verwaltungsberatungsbehörde stellen:

1. normative Dokumente der Abteilungen des Staatsrates;

2. normative Dokumente der regionalen Volksregierungen auf Kreisstufe oder höherer Stufe und ihrer Arbeitsabteilungen;

3. normative Dokumente regionaler Volksregierungen der Gemeinden und Kleinstädte;

4. normative Dokumente der durch Gesetze, Rechtsnormen [und] Regeln [dazu] ermächtigten Organisationen.

Die im vorigen Absatz genannten normativen Dokumente schließen Regeln nicht ein. Die Prüfung von Regeln wird gemäß den Gesetzen [und] Verwaltungsrechtsnormen durchgeführt.

第二节 行政复议参加人

第十四条 依照本法申请行政复议的公民、法人或者其他组织是申请人。

有权申请行政复议的公民死亡的，其近亲属可以申请行政复议。有权申请行政复议的法人或者其他组织终止的，其权利义务承受人可以申请行政复议。

有权申请行政复议的公民为无民事行为能力人或者限制民事行为能力人的，其法定代理人可以代为申请行政复议。

第十五条 同一行政复议案件申请人人数众多的，可以由申请人推选代表人参加行政复议。

代表人参加行政复议的行为对其所代表的申请人发生法律效力，但是代表人变更行政复议请求、撤回行政复议申请、承认第三人请求的，应当经被代表的申请人同意。

第十六条 申请人以外的同被申请行政复议的行政行为或者行政复议案件处理结果有利害关系的公民、法人或者其他组织，可以作为第三人申请参加行政复议，或者由行政复议机构通知其作为第三人参加行政复议。

第三人不参加行政复议，不影响行政复议案件的审理。

第十七条 申请人、第三人可以委托一至二名律师、基层法律服务工作者或者其他代理人代为参加行政复议。

2. Abschnitt: Beteiligte an einer erneuten Verwaltungsberatung

§ 14 [Antragsteller] Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen, die gemäß diesem Gesetz eine erneute Verwaltungsberatung beantragen, sind Antragsteller.

Wenn ein Bürger stirbt, der berechtigt ist, eine erneute Verwaltungsberatung zu beantragen, können seine nahen Verwandten die erneute Verwaltungsberatung beantragen. Wenn eine juristische Person oder eine sonstige Organisation endet, die berechtigt ist, eine erneute Verwaltungsberatung zu beantragen, kann die Person, die ihre Rechte und Pflichten übernimmt, die erneute Verwaltungsberatung beantragen.

Wenn ein Bürger, der berechtigt ist, eine erneute Verwaltungsberatung zu beantragen, ein Zivilgeschäftsunfähiger²¹ oder ein beschränkt Zivilgeschäftsfähiger²² ist, kann in seiner Vertretung sein gesetzlicher Vertreter die erneute Verwaltungsberatung beantragen.

§ 15 [Beteiligung durch Repräsentanten] Wenn die Anzahl der Antragsteller desselben Verwaltungsberatungsfalls beträchtlich ist, können die Antragsteller einen Repräsentanten wählen, der an der erneuten Verwaltungsberatung teilnimmt.

Die Handlungen des Repräsentanten anlässlich seiner Teilnahme an der erneuten Verwaltungsberatung sind für und gegen die von ihm vertretenen Antragsteller wirksam; der Repräsentant muss jedoch zur Änderung des Begehrens der erneuten Verwaltungsberatung, zur Rücknahme des Antrags auf die erneute Verwaltungsberatung [und] zu dem Anerkenntnis eines Anspruchs eines Dritten die Zustimmungen der von ihm vertretenen Antragsteller einholen.

§ 16 [Nebenbeteiligter] Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen, deren Interesse neben dem Antragsteller von einem Verwaltungsakt, gegen den eine erneute Verwaltungsberatung beantragt wird, oder von dem Verfahrensergebnis eines Verwaltungsberatungsfalls vorteilhaft [oder] nachteilig berührt wird, können als Dritte beantragen, an der erneuten Verwaltungsberatung teilzunehmen, oder die Verwaltungsberatungsbehörde benachrichtigt sie, als Dritte an der erneuten Verwaltungsberatung teilzunehmen.

Wenn der Dritte nicht an der erneuten Verwaltungsberatung teilnimmt, hat es keinen Einfluss auf die Behandlung des Verwaltungsberatungsfalls.

§ 17 [Verfahrensbevollmächtigte] Ein Antragsteller [oder] ein Dritter kann einen bis zwei Rechtsanwälte [oder] Beschäftigte der Basisrechtsdienstleistungen²³ oder andere Vertreter damit beauftragen, in seiner Vertretung an der erneuten Verwaltungsberatung teilzunehmen.

21 Siehe die Definition für Zivilgeschäftsunfähige in §§ 20, 21 Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China (Fn. 13).

22 Siehe die Definition für beschränkt Zivilgeschäftsfähige in §§ 19, 22 Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China (Fn. 13).

23 Siehe auch die „Administrative Handlungsweise zu Basisrechtsdienstleistungsinstituten“ (基层法律服务所管理办法) des Justizministeriums vom 31.3.2000 in der Fassung vom 25.12.2017, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.4.307743.

申请人、第三人委托代理人的,应当向行政复议机构提交授权委托书、委托人及被委托人的身份证明文件。授权委托书应当载明委托事项、权限和期限。申请人、第三人变更或者解除代理人权限的,应当书面告知行政复议机构。

第十八条 符合法律援助条件的行政复议申请人申请法律援助的,法律援助机构应当依法为其提供法律援助。

第十九条 公民、法人或者其他组织对行政行为不服申请行政复议的,作出行政行为的行政机关或者法律、法规、规章授权的组织是被申请人。

两个以上行政机关以共同的名义作出同一行政行为的,共同作出行政行为的行政机关是被申请人。

行政机关委托的组织作出行政行为的,委托的行政机关是被申请人。

作出行政行为的行政机关被撤销或者职权变更的,继续行使其职权的行政机关是被申请人。

第三节 申请的提出

第二十条 公民、法人或者其他组织认为行政行为侵犯其合法权益的,可以自知道或者应当知道该行政行为之日起六十日内提出行政复议申请;但是法律规定的申请期限超过六十日的除外。

因不可抗力或者其他正当理由耽误法定申请期限的,申请期限自障碍消除之日起继续计算。

Wenn ein Antragsteller [oder] ein Dritter einen Vertreter beauftragt, muss er dem Verwaltungsberatungsorgan eine Vollmachtsurkunde²⁴ [und] die Dokumente zum Nachweis der Identität des Auftraggebers und des Auftragnehmers vorlegen. Die Vollmachtsurkunde muss die beauftragten Angelegenheiten, die Befugnisse und die Frist klar angeben. Wenn ein Antragsteller [oder] ein Dritter die Befugnisse des Vertreters ändert oder widerruft, muss er das Verwaltungsberatungsorgan schriftlich benachrichtigen.

§ 18 [Rechtliche Hilfeleistungen]²⁵ Wenn ein Antragsteller einer erneuten Verwaltungsberatung, bei dem die Voraussetzungen für rechtliche Hilfeleistungen vorliegen, rechtliche Hilfeleistungen beantragt, muss das Organ der rechtlichen Hilfeleistung ihm die rechtlichen Hilfeleistungen nach dem Recht zur Verfügung stellen.

§ 19 [Antragsgegnerin] Wenn Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen sich einem Verwaltungsakt nicht unterwerfen [und] eine erneute Verwaltungsberatung beantragen, ist die Verwaltungsbehörde oder die durch Gesetze, Rechtsnormen [und] Regeln ermächtigte Organisation, welche den Verwaltungsakt erlassen hat, die Antragsgegnerin.

Wenn zwei oder mehr Verwaltungsbehörden denselben Verwaltungsakt in ihren gemeinsamen Namen erlassen haben, sind die Verwaltungsbehörden, die den Verwaltungsakt gemeinsam erlassen haben, die Antragsgegnerinnen.

Wenn eine Organisation, die von einer Verwaltungsbehörde beauftragt wird, einen Verwaltungsakt erlässt, ist die auftraggebende Verwaltungsbehörde die Antragsgegnerin.

Wenn die Verwaltungsbehörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat, aufgehoben wird oder ihre Amtsbefugnisse sich ändern, ist die Verwaltungsbehörde, welche die Amtsbefugnisse weiter ausübt, die Antragsgegnerin.

3. Abschnitt: Antragstellung

§ 20 [Allgemeine Antragsfrist] Wenn Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen der Ansicht sind, dass ein Verwaltungsakt ihre legalen Rechte und Interessen verletzt, können sie innerhalb von 60 Tagen von dem Tag an, an dem sie diesen Verwaltungsakt kannten oder kennen mussten, einen Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung stellen, es sei denn, dass die gesetzlich vorgeschriebene Antragsfrist über 60 Tage hinausgeht.

Wenn wegen höherer Gewalt oder aus anderen rechtfertigenden Gründen die gesetzliche Antragsfrist versäumt wird, wird die Antragsfrist von dem Tag an weitergerechnet, an dem das Hindernis entfällt.

24 Wörtlich: „Bevollmächtigungs- [und] Beauftragungsurkunde“, siehe Fußnote 79 der chinesisch-deutschen Übersetzung des Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China (Fn. 13), S. 234.

25 Siehe die Bestimmungen des „Gesetzes der Volksrepublik China zu rechtlichen Hilfeleistungen“ (中华人民共和国法律援助法) vom 20.8.2021, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI1.1.5055324. Gemäß § 2 Gesetz der Volksrepublik China zu rechtlichen Hilfeleistungen stellt der Staat unter anderem Bürgern in wirtschaftlicher Notlage rechtliche Dienstleistungen, wie etwa Rechtsberatung, Prozessvertretung und Verteidigung im Strafverfahren unentgeltlich zur Verfügung. Nicht davon erfasst ist die Befreiung oder die Herabsetzung von anfallenden Gerichtskosten.

行政机关作出行政行为时，未告知公民、法人或者其他组织申请行政复议的权利、行政复议机关和申请期限的，申请期限自公民、法人或者其他组织知道或者应当知道申请行政复议的权利、行政复议机关和申请期限之日起计算，但是自知道或者应当知道行政行为内容之日起最长不得超过一年。

第二十一条 因不动产提出的行政复议申请自行政行为作出之日起超过二十年，其他行政复议申请自行政行为作出之日起超过五年的，行政复议机关不予受理。

第二十二条 申请人申请行政复议，可以书面申请；书面申请有困难的，也可以口头申请。

书面申请的，可以通过邮寄或者行政复议机关指定的互联网渠道等方式提交行政复议申请书，也可以当面提交行政复议申请书。行政机关通过互联网渠道送达行政行为决定书的，应当同时提供提交行政复议申请书的互联网渠道。

口头申请的，行政复议机关应当当场记录申请人的基本情况、行政复议请求、申请行政复议的主要事实、理由和时间。

申请人对两个以上行政行为不服的，应当分别申请行政复议。

第二十三条 有下列情形之一的，申请人应当先向行政复议机关申请行政复议，对行政复议决定不服的，可以再依法向人民法院提起行政诉讼：

(一) 对当场作出的行政处罚决定不服；

Wenn eine Verwaltungsbehörde beim Erlass eines Verwaltungsaktes die Bürger, die juristischen Personen oder die sonstigen Organisationen nicht über das Recht auf die Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung, die Verwaltungsberatungsbehörde und die Antragsfrist belehrt, wird die Antragsfrist von dem Tag an gerechnet, an dem die Bürger, die juristischen Personen oder die sonstigen Organisationen das Recht auf die Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung, die Verwaltungsberatungsbehörde und die Antragsfrist kannten oder kennen mussten; es darf jedoch von dem Tag an, an dem [sie] den Inhalt des Verwaltungsaktes kannten oder kennen mussten, am längsten nicht über ein Jahr hinausgehen.

§ 21 [Verjährungsfrist] Anträge auf eine erneute Verwaltungsberatung, die wegen einer unbeweglichen Sache gestellt werden, nimmt eine Verwaltungsberatungsbehörde nicht an, wenn über zwanzig Jahre seit dem Tag des Erlasses des Verwaltungsaktes verstrichen sind; andere Anträge auf eine erneute Verwaltungsberatung nimmt eine Verwaltungsberatungsbehörde nicht an, wenn über fünf Jahre seit dem Tag des Erlasses des Verwaltungsaktes verstrichen sind.

§ 22 [Antragstellung] Der Antragsteller kann die erneute Verwaltungsberatung schriftlich beantragen; wenn eine schriftliche Antragstellung Schwierigkeiten bereitet, kann ein Antrag auch mündlich gestellt werden.

Wenn ein Antrag schriftlich gestellt wird, kann die Antragschrift auf eine erneute Verwaltungsberatung postalisch oder über den von der Verwaltungsberatungsbehörde festgelegten Internetkanal eingereicht werden; die Antragschrift auf eine erneute Verwaltungsberatung kann auch in Präsenz eingereicht werden. Wenn eine Verwaltungsbehörde eine Urkunde des Bescheids eines Verwaltungsaktes über einen Internetkanal zustellt, muss sie zugleich einen Internetkanal für die Einreichung einer Antragschrift auf eine erneute Verwaltungsberatung zur Verfügung stellen.

Wenn ein Antrag mündlich gestellt wird, muss die Verwaltungsberatungsbehörde vor Ort die Grundzüge des Antragstellers, das Begehren zu der erneuten Verwaltungsberatung, die Haupttatsachen, Gründe und den Zeitpunkt der Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung protokollieren.

Wenn ein Antragsteller sich zwei oder mehr als zwei Verwaltungsakten nicht unterwirft, muss er Anträge auf die erneuten Verwaltungsberatungen getrennt stellen.

§ 23 [Eine erneute Verwaltungsberatung als Vorverfahren] Wenn einer der folgenden Umstände vorliegt, muss der Antragsteller zunächst bei einer Verwaltungsberatungsbehörde eine erneute Verwaltungsberatung beantragen; wenn er sich dem Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung nicht unterwirft, kann er dann bei einem Volksgericht eine Verwaltungsklage erheben:

1. wenn er sich einem vor Ort erlassenen Bescheid über eine Verwaltungsanktion nicht unterwirft;

(二) 对行政机关作出的侵犯其已经依法取得的自然资源的所有权或者使用权的决定不服;

(三) 认为行政机关存在本法第十一条规定的未履行法定职责情形;

(四) 申请政府信息公开, 行政机关不予公开;

(五) 法律、行政法规规定应当先向行政复议机关申请行政复议的其他情形。

对前款规定的情形, 行政机关在作出行政行为时应当告知公民、法人或者其他组织先向行政复议机关申请行政复议。

第四节 行政复议管辖

第二十四条 县级以上地方各级人民政府管辖下列行政复议案件:

(一) 对本级人民政府工作部门作出的行政行为不服的;

(二) 对下一级人民政府作出的行政行为不服的;

(三) 对本级人民政府依法设立的派出机关作出的行政行为不服的;

(四) 对本级人民政府或者其工作部门管理的法律、法规、规章授权的组织作出的行政行为不服的。

除前款规定外, 省、自治区、直辖市人民政府同时管辖对本机关作出的行政行为不服的行政复议案件。

省、自治区人民政府依法设立的派出机关参照设区的市级人民政府的职责权限, 管辖相关行政复议案件。

2. wenn er sich einer von einer Verwaltungsbehörde getroffenen Entscheidung nicht unterwirft, die ein schon nach dem Recht erlangtes Eigentum oder Nutzungsrecht an natürlichen Ressourcen verletzt;

3. wenn er der Ansicht ist, dass ein Umstand der im § 11 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Nichterfüllung einer gesetzlichen Amtspflicht bei einer Verwaltungsbehörde vorliegt;

4. wenn er die Veröffentlichung einer Information der Regierung beantragt und die Verwaltungsbehörde die Veröffentlichung nicht bewilligt;

5. andere Umstände, bei denen ein Gesetz [oder] eine Verwaltungsrechtsnorm vorschreibt, dass zunächst eine erneute Verwaltungsberatung bei einer Verwaltungsberatungsbehörde beantragt werden muss.

[Im Falle] der im vorigen Absatz bestimmten Umstände muss eine Verwaltungsbehörde beim Erlass eines Verwaltungsaktes den Bürger, die juristische Person oder die sonstige Organisation darüber belehren, zunächst eine erneute Verwaltungsberatung bei einer Verwaltungsberatungsbehörde zu beantragen.

4. Abschnitt: Zuständigkeit für erneute Verwaltungsberatungen

§ 24 [Zuständigkeit einer regionalen Volksregierung] Eine regionale Volksregierung auf Kreisstufe oder höherer Stufe ist für die folgenden Verwaltungsberatungsfälle zuständig:

1. wenn man sich einem von einer Arbeitsabteilung dieser [betreffenden] Volksregierung erlassenen Verwaltungsakt nicht unterwirft;

2. wenn man sich einem von einer [unterstehenden] Volksregierung der nächstniedrigeren Stufe erlassenen Verwaltungsakt nicht unterwirft;

3. wenn man sich einem Verwaltungsakt nicht unterwirft, den eine von der Volksregierung dieser Stufe nach dem Recht errichtete abgeordnete Behörde erlässt;

4. wenn man sich einem Verwaltungsakt nicht unterwirft, den eine durch Gesetze, Rechtsnormen [und] Regeln [dazu] ermächtigte Organisation erlässt, die der Verwaltung der Volksregierung dieser Stufe oder ihrer Arbeitsabteilung untersteht.

Neben den Bestimmungen des vorigen Absatzes sind die Volksregierungen der Provinzen, der Autonomen Gebiete [und] der [der zentralen Regierung] unmittelbar unterstehenden Städte gleichzeitig für die Verwaltungsberatungsfälle zuständig, bei denen [die Antragsteller] sich den von den Behörden dieser Stufe erlassenen Verwaltungsakten nicht unterwerfen.

Bei Zuständigkeit der abgeordneten Behörden, die die Volksregierungen der Provinzen [und] der Autonomen Gebiete nach dem Recht errichten [in Hinsicht auf] einschlägige Verwaltungsberatungsfälle werden die Amtspflichten und Befugnisse der Volksregierung einer Stadt mit Stadtbezirken entsprechend berücksichtigt.

对县级以上地方各级人民政府工作部门依法设立的派出机构依照法律、法规、规章规定，以派出机构的名义作出的行政行为不服的行政复议案件，由本级人民政府管辖；其中，对直辖市、设区的市人民政府工作部门按照行政区划设立的派出机构作出的行政行为不服的，也可以由其所在地的人民政府管辖。

第二十五条 国务院部门管辖下列行政复议案件：

(一) 对本部门作出的行政行为不服的；

(二) 对本部门依法设立的派出机构依照法律、行政法规、部门规章规定，以派出机构的名义作出的行政行为不服的；

(三) 对本部门管理的法律、行政法规、部门规章授权的组织作出的行政行为不服的。

第二十六条 对省、自治区、直辖市人民政府依照本法第二十四条第二款的规定、国务院部门依照本法第二十五条第一项的规定作出的行政复议决定不服的，可以向人民法院提起行政诉讼；也可以向国务院申请裁决，国务院依照本法的规定作出最终裁决。

第二十七条 对海关、金融、外汇管理等实行垂直领导的行政机关、税务和国家安全机关的行政行为不服的，向上一级主管部门申请行政复议。

Für einen Verwaltungsberatungsfall, bei dem man sich einem Verwaltungsakt nicht unterwirft, den eine abgeordnete Einrichtung, die eine Arbeitsabteilung einer regionalen Volksregierung auf Kreisstufe oder höherer Stufe nach dem Recht errichtet, gemäß den Bestimmungen der Gesetze, Rechtsnormen [und] Regeln im Namen der abgeordneten Einrichtung erlässt, ist die Volksregierung dieser Ebene zuständig; wenn man sich dabei einem Verwaltungsakt nicht unterwirft, den eine abgeordnete Einrichtung erlässt, die eine Arbeitsabteilung der Volksregierungen der [der zentralen Regierung] unmittelbar unterstehenden Städte [und] der Städte mit Stadtbezirken je nach der Gebietsteilung der Verwaltung errichtet, kann hierbei auch die Volksregierung des Ortes, an dem sie sich befindet, zuständig sein.

§ 25 [Zuständigkeit der Abteilungen des Staatsrates] Eine Abteilung des Staatsrates ist für die folgenden Verwaltungsberatungsfälle zuständig:

1. wenn man sich einem von dieser Abteilung erlassenen Verwaltungsakt nicht unterwirft;

2. wenn man sich einem Verwaltungsakt nicht unterwirft, den ein von dieser Abteilung nach dem Recht errichtetes abgeordnetes Organ auf Grundlage der Bestimmungen der Gesetze, Rechtsnormen [und] Abteilungsregeln im Namen des abgeordneten Organs erlassen hat;

3. wenn man sich einem Verwaltungsakt nicht unterwirft, den eine durch Gesetze, Rechtsnormen [und] Abteilungsregeln dazu ermächtigte Organisation erlassen hat, die der Verwaltung dieser Abteilung untersteht.

§ 26 [Abschließende Entscheidung des Staatsrates] Wenn man sich dem Bescheid einer erneuten Verwaltungsberatung nicht unterwirft, den eine Volksregierung einer Provinz [oder] eines Autonomen Gebietes [oder] einer [der zentralen Regierung] unmittelbar unterstehenden Stadt gemäß der Bestimmung von § 24 Absatz 2 dieses Gesetzes [oder] eine Abteilung des Staatsrates auf Grundlage der Bestimmung von § 25 Nr. 1 dieses Gesetzes erlässt, kann man bei dem Volksgericht eine Verwaltungsklage erheben; man kann auch eine Entscheidung beim Staatsrat beantragen [und] der Staatsrat fällt gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes eine abschließende Entscheidung.

§ 27 [Antrag bei der zuständigen Abteilung der nächsthöheren Stufe] Wenn man sich einem Verwaltungsakt einer Verwaltungsbehörde wie etwa des Zolls, der Finanz[behörde] [und] der Devisenbewirtschaftung, die der vertikalen Führung²⁶ [der Behörde höher Stufe] untersteht, [oder] einem Verwaltungsakt einer Steuer- und Staatssicherheitsbehörde nicht unterwirft, wird eine erneute Verwaltungsberatung bei der zuständigen Abteilung der nächsthöheren Stufe beantragt.

26 Der Begriff „垂直领导“ (*chui zhi ling dao*, vertikale Führung) bedeutet, dass eine Behörde ausschließlich der Führung der Fachbehörde der nächsthöheren Stufe untersteht, so etwa geregelt in § 13 Abs. 1 Gesetz der Volksrepublik China zur Volksbank Chinas (中华人民共和国中国人民银行法) vom 18.3.1995 in der Fassung vom 27.12.2003, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLL1.50973. Hingegen untersteht eine Behörde üblicherweise sowohl der Führung der Volksregierung ihrer Stufe als auch der Führung der Fachbehörde der nächsthöheren Stufe.

第二十八条 对履行行政复议机构职责的地方人民政府司法行政部门的行政行为不服的，可以向本级人民政府申请行政复议，也可以向上一级司法行政部门申请行政复议。

第二十九条 公民、法人或者其他组织申请行政复议，行政复议机关已经依法受理的，在行政复议期间不得向人民法院提起行政诉讼。

公民、法人或者其他组织向人民法院提起行政诉讼，人民法院已经依法受理的，不得申请行政复议。

第三章 行政复议受理

第三十条 行政复议机关收到行政复议申请后，应当在五日内进行审查。对符合下列规定的，行政复议机关应当予以受理：

- (一) 有明确的申请人和符合本法规定的被申请人；
- (二) 申请人与被申请行政复议的行政行为有利害关系；
- (三) 有具体的行政复议请求和理由；
- (四) 在法定申请期限内提出；
- (五) 属于本法规定的行政复议范围；
- (六) 属于本机关的管辖范围；
- (七) 行政复议机关未受理过该申请人就同一行政行为提出的行政复议申请，并且人民法院未受理过该申请人就同一行政行为提起的行政诉讼。

§ 28 [Antrag gegen einen Verwaltungsakt einer Abteilung der Justizverwaltung] Wenn man sich einem Verwaltungsakt einer Abteilung der Justizverwaltung der regionalen Volksregierung nicht unterwirft, die die Amtspflicht eines Verwaltungsberatungsorgans erfüllt, kann eine erneute Verwaltungsberatung bei der Volksregierung dieser Stufe beantragt werden; eine erneute Verwaltungsberatung kann auch bei der Abteilung der Justizverwaltung der nächsthöheren Ebene beantragt werden.

§ 29 [Sperrwirkung] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde einen Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung, den ein Bürger [oder] eine juristische Person oder eine sonstige Organisation stellt, bereits nach dem Recht angenommen hat, darf während der erneuten Verwaltungsberatung keine Verwaltungsklage beim Volksgericht erhoben werden.

Wenn ein Volksgericht eine Verwaltungsklage, die ein Bürger, eine juristische Person oder eine sonstige Organisation vor ihm erhebt, bereits nach dem Recht angenommen hat, darf keine erneute Verwaltungsberatung beantragt werden.

3. Kapitel: Annahme einer erneuten Verwaltungsberatung

§ 30 [Annahme eines Antrags] Nachdem eine Verwaltungsberatungsbehörde einen Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung erhalten hat, muss [sie diesen] innerhalb von fünf Tagen prüfen. Die Verwaltungsberatungsbehörde muss einen Antrag annehmen, wenn [dieser] den folgenden Bestimmungen entspricht:

1. Es gibt einen eindeutigen Antragsteller und eine Antragsgegnerin, die den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechen;
2. die Interessen des Antragstellers werden von dem Verwaltungsakt, gegen den eine erneute Verwaltungsberatung beantragt wird, vorteilhaft [oder] nachteilig berührt;
3. es gibt ein konkretes Begehren und [konkrete] Gründe für eine erneute Verwaltungsberatung;
4. [der Antrag] wird innerhalb der gesetzlichen Antragsfrist gestellt;
5. [der Fall] gehört zum von diesem Gesetz vorgeschriebenen Umfang der erneuten Verwaltungsberatung;
6. [der Fall] fällt in den Zuständigkeitsbereich dieser Behörde;
7. die Verwaltungsberatungsbehörde hat noch keinen Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung angenommen, den derselbe Antragsteller gegen denselben Verwaltungsakt stellt, und das Volksgericht hat keine Verwaltungsklage angenommen, die derselbe Antragsteller gegen denselben Verwaltungsakt erhebt.

对不符合前款规定的行政复议申请, 行政复议机关应当在审查期限内决定不予受理并说明理由; 不属于本机关管辖的, 还应当在不予受理决定中告知申请人有管辖权的行政复议机关。

行政复议申请的审查期限届满, 行政复议机关未作出不予受理决定的, 审查期限届满之日起视为受理。

第三十一条 行政复议申请材料不齐全或者表述不清楚, 无法判断行政复议申请是否符合本法第三十条第一款规定的, 行政复议机关应当自收到申请之日起五日内书面通知申请人补正。补正通知应当一次性载明需要补正的事项。

申请人应当自收到补正通知之日起十日内提交补正材料。有正当理由不能按期补正的, 行政复议机关可以延长合理的补正期限。无正当理由逾期不补正的, 视为申请人放弃行政复议申请, 并记录在案。

行政复议机关收到补正材料后, 依照本法第三十条的规定处理。

第三十二条 对当场作出或者依据电子技术监控设备记录的违法事实作出的行政处罚决定不服申请行政复议的, 可以通过作出行政处罚决定的行政机关提交行政复议申请。

行政机关收到行政复议申请后, 应当及时处理; 认为需要维持行政处罚决定的, 应当自收到行政复议申请之日起五日内转送行政复议机关。

Wenn ein Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung den Vorschriften des vorigen Absatzes nicht entspricht, muss die Verwaltungsberatungsbehörde innerhalb der Prüfungsfrist einen Bescheid erlassen, [den Antrag] nicht anzunehmen, und die Gründe [dafür] erläutern; wenn [der Fall] nicht in die Zuständigkeit dieser Behörde fällt, muss sie zudem im Ablehnungsbescheid den Antragsteller über die zuständige Verwaltungsberatungsbehörde belehren.

Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde nach Ablauf der Prüfungsfrist für einen Antrag auf eine erneute Verwaltungsbehörde keinen Ablehnungsbescheid erlässt, gilt [der Antrag] von dem Tag des Ablaufs der Prüfungsfrist an als angenommen.

§ 31 [Nachreichen der Berichtigung] Wenn das Material eines Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung unvollständig ist oder [wenn] die Angaben [dergestalt] unklar sind, dass es unmöglich ist, zu beurteilen, ob der Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung den Vorschriften des § 30 Absatz 1 dieses Gesetzes entspricht, muss die Verwaltungsberatungsbehörde innerhalb von fünf Tagen von dem Tag des Erhalts des Antrags an dem Antragsteller schriftlich mitteilen, [den Antrag] zu ergänzen [und] zu berichtigen. Die Mitteilung über die Ergänzung und Berichtigung muss auf einmal die Angelegenheiten klar angeben, die der Ergänzung [und] Berichtigung bedürfen.

Ein Antragsteller muss innerhalb von zehn Tagen von dem Tag des Erhalts der Mitteilung an das Material zur Ergänzung und Berichtigung überreichen. Wenn die Ergänzungen und Berichtigungen aus einem rechtfertigenden Grund nicht rechtzeitig erfolgen können, kann die Verwaltungsberatungsbehörde [diese] um eine angemessene Frist für Ergänzungen und Berichtigungen verlängern. Wenn ohne rechtfertigende Gründe nach dem Ablauf der Frist keine Ergänzungen [und] Berichtigungen erfolgen, gilt [dies] als Verzicht des Antragstellers auf den Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung und wird in das Protokoll aufgenommen.

Die Verwaltungsberatungsbehörde verfährt nach dem Erhalt des Ergänzungs- und Berichtigungsmaterials gemäß § 30 dieses Gesetzes.

§ 32 [Antragstellung über die Behörde] Wenn man sich einem Bescheid über eine Verwaltungssanktion, die vor Ort oder auf Grundlage der von einem elektrotechnischen Überwachungsgerät aufgezeichneten Tatsache der Rechtsverletzung erlassen wird, nicht unterwirft [und] eine erneute Verwaltungsberatung beantragt, kann ein Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung bei der Verwaltungsbehörde eingereicht werden, die den Bescheid über die Verwaltungssanktion erlassen hat.

Die Verwaltungsbehörde muss nach Erhalt eines Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung [damit] unverzüglich verfahren; wenn [sie] der Ansicht ist, dass die Aufrechterhaltung eines Bescheids über die Verwaltungssanktion erfordert wird, muss sie den Antrag innerhalb von fünf Tagen nach dem Tag des Erhalts des Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung an die Verwaltungsberatungsbehörde weiterleiten.

第三十三条 行政复议机关受理行政复议申请后,发现该行政复议申请不符合本法第三十条第一款规定的,应当决定驳回申请并说明理由。

第三十四条 法律、行政法规规定应当先向行政复议机关申请行政复议、对行政复议决定不服再向人民法院提起行政诉讼的,行政复议机关决定不予受理、驳回申请或者受理后超过行政复议期限不作答复的,公民、法人或者其他组织可以自收到决定书之日起或者行政复议期限届满之日起十五日内,依法向人民法院提起行政诉讼。

第三十五条 公民、法人或者其他组织依法提出行政复议申请,行政复议机关无正当理由不予受理、驳回申请或者受理后超过行政复议期限不作答复的,申请人有权向上级行政机关反映,上级行政机关应当责令其纠正;必要时,上级行政复议机关可以直接受理。

§ 33 [Zurückweisung eines Antrags] Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde nach der Annahme eines Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung entdeckt, dass dieser Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung nicht den Bestimmungen von § 30 Absatz 1 dieses Gesetzes entspricht, muss [sie] den Bescheid erlassen, den Antrag zurückzuweisen, und die Gründe [hierfür] erläutern.

§ 34 [Klageerhebung bei zwingenden erneuten Verwaltungsberatungen] Wenn Gesetze [oder] Verwaltungsnormen vorschreiben, dass man zunächst bei einer Verwaltungsberatungsbehörde eine erneute Verwaltungsberatung beantragen muss, und in dem Fall, dass man sich dem Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung nicht unterwirft, [sodann] eine Verwaltungsklage beim Volksgericht erhebt, können Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen, soweit die Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid erlässt, den Antrag nicht anzunehmen oder zurückzuweisen, oder nach Annahme des Antrags keine Antwort bis zum Ablauf der Frist für die erneute Verwaltungsberatung erteilt, innerhalb von fünfzehn Tagen von dem Tag des Erhalts des Bescheids oder des Ablaufs der Frist für die erneute Verwaltungsberatung an nach dem Recht beim Volksgericht eine Verwaltungsklage erheben.

§ 35 [Beschwerde bei einer Verwaltungsbehörde höherer Stufe] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde einen Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung, den ein Bürger, eine juristische Person oder eine sonstige Organisation nach dem Recht stellt, ohne rechtfertigenden Grund nicht annimmt [oder] zurückweist oder nach der Annahme des Antrags keine Antwort bis zum Ablauf der Frist für die erneute Verwaltungsberatung erteilt, hat der Antragsteller das Recht, sich bei einer [übergeordneten] Verwaltungsbehörde höherer Stufe zu beschweren, [und] die [übergeordnete] Verwaltungsbehörde höherer Stufe muss ihr die Anordnung erteilen, [dies] zu korrigieren; nötigenfalls kann die [übergeordnete] Verwaltungsberatungsbehörde höherer Stufe [den Antrag] direkt annehmen.

第四章 行政复议审理

第一节 一般规定

第三十六条 行政复议机关受理行政复议申请后，依照本法适用普通程序或者简易程序进行审理。行政复议机构应当指定行政复议人员负责办理行政复议案件。

行政复议人员对办理行政复议案件过程中知悉的国家秘密、商业秘密和个人隐私，应当予以保密。

第三十七条 行政复议机关依照法律、法规、规章审理行政复议案件。

行政复议机关审理民族自治地方的行政复议案件，同时依照该民族自治地方的自治条例和单行条例。

第三十八条 上级行政复议机关根据需要，可以审理下级行政复议机关管辖的行政复议案件。

下级行政复议机关对其管辖的行政复议案件，认为需要由上级行政复议机关审理的，可以报请上级行政复议机关决定。

第三十九条 行政复议期间有下列情形之一的，行政复议中止：

(一) 作为申请人的公民死亡，其近亲属尚未确定是否参加行政复议；

(二) 作为申请人的公民丧失参加行政复议的行为能力，尚未确定法定代理人参加行政复议；

(三) 作为申请人的公民下落不明；

(四) 作为申请人的法人或者其他组织终止，尚未确定权利义务承受人；

4. Kapitel: Behandlung einer erneuten Verwaltungsberatung

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 36 [Verfahren zuständige Beamte] Nach Annahme eines Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung wendet die Verwaltungsberatungsbehörde gemäß diesem Gesetz das gewöhnliche oder vereinfachte Verfahren bei der Behandlung an. Das Verwaltungsberatungsorgan muss die für die Bearbeitung des Verwaltungsberatungsfalles verantwortlichen Personen der erneuten Verwaltungsberatung bestimmen.

Die Personen der erneuten Verwaltungsberatung müssen die im Vorgang der Bearbeitung des Verwaltungsberatungsfalles erfahrenen Staatsgeheimnisse, Geschäftsgeheimnisse und intimen Privatangelegenheiten geheim halten.

§ 37 [Verfahrensgrundlage] Die Verwaltungsberatungsbehörde behandelt Verwaltungsberatungsfälle gemäß Gesetzen, Rechtsnormen und Regeln.

Die Verwaltungsberatungsbehörde muss einen Verwaltungsberatungsfall [in] einer autonomen Region von einer Volksgruppe zugleich gemäß den Autonomie- und Einzelverordnungen dieser autonomen Region behandeln.

§ 38 [Bewegliche Zuständigkeit] Eine Verwaltungsberatungsbehörde auf höherer Stufe kann je nach dem Bedarf einen Verwaltungsberatungsfall behandeln, für den eine [untergeordnete] Verwaltungsberatungsbehörde auf niedriger Stufe zuständig ist.

Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde auf niedrigerer Stufe der Ansicht ist, dass ein Verwaltungsberatungsfall, für den sie zuständig ist, der Behandlung durch eine [übergeordnete] Verwaltungsberatungsbehörde auf höherer Stufe bedarf, kann sie [jener übergeordneten] Verwaltungsberatungsbehörde auf höherer Stufe berichten und um deren Entscheidung bitten.

§ 39 [Unterbrechung einer erneuten Verwaltungsberatung] Wenn während einer erneuten Verwaltungsberatung einer der folgenden Umstände vorliegt, wird die erneute Verwaltungsberatung unterbrochen:

1. wenn ein Bürger, der der Antragsteller ist, stirbt [und] dessen nahe Angehörige noch nicht festgelegt haben, ob sie an der erneuten Verwaltungsberatung teilnehmen;

2. wenn ein Bürger, der der Antragsteller ist, die Geschäftsfähigkeit²⁷ zur Teilnahme an der erneuten Verwaltungsberatung verliert [und] noch kein gesetzlicher Vertreter bestimmt worden ist, der [an seiner Stelle] an der erneuten Verwaltungsberatung teilnimmt;

3. wenn der Verbleib eines Bürgers, der der Antragsteller ist, unklar ist;

4. wenn eine juristische Person oder eine sonstige Organisation, die die Antragstellerin ist, endet [und] der Nachfolger ihrer Rechte und Pflichten noch nicht bestimmt worden ist;

27 Wörtlich: „Handlungsfähigkeit“.

(五) 申请人、被申请人因不可抗力或者其他正当理由，不能参加行政复议；

(六) 依照本法规定进行调解、和解，申请人和被申请人同意中止；

(七) 行政复议案件涉及的法律适用问题需要有权机关作出解释或者确认；

(八) 行政复议案件审理需要以其他案件的审理结果为依据，而其他案件尚未审结；

(九) 有本法第五十六条或者第五十七条规定的情形；

(十) 需要中止行政复议的其他情形。

行政复议中止的原因消除后，应当及时恢复行政复议案件的审理。

行政复议机关中止、恢复行政复议案件的审理，应当书面告知当事人。

第四十条 行政复议期间，行政复议机关无正当理由中止行政复议的，上级行政机关应当责令其恢复审理。

第四十一条 行政复议期间有下列情形之一的，行政复议机关决定终止行政复议：

(一) 申请人撤回行政复议申请，行政复议机构准予撤回；

(二) 作为申请人的公民死亡，没有近亲属或者其近亲属放弃行政复议权利；

(三) 作为申请人的法人或者其他组织终止，没有权利义务承受人或者其权利义务承受人放弃行政复议权利；

5. wenn der Antragsteller oder die Antragsgegnerin aufgrund höherer Gewalt oder aus anderen rechtfertigenden Gründen nicht an der erneuten Verwaltungsberatung teilnehmen kann;

6. wenn eine Schlichtung oder ein Vergleich gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes durchgeführt wird [und] der Antragsteller und die Antragsgegnerin der Unterbrechung zustimmen;

7. wenn eine Frage der Anwendung des Rechts, die den Verwaltungsberatungsfall betrifft, eine Auslegung oder Bestätigung einer zuständigen Behörde erfordert;

8. wenn die Behandlung eines Verwaltungsberatungsfalles das Ergebnis der Behandlung eines anderen Falls als Grundlage erfordert und die Behandlung jenes anderen Falls noch nicht abgeschlossen ist;

9. wenn einer der in § 56 oder § 57 dieses Gesetzes geregelten Umstände vorliegt;

10. andere Umstände, die eine Unterbrechung der erneuten Verwaltungsberatung erfordern.

Nachdem die Gründe für die Unterbrechung der erneuten Verwaltungsberatung entfallen sind, muss die Behandlung des Verwaltungsberatungsfalles unverzüglich wiederhergestellt werden.

Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde die Behandlung eines Verwaltungsberatungsfalles unterbricht oder wiederherstellt, muss [sie] die Parteien schriftlich in Kenntnis setzen.

§ 40 [Wiederherstellung der Behandlung nach grundloser Unterbrechung] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde während einer erneuten Verwaltungsberatung diese ohne rechtfertigenden Grund unterbricht, muss die [übergeordnete] Verwaltungsbehörde auf höherer Stufe ihr die Anordnung erteilen, die Behandlung wiederherzustellen.

§ 41 [Beendigung einer erneuten Verwaltungsberatung] Wenn einer der folgenden Umstände während einer erneuten Verwaltungsberatung vorliegt, erlässt die Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid, die [laufende] erneute Verwaltungsberatung zu beenden:

1. wenn der Antragsteller den Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung zurücknimmt [und] die Verwaltungsberatungsbehörde die Rücknahme genehmigt;

2. wenn ein Bürger, der der Antragsteller ist, verstirbt [und] es keine nahen Angehörigen gibt oder seine nahen Angehörigen auf das Recht auf erneute Verwaltungsberatung verzichten;

3. wenn eine juristische Person oder eine sonstige Organisation, die die Antragstellerin ist, endet [und] es keinen Nachfolger ihrer Rechte und Pflichten gibt oder der Nachfolger ihrer Rechte und Pflichten auf das Recht auf erneute Verwaltungsberatung verzichtet;

(四) 申请人对行政拘留或者限制人身自由的行政强制措施不服申请行政复议后, 因同一违法行为涉嫌犯罪, 被采取刑事强制措施;

(五) 依照本法第三十九条第一款第一项、第二项、第四项的规定中止行政复议满六十日, 行政复议中止的原因仍未消除。

第四十二条 行政复议期间行政行为不停止执行; 但是有下列情形之一的, 应当停止执行:

(一) 被申请人认为需要停止执行;

(二) 行政复议机关认为需要停止执行;

(三) 申请人、第三人申请停止执行, 行政复议机关认为其要求合理, 决定停止执行;

(四) 法律、法规、规章规定停止执行的其他情形。

第二节 行政复议证据

第四十三条 行政复议证据包括

- (一) 书证;
- (二) 物证;
- (三) 视听资料;
- (四) 电子数据;
- (五) 证人证言;
- (六) 当事人的陈述;
- (七) 鉴定意见;
- (八) 勘验笔录、现场笔录。

以上证据经行政复议机构审查属实, 才能作为认定行政复议案件事实的根据。

第四十四条 被申请人对其作出的行政行为的合法性、适当性负有举证责任。

有下列情形之一的, 申请人应当提供证据:

4. wenn gegen einen Antragsteller, der sich einer Verwaltungshaft oder einer die körperliche [Bewegungs-]Freiheit einschränkenden Verwaltungszwangsmaßnahme nicht unterwirft und eine erneute Verwaltungsberatung beantragt hat, wegen derselben rechtswidrigen Handlung eine strafrechtliche Zwangsmaßnahme ergriffen wird;

5. wenn seit einer Unterbrechung einer erneuten Verwaltungsberatung gemäß den Bestimmungen von § 39 Absatz 1 Nr. 1, 2 und 4 dieses Gesetzes 60 Tage verstrichen sind [und] die Gründe für die Unterbrechung der erneuten Verwaltungsberatung noch nicht entfallen sind.

§ 42 [Aufschiebende Wirkung] Während einer erneuten Verwaltungsberatung wird die Vollziehung des Verwaltungsaktes nicht ausgesetzt; aber wenn einer der folgenden Umstände vorliegt, muss sie ausgesetzt werden:

1. wenn die Antragsgegnerin die Aussetzung der Vollziehung als erforderlich erachtet;

2. wenn die Verwaltungsberatungsbehörde die Aussetzung der Vollziehung als erforderlich erachtet;

3. wenn der Antragsteller [oder] der Dritte die Aussetzung der Vollziehung beantragt [und] die Verwaltungsberatungsbehörde sein Begehren als angemessen erachtet und den Beschluss erlässt, die Vollziehung auszusetzen;

4. andere Umstände, bei denen Gesetze, Rechtsnormen [und] Regeln die Aussetzung der Vollziehung vorschreiben.

2. Abschnitt: Beweise einer erneuten Verwaltungsberatung

§ 43 [Beweismittel] Beweismittel für eine erneute Verwaltungsberatung umfassen:

1. Urkundenbeweise;
2. Sachbeweise;
3. audiovisuelles Material;
4. elektronische Daten;
5. Zeugenaussagen;
6. Parteivorträge;
7. gutachtliche Stellungnahmen;
8. Augenscheinprotokolle und Vor-Ort-Protokolle²⁸.

Die oben genannten Beweise können erst dann der Feststellung der Tatsachen eines Verwaltungsberatungsfalles zugrunde gelegt werden, wenn sie auf ihre Echtheit von einer Verwaltungsberatungsbehörde geprüft worden sind.

§ 44 [Beweislast] Die Antragsgegnerin trägt die Beweislast für die Rechtmäßigkeit [und] Angemessenheit eines Verwaltungsaktes, den sie erlassen hat.

Wenn einer der folgenden Umstände vorliegt, muss der Antragsteller die Beweise erbringen:

28 Ein Vor-Ort-Protokoll (现场笔录) wird von dem Beamten im Zeitpunkt des Erlasses eines Verwaltungsaktes vor Ort angefertigt. So hat etwa ein Polizist gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 4 der „Regelung der Behörde für die öffentliche Sicherheit zum Verfahren bei Bearbeitung der Verwaltungsfälle“ (公安机关办理行政案件程序规定) vom 26.8.2003 in der Fassung vom 6.8.2020 beim Ergreifen einer Verwaltungszwangsmaßnahme ein Vor-Ort-Protokoll zu erstellen, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com>[北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.4.352322.

(一) 认为被申请人不履行法定职责的, 提供曾经要求被申请人履行法定职责的证据, 但是被申请人应当依职权主动履行法定职责或者申请人因正当理由不能提供的除外;

(二) 提出行政赔偿请求的, 提供受行政行为侵害而造成损害的证据, 但是因被申请人原因导致申请人无法举证的, 由被申请人承担举证责任;

(三) 法律、法规规定需要申请人提供证据的其他情形。

第四十五条 行政复议机关有权向有关单位和个人调查取证, 查阅、复制、调取有关文件和资料, 向有关人员进行询问。

调查取证时, 行政复议人员不得少于两人, 并应当出示行政复议工作证件。

被调查取证的单位和个人应当积极配合行政复议人员的工作, 不得拒绝或者阻挠。

第四十六条 行政复议期间, 被申请人不得自行向申请人和其他有关单位或者个人收集证据; 自行收集的证据不作为认定行政行为合法性、适当性的依据。

行政复议期间, 申请人或者第三人提出被申请行政复议的行政行为作出时没有提出的理由或者证据的, 经行政复议机构同意, 被申请人可以补充证据。

第四十七条 行政复议期间, 申请人、第三人及其委托代理人可以按照规定查阅、复制被申请人提出的书面答复、作出行政行为的证据、依据和其他有关材料, 除涉及国家秘密、商业秘密、个人隐私或者可能危及国家安全、公共安全、社会稳定的情形外, 行政复议机构应当同意。

1. [wer] der Ansicht ist, dass die Antragsgegnerin eine gesetzliche Amtspflicht nicht erfüllt, erbringt den Beweis, dass er die Antragsgegnerin zuvor zur Erfüllung der gesetzlichen Amtspflicht aufgefordert hat, es sei denn, dass die Antragsgegnerin die gesetzliche Amtspflicht von Amts wegen erfüllen muss oder dass der Antragsteller [den Beweis] aus rechtfertigenden Gründen nicht erbringen kann;

2. [wer] eine Verwaltungschädigung fordert, erbringt den Beweis, dass [er] von einem Verwaltungsakt verletzt wird und ein Schaden [dadurch] verursacht wird; wenn jedoch der Antragsteller aus Gründen, die die Antragsgegnerin zu verantworten hat, keinen Beweis erbringen kann, [so] trägt die Antragsgegnerin die Beweislast;

3. andere Umstände, bei denen Gesetze [und] Rechtsnormen vorschreiben, dass die Erbringung der Beweise durch den Antragsteller gefordert wird.

§ 45 [Beweiserhebung durch die Beratungsbehörde] Die Beratungsbehörde ist berechtigt, bei den betroffenen Körperschaften und Einzelpersonen Ermittlungen vorzunehmen [und] Beweise zu erheben, einschlägige Unterlagen und Materialien einzusehen, zu vervielfältigen [und] zu erheben [und] Befragungen der betroffenen Personen vorzunehmen.

Bei einer Beweiserhebung dürfen die Personen der erneuten Verwaltungsberatung nicht weniger als zwei sein, und sie müssen den Arbeitsausweis der erneuten Verwaltungsberatung vorzeigen.

Die Körperschaften und die Einzelpersonen, bei denen Ermittlungen vorgenommen und die Beweise erhoben werden, müssen bei der Arbeit der [beschäftigten] Personen der erneuten Verwaltungsberatung aktiv kooperieren [und] dürfen sie nicht verweigern oder verhindern.

§ 46 [Beweissammlung] Während einer erneuten Verwaltungsberatung darf die Antragsgegnerin nicht selbst von dem Antragsteller und anderen betroffenen Körperschaften oder Einzelpersonen die Beweise sammeln; die selbst gesammelten Beweise werden der Feststellung der Rechtmäßigkeit [und] Angemessenheit des Verwaltungsaktes nicht zugrunde gelegt.

Wenn der Antragsteller oder ein Dritter während einer erneuten Verwaltungsberatung einen Grund oder einen Beweis erbringt, der im Zeitpunkt des Erlasses des Verwaltungsaktes nicht erbracht wurde, kann die Antragsgegnerin mit Genehmigung der Verwaltungsberatungsbehörde die Beweise ergänzen.

§ 47 [Recht auf Akteneinsicht] Während einer erneuten Verwaltungsberatung können der Antragsteller, der Dritte und ihre beauftragten Vertreter nach den Bestimmungen die von der Antragsgegnerin erbrachten schriftlichen Erwidern, die Beweise, die Grundlage und andere einschlägige Materialien zum Erlass des Verwaltungsaktes einsehen [und] vervielfältigen; außer wenn Staatsgeheimnisse [oder] Handelsgeheimnisse [oder] intime Privatangelegenheiten der Individuen betroffen sind oder bei Umständen, die die staatliche Sicherheit [oder] die öffentliche Sicherheit [oder] die soziale Stabilität gefährden könnten, muss die Verwaltungsberatungsbehörde [diesem] zustimmen.

第三节 普通程序

第四十八条 行政复议机构应当自行政复议申请受理之日起七日内,将行政复议申请书副本或者行政复议申请笔录复印件发送被申请人。被申请人应当自收到行政复议申请书副本或者行政复议申请笔录复印件之日起十日内,提出书面答复,并提交作出行政行为的证据、依据和其他有关材料。

第四十九条 适用普通程序审理的行政复议案件,行政复议机构应当当面或者通过互联网、电话等方式听取当事人的意见,并将听取的意见记录在案。因当事人原因不能听取意见的,可以书面审理。

第五十条 审理重大、疑难、复杂的行政复议案件,行政复议机构应当组织听证。

行政复议机构认为有必要听证,或者申请人请求听证的,行政复议机构可以组织听证。

听证由一名行政复议人员任主持人,两名以上行政复议人员任听证员,一名记录员制作听证笔录。

第五十一条 行政复议机构组织听证的,应当于举行听证的五日前将听证的时间、地点和拟听证事项书面通知当事人。

申请人无正当理由拒不参加听证的,视为放弃听证权利。

被申请人的负责人应当参加听证。不能参加的,应当说明理由并委托相应的工作人员参加听证。

3. Abschnitt: Gewöhnliches Verfahren

§ 48 [Erwiderungsfrist bei einem gewöhnlichen Verfahren] Die Verwaltungsberatungsbehörde muss innerhalb von sieben Tagen von dem Tag der Annahme eines Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung an der Antragsgegnerin eine Abschrift der Antragsschrift der erneuten Verwaltungsberatung oder eine Kopie des Protokolls der Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung übermitteln. Die Antragsgegnerin muss innerhalb von zehn Tagen vom Tag des Erhalts der Abschrift der Antragsschrift der erneuten Verwaltungsberatung oder der Kopie des Protokolls der Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung an eine schriftliche Erwiderung einreichen und Beweise, Grundlagen und andere einschlägige Materialien zum Erlass des Verwaltungsaktes überreichen.

§ 49 [Vereinfachte Anhörung] Wenn ein Verwaltungsberatungsfall unter Anwendung des gewöhnlichen Verfahrens behandelt wird, muss die Verwaltungsberatungsbehörde die Äußerungen der Parteien persönlich oder in der Weise anhören, wie etwa über das Internet [oder] das Telefon, und die angehörten Äußerungen in das Protokoll aufnehmen. Wenn die Äußerungen aus [irgendwelchen] Gründen der Parteien nicht angehört werden können, kann eine schriftliche Behandlung durchgeführt werden.

§ 50 [Öffentliche Anhörung] Bei Behandlung von großen, schwierigen [und] komplizierten Verwaltungsberatungsfällen muss die [zuständige] Verwaltungsberatungsbehörde eine Anhörung organisieren

Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde eine Anhörung als notwendig erachtet oder wenn ein Antragsteller eine Anhörung beantragt, kann die Verwaltungsberatungsbehörde eine Anhörung organisieren.

Eine Anhörung wird von einer Person der erneuten Verwaltungsberatung als der Leiterin durchgeführt; zwei oder mehr [Arbeits-]Personen der erneuten Verwaltungsberatung fungieren als anhörende Personen [und] ein Protokollführer erstellt die Anhörungsprotokolle.

§ 51 [Durchführung einer Anhörung] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde eine Anhörung organisiert, muss sie die Parteien fünf Tage vor der Abhaltung der Anhörung schriftlich über den Zeitpunkt, den Ort der Anhörung und über die anzuhörenden Angelegenheiten informieren.

Wenn der Antragsteller ohne rechtfertigenden Grund die Teilnahme an einer Anhörung verweigert, gilt [dies] als Verzicht auf das Recht auf Anhörung.

Die für die Antragsgegnerin verantwortliche Person muss an der Anhörung teilnehmen. Wenn sie nicht teilnehmen kann, muss sie die Gründe [hierfür] erläutern und einen entsprechenden Mitarbeiter mit der Teilnahme an der Anhörung beauftragen.

第五十二条 县级以上各级人民政府应当建立相关政府部门、专家、学者等参与的行政复议委员会，为办理行政复议案件提供咨询意见，并就行政复议工作中的重大事项和共性问题研究提出意见。行政复议委员会的组成和开展工作的具体办法，由国务院行政复议机构制定。

审理行政复议案件涉及下列情形之一的，行政复议机构应当提请行政复议委员会提出咨询意见：

- (一) 案情重大、疑难、复杂；
- (二) 专业性、技术性较强；
- (三) 本法第二十四条第二款规定的行政复议案件；
- (四) 行政复议机构认为有必要。

行政复议机构应当记录行政复议委员会的咨询意见。

第四节 简易程序

第五十三条 行政复议机关审理下列行政复议案件，认定事实清楚、权利义务关系明确、争议不大的，可以适用简易程序：

- (一) 被申请行政复议的行政行为是当场作出；
- (二) 被申请行政复议的行政行为是警告或者通报批评；
- (三) 案件涉及款额三千元以下；
- (四) 属于政府信息公开案件。

除前款规定以外的行政复议案件，当事人各方同意适用简易程序的，可以适用简易程序。

§ 52 [Ausschuss der erneuten Verwaltungsberatung] Eine regionale Volksregierung auf Kreisstufe oder höheren Stufe muss einen aus den einschlägigen Regierungsabteilungen, Experten, Gelehrten und anderen bestehenden Ausschuss der erneuten Verwaltungsberatung bilden, der für die Bearbeitung der Verwaltungsberatungsfälle Stellungnahmen zur Konsultation bietet und im Hinblick auf die Forschung größerer Angelegenheiten und gemeinsamer Fragen in der Arbeit[s-weise] der erneuten Verwaltungsberatung Stellungnahmen ausstellt. Die Zusammensetzung und die konkreten Arbeitsverfahren des Ausschusses der erneuten Verwaltungsberatung werden vom Verwaltungsberatungsorgan des Staatsrates festgelegt.

Wenn die Behandlung eines Verwaltungsberatungsfalles einen der folgenden Umstände berührt, muss die Verwaltungsberatungsbehörde den Ausschuss der erneuten Verwaltungsberatung um Ausstellung einer Stellungnahme zur Konsultation bitten:

1. wenn die Sachlage eines Falls ernsthaft, schwierig [oder] kompliziert ist;
2. wenn [die Behandlung eines Falls] eine intensivere Fachkunde [oder] Sachkunde der Technik erfordert;
3. in den [in] § 24 Absatz 2 dieses Gesetzes geregelten Verwaltungsberatungsfällen;
4. wenn die Verwaltungsberatungsbehörde [es] als notwendig erachtet.

Das Verwaltungsberatungsorgan muss die Stellungnahme zur Konsultation des Ausschusses der erneuten Verwaltungsberatung aufzeichnen.

4. Abschnitt: Vereinfachtes Verfahren

§ 53 [Anwendungsbereich eines vereinfachten Verfahrens] Wenn bei Behandlung folgender Verwaltungsberatungsfälle die Verwaltungsberatungsbehörde die Tatsachen als klar, die Rechts- und Pflichtenbeziehungen als deutlich und den Streit als unerheblich erachtet, kann ein vereinfachtes Verfahren angewendet werden:

1. Fälle, in denen der Verwaltungsakt, gegen den eine erneute Verwaltungsberatung beantragt wird, vor Ort erlassen wird;
2. Fälle, in denen der Verwaltungsakt, gegen den eine erneute Verwaltungsberatung beantragt wird, eine Verwarnung oder ein kundgegebener Tadel ist;
3. Fälle, in denen ein Betrag von [RMB] 3.000 Yuan oder weniger betroffen ist;
4. Fälle, die zu Fällen der Veröffentlichung einer Regierungsinformation gehören.

Wenn alle Parteien zustimmen, neben den im vorherigen Absatz vorgeschriebenen Verwaltungsberatungsfällen einen anderen [Verwaltungsberatungsfall] unter Anwendung des vereinfachten Verfahrens zu behandeln, kann ein vereinfachtes Verfahren angewendet werden.

第五十四条 适用简易程序审理的行政复议案件，行政复议机构应当自受理行政复议申请之日起三日内，将行政复议申请书副本或者行政复议申请笔录复印件发送被申请人。被申请人应当自收到行政复议申请书副本或者行政复议申请笔录复印件之日起五日内，提出书面答复，并提交作出行政行为的证据、依据和其他有关材料。

适用简易程序审理的行政复议案件，可以书面审理。

第五十五条 适用简易程序审理的行政复议案件，行政复议机构认为不宜适用简易程序的，经行政复议机构的负责人批准，可以转为普通程序审理。

第五节 行政复议附带审查

第五十六条 申请人依照本法第十三条的规定提出对有关规范性文件的附带审查申请，行政复议机关有权处理的，应当在三十日内依法处理；无权处理的，应当在七日内转送有权处理的行政机关依法处理。

第五十七条 行政复议机关在对被申请人作出的行政行为进行审查时，认为其依据不合法，本机关有权处理的，应当在三十日内依法处理；无权处理的，应当在七日内转送有权处理的国家机关依法处理。

§ 54 [Erwiderungsfrist bei einem vereinfachten Verfahren] Bei der Behandlung eines Verwaltungsberatungsfalls unter Anwendung des vereinfachten Verfahrens muss die Verwaltungsberatungsbehörde innerhalb von drei Tagen von dem Tag der Annahme eines Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung an der Antragsgegnerin eine Abschrift der Antragsschrift der erneuten Verwaltungsberatung oder eine Kopie des Protokolls der Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung übermitteln. Die Antragsgegnerin muss innerhalb von fünf Tagen vom Tag des Erhalts der Abschrift der Antragsschrift der erneuten Verwaltungsberatung oder der Kopie des Protokolls der Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung an eine schriftliche Erwiderung einreichen und Beweise, Grundlagen und andere einschlägige Materialien zum Erlass des [anzufechtenden] Verwaltungsaktes überreichen.

Bei der Behandlung eines Verwaltungsberatungsfalls unter Anwendung des vereinfachten Verfahrens kann [die Behandlung] in Form einer schriftlichen Behandlung durchgeführt werden.

§ 55 [Verfahrenswechsel] Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde bei der Behandlung eines Verwaltungsberatungsfalls unter Anwendung des vereinfachten Verfahrens der Ansicht ist, dass die Anwendung des vereinfachten Verfahrens unangemessen ist, kann die Behandlung mit der Genehmigung der verantwortlichen Person der Verwaltungsberatungsbehörde in das gewöhnliche Verfahren wechseln.

5. Abschnitt: Adhäsionsprüfung einer erneuten Verwaltungsberatung

§ 56 [Einleitung der Adhäsionsprüfung auf Antrag] Wenn der Antragsteller gemäß Bestimmungen des § 13 dieses Gesetzes einen Antrag auf eine Adhäsionsprüfung der einschlägigen normativen Dokumente stellt [und] die Verwaltungsberatungsbehörde zu dessen Regelung befugt ist, muss sie dies innerhalb von 30 Tagen nach dem Recht regeln; wenn sie nicht zur Regelung befugt ist, muss sie innerhalb von sieben Tagen [den Antrag] an eine zur Regelung befugte Verwaltungsbehörde zur Regelung nach dem Recht überweisen.

§ 57 [Einleitung der Adhäsionsprüfung von Amts wegen] Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde während der Prüfung eines von der Antragsgegnerin erlassenen Verwaltungsaktes zu der Ansicht gelangt, dass dessen Grundlage nicht dem Recht entspricht [und] dass sie zur Regelung befugt ist, muss sie dies innerhalb von 30 Tagen nach dem Recht regeln; wenn sie zur Regelung nicht befugt ist, muss sie [den Antrag] innerhalb von sieben Tagen an eine zur Regelung befugte staatliche Behörde zur Regelung nach dem Recht überweisen.

第五十八条 行政复议机关依照本法第五十六条、第五十七条的规定有权处理有关规范性文件或者依据的，行政复议机构应当自行政复议中止之日起三日内，书面通知规范性文件或者依据的制定机关就相关条款的合法性提出书面答复。制定机关应当自收到书面通知之日起十日内提交书面答复及相关材料。

行政复议机构认为必要时，可以要求规范性文件或者依据的制定机关当面说明理由，制定机关应当配合。

第五十九条 行政复议机关依照本法第五十六条、第五十七条的规定有权处理有关规范性文件或者依据，认为相关条款合法的，在行政复议决定书中一并告知；认为相关条款超越权限或者违反上位法的，决定停止该条款的执行，并责令制定机关予以纠正。

第六十条 依照本法第五十六条、第五十七条的规定接受转送的行政机关、国家机关应当自收到转送之日起六十日内，将处理意见回复转送的行政复议机关。

第五章 行政复议决定

第六十一条 行政复议机关依照本法审理行政复议案件，由行政复议机构对行政行为进行审查，提出意见，经行政复议机关的负责人同意或者集体讨论通过后，以行政复议机关的名义作出行政复议决定。

经过听证的行政复议案件，行政复议机关应当根据听证笔录、审查认定的事实和证据，依照本法作出行政复议决定。

§ 58 [Erwiderung der erlassenden Behörde] Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde gemäß den Bestimmungen der §§ 56 und 57 dieses Gesetzes befugt ist, die einschlägigen normativen Dokumente oder Grundlagen zu regeln, muss die Verwaltungsberatungsbehörde innerhalb von drei Tagen von dem Tag der Unterbrechung der erneuten Verwaltungsberatung an der erlassenden Behörde der normativen Dokumente oder Grundlagen schriftlich mitteilen, dass sie über die Rechtmäßigkeit der betreffenden Klauseln eine schriftliche Erwiderung erteilen [soll]. Die erlassende Behörde muss innerhalb von zehn Tagen vom Tag des Erhalts der schriftlichen Mitteilung an eine schriftliche Erwiderung und einschlägige Materialien überreichen.

Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde es als notwendig erachtet, kann sie die erlassende Behörde der normativen Dokumente oder Grundlagen auffordern, die Gründe in Präsenz zu erläutern, [und] die erlassende Behörde muss [dabei] mitwirken.

§ 59 [Entscheidung über die Prüfung] Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde, die gemäß den Bestimmungen der §§ 56 und 57 dieses Gesetzes befugt ist, die einschlägigen normativen Dokumente oder Grundlagen zu regeln, die betreffenden Klauseln als rechtmäßig erachtet, wird [dies] in der Urkunde des Bescheids der erneuten Verwaltungsberatung gemeinsam verkündet; wenn [sie] der Ansicht ist, dass eine betreffende Klausel die Befugnisse überschreitet oder gegen ein Recht höherer Ordnung verstößt, entscheidet sie sich, den Vollzug dieser Klausel auszusetzen, und ordnet an, dass die erlassende Behörde die Klausel korrigiert.

§ 60 [Antwortfrist bei einer Antragsüberweisung] Eine Verwaltungsbehörde [oder] eine staatliche Behörde, die eine Überweisung gemäß den Bestimmungen der §§ 56 und 57 dieses Gesetzes entgegennimmt, muss innerhalb von 60 Tagen vom Tag des Erhalts der Überweisung an der überweisenden Verwaltungsberatungsbehörde mit der Stellungnahme zur Bearbeitung antworten.

5. Kapitel: Bescheid einer erneuten Verwaltungsberatung

§ 61 [Arbeitsweise der Verwaltungsberatungsbehörde] [Während] eine Verwaltungsberatungsbehörde einen Verwaltungsberatungsfall nach diesem Gesetz behandelt, prüft das Verwaltungsberatungsorgan den Verwaltungsakt und legt eine Stellungnahme vor; nachdem der Verantwortliche der Verwaltungsberatungsbehörde dieser zugestimmt oder diese [durch] kollektive Diskussion verabschiedet hat, wird ein Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung im Namen der Verwaltungsberatungsbehörde erlassen.

Wenn eine Anhörung [bei] einem Verwaltungsberatungsfall durchgeführt worden ist, muss die Verwaltungsberatungsbehörde aufgrund des Anhörungsprotokolls [und] der durch die Prüfung festgestellten Tatsachen und Beweise nach diesem Gesetz einen Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung erlassen.

提请行政复议委员会提出咨询意见的行政复议案件，行政复议机关应当将咨询意见作为作出行政复议决定的重要参考依据。

第六十二条 适用普通程序审理的行政复议案件，行政复议机关应当自受理申请之日起六十日内作出行政复议决定；但是法律规定的行政复议期限少于六十日的除外。情况复杂，不能在规定期限内作出行政复议决定的，经行政复议机构的负责人批准，可以适当延长，并书面告知当事人；但是延长期限最多不得超过三十日。

适用简易程序审理的行政复议案件，行政复议机关应当自受理申请之日起三十日内作出行政复议决定。

第六十三条 行政行为有下列情形之一的，行政复议机关决定变更该行政行为：

(一) 事实清楚，证据确凿，适用依据正确，程序合法，但是内容不当；

(二) 事实清楚，证据确凿，程序合法，但是未正确适用依据；

(三) 事实不清、证据不足，经行政复议机关查清事实和证据。

行政复议机关不得作出对申请人更为不利的变更决定，但是第三人提出相反请求的除外。

第六十四条 行政行为有下列情形之一的，行政复议机关决定撤销或者部分撤销该行政行为，并可以责令被申请人在一定期限内重新作出行政行为：

(一) 主要事实不清、证据不足；

(二) 违反法定程序；

Wenn ein Ausschuss der erneuten Verwaltungsberatung um Vorlegung einer Stellungnahme zur Konsultation bei einem Verwaltungsberatungsfall gebeten wird, muss die Verwaltungsberatungsbehörde die Stellungnahme zur Konsultation als eine wichtige Referenzgrundlage für den Erlass eines Bescheids der erneuten Verwaltungsberatung betrachten.

§ 62 [Behandlungsfrist] Wenn ein Verwaltungsberatungsfall unter Anwendung des gewöhnlichen Verfahrens behandelt wird, muss eine Verwaltungsberatungsbehörde innerhalb von 60 Tagen vom Tag der Annahme des Antrags an einen Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung erlassen, es sei denn, die gesetzlich bestimmte Frist für die erneute Verwaltungsberatung beträgt weniger als 60 Tage. Wenn die Umstände [dergestalt] kompliziert sind, dass ein Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist erlassen werden kann, kann [diese] nach Genehmigung durch den Verantwortlichen der Verwaltungsberatungsbehörde in angemessener Weise verlängert werden und die Parteien werden schriftlich [darüber] belehrt; jedoch darf die Fristverlängerung höchstens 30 Tage nicht überschreiten.

Wenn ein Verwaltungsberatungsfall unter Anwendung des vereinfachten Verfahrens behandelt wird, muss eine Verwaltungsberatungsbehörde innerhalb von 30 Tagen vom Tag der Annahme des Antrags an einen Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung erlassen.

§ 63 [Änderung eines Verwaltungsaktes, Verbot der *reformatio in peius*] Wenn ein Verwaltungsakt einen der folgenden Umstände aufweist, erlässt die Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid, diesen Verwaltungsakt zu ändern:

1. wenn die Tatsachen eindeutig, die Beweise schlüssig sind, die Anwendung der Grundlagen korrekt, das Verfahren rechtmäßig [und] der Inhalt jedoch unangemessen ist;

2. wenn die Tatsachen klar, die Beweise schlüssig sind, das Verfahren rechtmäßig, die Anwendung der Grundlagen jedoch nicht korrekt ist;

3. wenn die Tatsachen unklar sind, die Beweise unschlüssig sind [und] die Verwaltungsberatungsbehörde die Tatsachen und Beweise [erst] geklärt hat.

Die Verwaltungsberatungsbehörde darf keinen Änderungsbescheid erlassen, der dem Antragsteller mehr Beschwer zufügt, es sei denn, dass ein Dritter ein Begehren nach dem Gegensatz stellt.

§ 64 [Anfechtung eines Verwaltungsaktes] Wenn ein Verwaltungsakt einen der folgenden Umstände aufweist, erlässt die Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid, diesen Verwaltungsakt anzufechten oder teilweise anzufechten, und [sie] kann der Antragsgegnerin die Anordnung erteilen, innerhalb einer bestimmten Frist einen Verwaltungsakt erneut zu erlassen:

1. wenn die Haupttatsachen unklar sind [und] die Beweise nicht hinreichend sind;

2. wenn das gesetzliche Verfahren verletzt worden ist;

- (三) 适用的依据不合法;
- (四) 超越职权或者滥用职权。

行政复议机关责令被申请人重新作出行政行为的, 被申请人不得以同一事实和理由作出与被申请行政复议的行政行为相同或者基本相同的行政行为, 但是行政复议机关以违反法定程序为由决定撤销或者部分撤销的除外。

第六十五条 行政行为有下列情形之一的, 行政复议机关不撤销该行政行为, 但是确认该行政行为违法:

(一) 依法应予撤销, 但是撤销会给国家利益、社会公共利益造成重大损害;

(二) 程序轻微违法, 但是对申请人权利不产生实际影响。

行政行为有下列情形之一的, 不需要撤销或者责令履行的, 行政复议机关确认该行政行为违法:

(一) 行政行为违法, 但是不具有可撤销内容;

(二) 被申请人改变原违法行政行为, 申请人仍要求撤销或者确认该行政行为违法;

(三) 被申请人不履行或者拖延履行法定职责, 责令履行没有意义。

第六十六条 被申请人不履行法定职责的, 行政复议机关决定被申请人在一定期限内履行。

第六十七条 行政行为有实施主体不具有行政主体资格或者没有依据等重大且明显违法情形, 申请人申请确认行政行为无效的, 行政复议机关确认该行政行为无效。

- 3. wenn die angewendete Grundlage nicht rechtmäßig ist;
- 4. wenn die Amtsbefugnis überschritten oder missbraucht worden ist.

Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde der Antragsgegnerin die Anordnung erteilt, einen Verwaltungsakt erneut zu erlassen, darf die Antragsgegnerin nicht mit denselben Tatsachen und Gründen einen gleichen oder wesentlich gleichen Verwaltungsakt erlassen wie den Verwaltungsakt, gegen den die erneute Verwaltungsberatung beantragt worden ist, es sei denn, dass die Verwaltungsberatungsbehörde unter Berufung auf den Grund der Verletzung des gesetzlichen Verfahrens den Bescheid erlassen hat, [den Verwaltungsakt] anzufechten oder teilweise anzufechten.

§ 65 [Feststellung der Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsaktes] Wenn ein Verwaltungsakt einen der folgenden Umstände aufweist, ficht die Verwaltungsberatungsbehörde diesen Verwaltungsakt nicht an, aber stellt die Rechtswidrigkeit dieses Verwaltungsaktes fest:

1. wenn [der Verwaltungsakt] nach dem Recht angefochten werden muss, aber die Anfechtung einen schwerwiegenden Schaden der Interessen des Staates [oder] der öffentlichen Interessen der Allgemeinheit verursachen wird;

2. wenn [dessen] Verfahren geringfügig rechtswidrig ist [und dies] jedoch keinen tatsächlichen Einfluss auf die Rechte des Antragstellers bewirkt.

Wenn ein Verwaltungsakt einen der folgenden Umstände aufweist [und] dessen Anfechtung oder eine Anordnung der Erfüllung nicht gefordert wird, stellt die Verwaltungsberatungsbehörde die Rechtswidrigkeit dieses Verwaltungsaktes fest:

1. wenn der Verwaltungsakt rechtswidrig ist, aber keinen anfechtbaren Inhalt hat;

2. wenn die Antragsgegnerin den ursprünglichen rechtswidrigen Verwaltungsakt ändert [und] der Antragsteller noch die Anfechtung oder die Feststellung der Rechtswidrigkeit dieses Verwaltungsaktes begehrt;

3. wenn die Antragsgegnerin die Erfüllung einer gesetzlichen Amtspflicht unterlässt oder verzögert [und] eine Anordnung der Erfüllung sinnlos ist.

§ 66 [Erfüllung einer Amtspflicht] Wenn eine Antragsgegnerin die Erfüllung einer Amtspflicht unterlässt, erlässt die Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid, dass die Antragsgegnerin [sie] innerhalb einer bestimmten Frist erfüllt.

§ 67 [Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes] Wenn ein Antragsteller beantragt, die Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes festzustellen, der schwerwiegende und offensichtliche Umstände der Rechtswidrigkeit aufweist, wie etwa, dass das [handelnde] Subjekt nicht über die Befugnis eines Verwaltungssubjekts verfügt oder dass eine Grundlage nicht vorliegt, stellt die Verwaltungsberatungsbehörde diesen Verwaltungsakt als nichtig fest.

第六十八条 行政行为认定事实清楚，证据确凿，适用依据正确，程序合法，内容适当的，行政复议机关决定维持该行政行为。

第六十九条 行政复议机关受理申请人认为被申请人不履行法定职责的行政复议申请后，发现被申请人没有相应法定职责或者在受理前已经履行法定职责的，决定驳回申请人的行政复议请求。

第七十条 被申请人不按照本法第四十八条、第五十四条的规定提出书面答复、提交作出行政行为的证据、依据和其他有关材料的，视为该行政行为没有证据、依据，行政复议机关决定撤销、部分撤销该行政行为，确认该行政行为违法、无效或者决定被申请人在一定期限内履行，但是行政行为涉及第三人合法权益，第三人提供证据的除外。

第七十一条 被申请人不依法订立、不依法履行、未按照约定履行或者违法变更、解除行政协议的，行政复议机关决定被申请人承担依法订立、继续履行、采取补救措施或者赔偿损失等责任。

被申请人变更、解除行政协议合法，但是未依法给予补偿或者补偿不合理的，行政复议机关决定被申请人依法给予合理补偿。

§ 68 [Aufrechterhaltung eines Verwaltungsaktes] Wenn bei einem Verwaltungsakt die Tatsachen klar festgestellt wurden, die Beweise schlüssig sind, die Anwendung der Grundlagen korrekt und der Inhalt angemessen ist, erlässt die Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid, den Verwaltungsakt aufrechtzuerhalten.

§ 69 [Abweisung des Antrags] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde nach der Annahme eines Antrags auf erneute Verwaltungsberatung, bei dem der Antragsteller der Ansicht ist, dass die Antragsgegnerin eine gesetzliche Amtspflicht nicht erfüllt, entdeckt, dass die Antragsgegnerin keine betreffende Amtspflicht hat oder vor der Annahme die Amtspflicht erfüllt hat, erlässt [sie] den Bescheid, den Antrag des Antragstellers auf erneute Verwaltungsberatung abzuweisen.

§ 70 [Gesetzliche Vermutung infolge der Beweislast der Antragsgegnerin] Wenn die Antragsgegnerin nicht nach Bestimmungen der §§ 48, 54 dieses Gesetzes eine schriftliche Erwiderung einreicht [oder] nicht Beweise, Grundlagen und sonstige einschlägige Materialien überreicht, die dem Erlass eines Verwaltungsaktes [zugrunde] liegen, gilt dieser Verwaltungsakt als ohne Beweise [und] Grundlage [ergangen], [und] die Verwaltungsberatungsbehörde erlässt den Bescheid, diesen Verwaltungsakt anzufechten [oder] teilweise anzufechten [oder] die Rechtswidrigkeit, die Nichtigkeit dieses Verwaltungsaktes festzustellen oder dass die Antragsgegnerin innerhalb einer bestimmten Frist die Erfüllung leistet, es sei denn, dass der Verwaltungsakt die legalen Rechte und Interessen eines Dritten betrifft und der Dritte die Beweise dafür vorlegt.

§ 71 [Bescheid bei Verwaltungsvereinbarungen] Wenn eine Antragsgegnerin eine Verwaltungsvereinbarung nicht nach dem Recht abschließt [oder] nicht nach dem Recht [oder] nach der Vereinbarung erfüllt oder rechtswidrig ändert [sowie] aufhebt, erlässt die Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid, dass die Antragsgegnerin [dafür] nach dem Recht haftet, wie etwa [die Verwaltungsvereinbarung] nach dem Recht abzuschließen, die Erfüllung fortzusetzen, Maßnahmen zur Abhilfe²⁹ zu ergreifen oder den Schaden zu ersetzen.

Wenn eine Antragsgegnerin trotz der rechtmäßigen Änderung [oder] Aufhebung einer Verwaltungsvereinbarung jedoch nicht nach dem Recht einen Ausgleich leistet oder [wenn] der Ausgleich unangemessen ist, erlässt die Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid, dass die Antragsgegnerin nach dem Recht einen angemessenen Ausgleich leistet.

29 Wörtlich: „nachträglich retten“. Das Abhilfeleisten im Sinne von § 71 Absatz 1 beschränkt sich nicht lediglich darauf, einer ungünstigen Maßnahme und ihren negativen Auswirkungen abzuwehren, sondern es müssen auch die entgangenen Vorteile (positives Interesse) ersetzt werden.

第七十二条 申请人在申请行政复议时一并提出行政赔偿请求，行政复议机关对依照《中华人民共和国国家赔偿法》的有关规定应当不予赔偿的，在作出行政复议决定时，应当同时决定驳回行政赔偿请求；对符合《中华人民共和国国家赔偿法》的有关规定应当给予赔偿的，在决定撤销或者部分撤销、变更行政行为或者确认行政行为违法、无效时，应当同时决定被申请人依法给予赔偿；确认行政行为违法的，还可以同时责令被申请人采取补救措施。

申请人在申请行政复议时没有提出行政赔偿请求的，行政复议机关在依法决定撤销或者部分撤销、变更罚款，撤销或者部分撤销违法集资、没收财物、征收征用、摊派费用以及对财产的查封、扣押、冻结等行政行为时，应当同时责令被申请人返还财产，解除对财产的查封、扣押、冻结措施，或者赔偿相应的价款。

第七十三条 当事人经调解达成协议的，行政复议机关应当制作行政复议调解书，经各方当事人签字或者盖章，并加盖行政复议机关印章，即具有法律效力。

调解未达成协议或者调解书生效前一方反悔的，行政复议机关应当依法审查或者及时作出行政复议决定。

§ 72 [Bescheid der Staatshaftung] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde ein Begehren nach einer Verwaltungsentschädigung, die ein Antragsteller zusammen mit dem Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung gestellt hat, gemäß den einschlägigen Bestimmungen des „Gesetzes der Volksrepublik China über die staatliche Entschädigung“³⁰ ablehnen muss, muss [die Verwaltungsberatungsbehörde] beim Erlass des Bescheids der erneuten Verwaltungsberatung den Bescheid erlassen, das Begehren nach der Verwaltungsentschädigung abzuweisen; wenn [das Begehren] den einschlägigen Bestimmungen des „Gesetzes der Volksrepublik China über die staatliche Entschädigung“ entspricht und eine Entschädigung geleistet werden muss, muss [die Verwaltungsberatungsbehörde] beim Erlass des Bescheids zur Anfechtung oder teilweisen Anfechtung [oder] Änderung des Verwaltungsaktes oder zur Feststellung der Rechtswidrigkeit [oder] Nichtigkeit des Verwaltungsaktes gleichzeitig den Bescheid erlassen, dass die Antragsgegnerin nach dem Recht eine Entschädigung leistet; wenn die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes festgestellt wird, kann überdies der Antragsgegnerin gleichzeitig die Anordnung erteilt werden, Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Wenn der Antragsteller bei der Beantragung einer erneuten Verwaltungsberatung kein Begehren nach einer Verwaltungsentschädigung vorträgt, muss die Verwaltungsberatungsbehörde während des Erlasses des Bescheids zur Anfechtung oder teilweisen Anfechtung [oder] Änderung des Bußgeldes oder zur Anfechtung oder teilweisen Anfechtung eines Verwaltungsaktes wie etwa der rechtswidrigen Kapitalsammlung, der Beschlagnahme des Vermögens [und] der Sachen, der Entziehung [und] der [behördlichen] Beschlagnahme, der Kostenauflegung und Versiegelung, Pfändung [sowie] Einfrierung des Vermögens nach dem Recht gleichzeitig der Antragsgegnerin die Anordnung erteilen, das Vermögen herauszugeben, die Maßnahmen der Versiegelung, Pfändung [sowie] Einfrierung des Vermögens aufzuheben oder den entsprechenden Preis zu ersetzen.

§ 73 [Schlichtung] Wenn die Parteien durch eine Schlichtung eine Vereinbarung treffen, muss die Verwaltungsberatungsbehörde eine Schlichtungsurkunde der erneuten Verwaltungsberatung herstellen, die sogleich nach der Unterzeichnung oder Stempelung durch alle Parteien und der Stempelung mit dem Siegel der Verwaltungsberatungsbehörde die Rechtskraft erlangt.

Wenn die Schlichtung nicht zu einer Vereinbarung gelangt oder eine Partei vor dem Wirksamwerden der Schlichtungsurkunde davon zurücktritt, muss die Verwaltungsberatungsbehörde nach dem Recht [den Verwaltungsberatungsfall] prüfen oder unverzüglich einen Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung erlassen.

30 „Gesetz der Volksrepublik China über die staatliche Entschädigung“ (中华人民共和国国家赔偿法) vom 12.5.1994 in der Fassung vom 26.10.2012, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.188542.

第七十四条 当事人在行政复议决定作出前可以自愿达成和解，和解内容不得损害国家利益、社会公共利益和他人合法权益，不得违反法律、法规的强制性规定。

当事人达成和解后，由申请人向行政复议机构撤回行政复议申请。行政复议机构准予撤回行政复议申请、行政复议机关决定终止行政复议的，申请人不得再以同一事实和理由提出行政复议申请。但是，申请人能够证明撤回行政复议申请违背其真实意愿的除外。

第七十五条 行政复议机关作出行政复议决定，应当制作行政复议决定书，并加盖行政复议机关印章。

行政复议决定书一经送达，即发生法律效力。

第七十六条 行政复议机关在办理行政复议案件过程中，发现被申请人或者其他下级行政机关的有关行政行为违法或者不当的，可以向其制发行政复议意见书。有关机关应当自收到行政复议意见书之日起六十日内，将纠正相关违法或者不当行政行为的情况报送行政复议机关。

第七十七条 被申请人应当履行行政复议决定书、调解书、意见书。

被申请人不履行或者无正当理由拖延履行行政复议决定书、调解书、意见书的，行政复议机关或者有关上级行政机关应当责令其限期履行，并可以约谈被申请人的有关负责人或者予以通报批评。

§ 74 [Vergleich] Die Parteien können sich vor dem Erlass des Bescheids einer erneuten Verwaltungsberatung freiwillig vergleichen; der Inhalt eines Vergleichs darf das Interesse des Staates, das öffentliche Interesse der Allgemeinheit und die legalen Rechte und Interessen eines anderen nicht verletzen [und] nicht gegen zwingende Bestimmungen der Gesetze [und] Rechtsnormen verstoßen.

Nachdem die Parteien einen Vergleich abgeschlossen haben, nimmt der Antragsteller den Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung bei der Verwaltungsberatungsbehörde zurück. Wenn die Verwaltungsberatungsbehörde die Zurücknahme eines Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung bewilligt [oder] sich entschieden hat, die erneute Verwaltungsberatung einzustellen, darf der Antragsteller nicht mit denselben Tatsachen und Gründen nochmals einen Antrag auf eine erneute Verwaltungsberatung stellen, es sei denn, der Antragsteller kann nachweisen, dass die Zurücknahme des Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung seinem wahren Willen zuwidergelaufen ist.

§ 75 [Erstellung und Zustellung einer Urkunde des Bescheids] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde den Bescheid einer erneuten Verwaltungsberatung erlässt, muss sie eine Urkunde des Bescheids der erneuten Verwaltungsberatung erstellen und mit dem Siegel der Verwaltungsberatungsbehörde stempeln.

Eine Urkunde des Bescheides einer erneuten Verwaltungsberatung erlangt unmittelbar nach der Zustellung die Rechtskraft.

§ 76 [Ausstellung einer Stellungnahme] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde während der Behandlung eines Verwaltungsberatungsfalls entdeckt, dass der betreffende Verwaltungsakt der Antragsgegnerin oder einer anderen [ihr] unterstellten Verwaltungsbehörde niedrigerer Stufe rechtswidrig oder ungerechtfertigt ist, kann sie dieser eine Urkunde über die Stellungnahme einer erneuten Verwaltungsberatung ausstellen. Die betreffenden Behörden müssen der Verwaltungsberatungsbehörde innerhalb von 60 Tagen ab dem Tag des Erhalts der Urkunde über die Stellungnahme einer erneuten Verwaltungsberatung über die Umstände der Korrektur des betreffenden rechtswidrigen oder ungerechtfertigten Verwaltungsaktes Rechenschaft ablegen.

§ 77 [Vollstreckung der Urkunden durch die Antragsgegnerin] Die Antragsgegnerin muss eine Urkunde des Bescheids, der Schlichtung [oder] eine Urkunde über die Stellungnahme einer erneuten Verwaltungsberatung erfüllen.

Wenn eine Antragsgegnerin eine Urkunde des Bescheids [oder] der Schlichtung [oder] eine Urkunde über die Stellungnahme einer erneuten Verwaltungsberatung nicht erfüllt oder ohne rechtfertigende Gründe ihre Erfüllung verzögert, müssen die Verwaltungsberatungsbehörde oder die einschlägigen höheren Verwaltungsbehörden ihr die Anordnung erteilen, sie innerhalb einer bestimmten Frist zu erfüllen, und können die betreffenden Verantwortlichen der Antragsgegnerin zu einem Gespräch laden oder ihnen einen kundgegebenen Tadel erteilen.

第七十八条 申请人、第三人逾期不起诉又不履行行政复议决定书、调解书的，或者不履行最终裁决的行政复议决定的，按照下列规定分别处理：

(一) 维持行政行为的行政复议决定书，由作出行政行为的行政机关依法强制执行，或者申请人民法院强制执行；

(二) 变更行政行为的行政复议决定书，由行政复议机关依法强制执行，或者申请人民法院强制执行；

(三) 行政复议调解书，由行政复议机关依法强制执行，或者申请人民法院强制执行。

第七十九条 行政复议机关根据被申请人行政复议的行政行为的公开情况，按照国家有关规定将行政复议决定书向社会公开。

县级以上地方各级人民政府办理以本级人民政府工作部门为被申请人的行政复议案件，应当将发生法律效力行政复议决定书、意见书同时抄告被申请人的上一级主管部门。

第六章 法律责任

第八十条 行政复议机关不依照本法规定履行行政复议职责，对负有责任的领导人员和直接责任人员依法给予警告、记过、记大过的处分；经有权监督的机关督促仍不改正或者造成严重后果的，依法给予降级、撤职、开除的处分。

§ 78 [Vollstreckung gegen den Antragsteller oder Dritten] Wenn ein Antragsteller [oder] ein Dritter nach dem Ablauf der Frist weder eine Klage erhebt noch eine Urkunde des Bescheids [oder] der Schlichtung einer erneuten Verwaltungsberatung erfüllt oder einen Bescheid der erneuten Verwaltungsberatung, der eine abschließende Entscheidung ist, nicht erfüllt, wird [damit] entsprechend den Umständen nach den folgenden Bestimmungen verfahren:

1. Die Verwaltungsbehörde, die einen Verwaltungsakt erlassen hat, vollstreckt nach dem Recht zwangsweise eine Urkunde des Bescheids einer erneuten Verwaltungsberatung, die den Verwaltungsakt aufrechterhält, oder beantragt [deren] Zwangsvollstreckung bei einem Volksgericht;

2. die Verwaltungsberatungsbehörde vollstreckt nach dem Recht zwangsweise eine Urkunde des Bescheids über eine erneute Verwaltungsberatung, die den Verwaltungsakt ändert, oder beantragt [deren] Zwangsvollstreckung bei einem Volksgericht;

3. die Verwaltungsberatungsbehörde vollstreckt nach dem Recht zwangsweise eine Schlichtungsurkunde einer erneuten Verwaltungsberatung oder beantragt [deren] Zwangsvollstreckung bei einem Volksgericht.

§ 79 [Veröffentlichung der Urkunden] Verwaltungsberatungsbehörden veröffentlichen auf Grundlage des Zustands der Veröffentlichung des Verwaltungsaktes, gegen den eine erneute Verwaltungsberatung beantragt worden ist, nach den einschlägigen Bestimmungen des Staates die Urkunden des Bescheids der erneuten Verwaltungsberatung an die Allgemeinheit³¹.

Eine regionale Volksregierung auf Kreisstufe oder höherer Stufe muss bei Bearbeitung der Verwaltungsberatungsfälle, in denen eine Arbeitsabteilung dieser [betreffenden] Volksregierung die Antragsgegnerin ist, über die rechtskräftigen Urkunden des Bescheids [oder] die [rechtskräftigen] Urkunden über die Stellungnahme einer erneuten Verwaltungsberatung gleichzeitig die zuständige Abteilung der nächsthöheren Stufe der Antragsgegnerin schriftlich in Kenntnis setzen.

6. Kapitel: Gesetzliche Haftung

§ 80 [Maßregelung bei einer Amtspflichtverletzung der Behörde] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde nicht auf Grundlage der Bestimmungen dieses Gesetzes die Amtspflichten der erneuten Verwaltungsberatung erfüllt, werden das [dies zu] verantwortende Leitungspersonal und das direkt verantwortliche Personal nach dem Recht mit einer Verwarnung [oder] einem Vermerk einer Verfehlung oder einer schweren Verfehlung diszipliniert; wenn [die Verwaltungsberatungsbehörde] nach einer Mahnung einer aufsichtsberechtigten Behörde dennoch eine Berichtigung verweigert oder wenn eine schwerwiegende Folge eintritt, werden sie nach dem Recht mit einer Dienstgradherabsetzung [oder] einer Amtsenthebung³² [oder] einer Entlassung diszipliniert.

31 Wörtlich: „an die Gesellschaft“.

第八十一条 行政复议机关工作人员在行政复议活动中，徇私舞弊或者有其他渎职、失职行为的，依法给予警告、记过、记大过的处分；情节严重的，依法给予降级、撤职、开除的处分；构成犯罪的，依法追究刑事责任。

第八十二条 被申请人违反本法规定，不提出书面答复或者不提交作出行政行为的证据、依据和其他有关材料，或者阻挠、变相阻挠公民、法人或者其他组织依法申请行政复议的，对负有责任的领导人员和直接责任人员依法给予警告、记过、记大过的处分；进行报复陷害的，依法给予降级、撤职、开除的处分；构成犯罪的，依法追究刑事责任。

第八十三条 被申请人不履行或者无正当理由拖延履行行政复议决定书、调解书、意见书的，对负有责任的领导人员和直接责任人员依法给予警告、记过、记大过的处分；经责令履行仍拒不履行的，依法给予降级、撤职、开除的处分。

§ 81 [Maßregelung bei einer Amtspflichtverletzung eines Mitarbeiters] Wenn ein Mitarbeiter der Verwaltungsbehörde während der Aktivitäten der erneuten Verwaltungsberatung zur Verfolgung eigener Vorteile unlauter handelt oder sonstige Handlungen der Amtspflichtverletzung [oder] Amtspflichtvernachlässigung begeht, wird er nach dem Recht mit einer Verwarnung [oder] einem Vermerk einer Verfehlung oder einer schweren Verfehlung diszipliniert; wenn ein schwerwiegender Umstand vorliegt, wird er nach dem Recht mit einer Dienstgradherabsetzung [oder] einer Amtsenthebung [oder] einer Entlassung diszipliniert; wenn [sein Verhalten] einen Straftatbestand erfüllt, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt.

§ 82 [Maßregelungen bei Unterlassen einer Antwort und bei Antragsvereitelung] Wenn eine Antragsgegnerin unter Verstoß gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes keine schriftliche Erwidderung einreicht oder Beweise, Grundlagen und sonstige einschlägige Materialien, die dem Erlass eines Verwaltungsaktes [zugrunde] liegen, nicht überreicht oder Bürger, juristische Personen oder sonstige Organisationen unmittelbar [oder] mittelbar daran hindert³³, eine erneute Verwaltungsberatung nach dem Recht zu beantragen, werden das [dies zu] verantwortende Leitungspersonal und das direkt verantwortliche Personal nach dem Recht mit einer Verwarnung [oder] einem Vermerk einer Verfehlung oder einer schweren Verfehlung diszipliniert; wer aus Rache[-motiv] [dem Antragsteller] hinterlistig ein Übel zufügt, wird nach dem Recht mit einer Dienstgradherabsetzung [oder] einer Amtsenthebung [oder] einer Entlassung diszipliniert; wenn [sein Verhalten] einen Straftatbestand erfüllt, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt.

§ 83 [Maßregelung bei Unterlassen des Urkundenvollzugs] Wenn eine Antragsgegnerin eine Urkunde des Bescheids [oder] der Schlichtung [oder] eine Urkunde über die Stellungnahme einer erneuten Verwaltungsberatung nicht erfüllt oder ohne rechtfertigende Gründe ihre Erfüllung verzögert, werden das [dies zu] verantwortende Leitungspersonal und das direkt verantwortliche Personal nach dem Recht mit einer Verwarnung [oder] einem Vermerk einer Verfehlung oder einer schweren Verfehlung diszipliniert; wer nach einer Anordnung der Erfüllung diese dennoch verweigert, wird nach dem Recht mit einer Dienstgradherabsetzung [oder] einer Amtsenthebung [oder] einer Entlassung diszipliniert.

32 Ein entsprechendes Amtsenthebungsverfahren richtet sich nach den §§ 62 ff. Beamten-gesetz der Volksrepublik China (中华人民共和国公务员法) vom 27.4.2005 in der Fassung vom 29.12.2018, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.328148, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2006, S. 205 ff.

33 Wörtlich: „daran hindern oder verdeckt daran hindern“.

第八十四条 拒绝、阻挠行政复议人员调查取证，故意扰乱行政复议工作秩序的，依法给予处分、治安管理处罚；构成犯罪的，依法追究刑事责任。

第八十五条 行政机关及其工作人员违反本法规定的，行政复议机关可以向监察机关或者公职人员任免机关、单位移送有关人员违法的事实材料，接受移送的监察机关或者公职人员任免机关、单位应当依法处理。

第八十六条 行政复议机关在办理行政复议案件过程中，发现公职人员涉嫌贪污贿赂、失职渎职等职务违法或者职务犯罪的问题线索，应当依照有关规定移送监察机关，由监察机关依法调查处置。

第七章 附 则

第八十七条 行政复议机关受理行政复议申请，不得向申请人收取任何费用。

第八十八条 行政复议期间的计算和行政复议文书的送达，本法没有规定的，依照《中华人民共和国民事诉讼法》关于期间、送达的规定执行。

§ 84 [Maßregelungen bei Störung einer Ermittlung oder Beweiserhebung] Wer die Ermittlungen und Beweiserhebungen des Personals der erneuten Verwaltungsberatung verweigert [oder] hindert [und dadurch] die Ordnung der Betätigung einer erneuten Verwaltungsberatung vorsätzlich stört, wird nach dem Recht diszipliniert oder [mit einer Maßnahme] zur Verwaltung der Ordnung und Sicherheit sanktioniert³⁴; wenn [sein Verhalten] einen Straftatbestand erfüllt, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt.

§ 85 [Überweisung eines Verstoßes gegen dieses Gesetz] Wenn eine Verwaltungsbehörde und ihre Mitarbeiter gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes verstoßen, kann die Verwaltungsberatungsbehörde die Materialien über die Tatsache der Rechtsverletzung betreffender Personen an eine Kontrollbehörde oder eine für die Ernennung und Abberufung der Personen in öffentlichen Stellen [zuständige] Behörde [oder] Körperschaft überweisen; die Kontrollbehörde oder die für die Ernennung und Abberufung der Personen in öffentlichen Stellen [zuständige] Behörde [oder] Körperschaft, die die Überweisung entgegennimmt, muss [damit] nach dem Recht verfahren.

§ 86 [Überweisung anderer Rechtsverstöße im Amt] Wenn eine Verwaltungsberatungsbehörde während der Bearbeitung eines Verwaltungsberatungsfalles Anzeichen des Problems entdeckt, dass eine Person in öffentlichen Stellen eines Rechtsverstoßes im Amt oder einer Straftat im Amt wie etwa einer Unterschlagung im Amt [oder] einer Vorteilsannahme [sowie] einer Amtspflichtvernachlässigung [oder] einer Amtspflichtverletzung verdächtigt ist, muss sie es gemäß den einschlägigen Bestimmungen an eine Kontrollbehörde überweisen; die Kontrollbehörde ermittelt und regelt es nach dem Recht.

7. Kapitel: Ergänzende Vorschriften

§ 87 [Garantie der Gebührenfreiheit] Die Verwaltungsberatungsbehörde darf bei der Annahme eines Antrags auf eine erneute Verwaltungsberatung vom Antragsteller keine Gebühren erheben.

§ 88 [Subsidiäre Verweisung] Die Berechnung der Frist für eine erneute Verwaltungsberatung und die Zustellung von Schriftstücken bei der erneuten Verwaltungsberatung werden, soweit dieses Gesetz keine Bestimmung enthält, gemäß den Bestimmungen des „Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China“³⁵ über Fristen und die Zustellung vollzogen.

34 Eine solche Maßnahme darf nur nach der Maßgabe des „Gesetzes der Volksrepublik China über die Sanktionen zur Verwaltung der Ordnung und Sicherheit“ (中华人民共和国治安管理处罚法) vom 28.8.2005 in der Fassung vom 26.10.2012 in der geltenden Fassung ergriffen werden, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.188539.

35 „Zivilprozessgesetz der Volksrepublik China“ (中华人民共和国民事诉讼法) vom 9.4.1991 in der Fassung vom 1.9.2023, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5175519, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2023, S. 182 ff.

本法关于行政复议期间有关“三日”、“五日”、“七日”、“十日”的规定是指工作日，不含法定休假日。

第八十九条 外国人、无国籍人、外国组织在中华人民共和国境内申请行政复议，适用本法。

第九十条 本法自 2024 年 1 月 1 日起施行。

Die Bestimmungen über „drei Tage“, „fünf Tagen“, „sieben Tagen“ [und] „zehn Tage“ in diesem Gesetz in Bezug auf Fristen für eine erneute Verwaltungsberatung beziehen sich [nur] auf Arbeitstage; gesetzliche Ruhetage sind nicht inbegriffen.

§ 89 [Territoriale Zuständigkeit] Auf erneute Verwaltungsberatungen, die Ausländer, Staatenlose und ausländische Organisationen im [Verwaltungs-]Gebiet³⁶ der Volksrepublik China beantragen, wird dieses Gesetz angewandt.

§ 90 [Inkrafttreten] Dieses Gesetz wird vom 1.1.2024 an durchgeführt.

Übersetzung, Paragrafenüberschriften in eckigen Klammern und Anmerkungen von He Mingjie, Universität Göttingen, und Sandra Michelle Röseler, Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie, Frankfurt am Main

36 Der Begriff „境内“ (*jing nei*) bedeutet wörtlich „边境以内“ (*jing nei yi nei*), also innerhalb der Grenze. Der Begriff „边境“ (*bian jing*) stammt ursprünglich aus den Verwaltungsnormen der regionalen Volksregierungen während des Bürgerkriegs, beispielsweise „Administrative Handlungsweise der Region Nordchina zur Ein- und Ausreise über die Grenze während des Kriegs“ (华北区战时出入境管理办法) der Volksregierung Nordchina am 1. Dezember 1948, und bezieht sich auf die Trennungslinie zu dem Gebiet unter der Kontrolle der nationalistischen Regierung der Republik China („本办法所称边境, 系指敌我交界地区而言, 友邻解放区边境不在此限“). Er taucht wieder im am 1. Juli 1979 verabschiedeten Strafgesetz der Volksrepublik China auf und bezeichnet die Grenzlinien, die keine Staatsgrenze sind. Vgl. Das Seminar der politologischen und juristischen Fakultät Beijing für die Lehre und Forschung des Strafrechts, „Sammlung der Materialien zur Gesetzgebung des Strafrechts unseres Staates“ (我国刑法立法资料汇编), Beijing 1980, S. 201. Dementsprechend sind mit dem Begriff „境内“ die Zonen gemeint, die von einer regionalen Volksregierung verwaltet sind. Üblich wird insoweit die Bezeichnung „Festland-China“ verwendet. Siehe auch Fußnote 2 im Gesetz der Volksrepublik China zur Verwaltung von Aktivitäten innerhalb des [chinesischen] Gebiets durch Nichtregierungsorganisationen von außerhalb des [chinesischen] Gebiets (中华人民共和国境外非政府组织境内活动管理法) vom 28.4.2016, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.269422, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2016, S. 164 ff.; Fußnote 46 im „Gesellschaftsgesetz der Volksrepublik China (Revision 2023)“ (中华人民共和国公司法) vom 29.12.1993 in der Fassung vom 29.12.2023, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.com> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5185735, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2024, S. 303.

Verordnung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs

中华人民共和国国务院令¹

第 783 号

《公平竞争审查条例》已经 2024 年 5 月 11 日国务院第 32 次常务会议通过，现予公布，自 2024 年 8 月 1 日起施行。

总理 李强
2024 年 6 月 6 日

Erlass des Staatsrates der Volksrepublik China

Nr. 783

Die „Verordnung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs“ wurde auf der 32. Ständigen Sitzung des Staatsrates am 11.5.2024 verabschiedet, wird hiermit verkündet [und] tritt am 1.8.2024 in Kraft.

Ministerpräsident Li Qiang
6.6.2024

公平竞争审查条例

第一章 总则

第一条 为了规范公平竞争审查工作，促进市场公平竞争，优化营商环境，建设全国统一大市场，根据《中华人民共和国反垄断法》等法律，制定本条例。

第二条 起草涉及经营者经济活动的法律、行政法规、地方性法规、规章、规范性文件以及具体政策措施（以下统称政策措施），行政机关和法律、法规授权的具有管理公共事务职能的组织（以下统称起草单位）应当依照本条例规定开展公平竞争审查。

Verordnung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs

1. Kapitel: Allgemeiner Teil

§ 1 [Verordnungszweck und Rechtsgrundlage] Um faire Wettbewerbsprüfungen zu regeln, einen fairen Marktwettbewerb zu fördern, das Geschäftsumfeld zu optimieren und einen einheitlichen landesweiten Markt zu schaffen, wird aufgrund von Gesetzen wie etwa des Antimonopolgesetzes der Volksrepublik China diese Verordnung festgelegt.

§ 2 [Überprüfung des fairen Wettbewerbs] Bei der Ausarbeitung von Gesetzen, Verwaltungsrechtsnormen, lokalen Rechtsnormen, Regeln, normativen Dokumenten und konkreten Maßnahmen in Politnormen² (im Folgenden zusammenfassend als politische Maßnahmen bezeichnet), die die wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen betreffen, führen Verwaltungsbehörden und Organisationen, die durch Gesetze und Rechtsnormen zur Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten befugt sind (im Folgenden zusammenfassend als Ausarbeitungseinheiten bezeichnet), eine Überprüfung des fairen Wettbewerbs gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung durch.

1 Chinesischer Text abrufbar unter <<https://www.gov.cn>> (<<https://perma.cc/RY8F-N383>>).

2 Gemeint sein dürfte hiermit von der Verwaltung (oder der Kommunistischen Partei) gesetztes Recht, das nicht als formelle Rechtsnorm oder gar formelles Gesetz ergeht. Zu Politnormen siehe Harro von Senger, Einführung in das chinesische Recht, München 1994, S. 300.

第三条 公平竞争审查工作坚持中国共产党的领导，贯彻党和国家路线方针政策和决策部署。

国家加强公平竞争审查工作，保障各类经营者依法平等使用生产要素、公平参与市场竞争。

第四条 国务院建立公平竞争审查协调机制，统筹、协调和指导全国公平竞争审查工作，研究解决公平竞争审查工作中的重大问题，评估全国公平竞争审查工作情况。

第五条 县级以上地方人民政府应当建立健全公平竞争审查工作机制，保障公平竞争审查工作力量，并将公平竞争审查工作经费纳入本级政府预算。

第六条 国务院市场监督管理部门负责指导实施公平竞争审查制度，督促有关部门和地方开展公平竞争审查工作。

县级以上地方人民政府市场监督管理部门负责在本行政区域组织实施公平竞争审查制度。

第七条 县级以上人民政府将公平竞争审查工作情况纳入法治政府建设、优化营商环境等考核评价内容。

§ 3 [Grundsätze der Überprüfung des fairen Wettbewerbs] Die Arbeit zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs unterliegt der Führung der Kommunistischen Partei Chinas [und] setzt die politische Linie³, Polaritätsnormen⁴, Politnormen⁵ und Entscheidungen und Maßnahmen der Partei und des Staates um.

Der Staat stärkt die Arbeit zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs [und] gewährleistet, [dass] alle Arten von Unternehmen die Produktionsfaktoren nach dem Recht gleichberechtigt nutzen [und] fair am Marktwettbewerb teilnehmen [können].

§ 4 [Koordinierungsmechanismus] Der Staatsrat errichtet für die Überprüfung des fairen Wettbewerbs einen Koordinierungsmechanismus, [um] die Arbeit zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs landesweit umfassend zu planen, zu koordinieren und anzuleiten, wesentliche Probleme bei der Arbeit zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs zu untersuchen und zu lösen [und] die Umstände der Arbeit zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs landesweit zu evaluieren.

§ 5 [Arbeitsmechanismus, Überprüfung des fairen Wettbewerbs] Die lokale Volksregierung muss auf Kreis- und höherer Ebene einen Arbeitsmechanismus zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs einrichten und verbessern, die Arbeitskraft zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs gewährleisten und die Arbeitskosten für die Überprüfung des fairen Wettbewerbs in das Budget der Regierung dieser Ebene mit aufnehmen.

§ 6 [Anleitung und Umsetzung] Die Marktaufsichtsabteilung des Staatsrates ist verantwortlich für die Anleitung und Umsetzung des Systems zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs [und] fordert die betreffenden Abteilungen dazu auf, die Arbeiten zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs lokal umzusetzen.

Die Marktaufsichtsabteilung der lokalen Volksregierung auf Kreis- und höherer Ebene ist verantwortlich, die Überprüfung des Systems des fairen Wettbewerbs in ihrem Verwaltungsbereich auf dieser Ebene der Verwaltung zu organisieren [und] umzusetzen.

§ 7 [Beurteilung und Bewertung] Die Volksregierung auf Kreis- oder höherer Ebene bezieht die Überprüfung des fairen Wettbewerbs in den Inhalt von Beurteilungen und Bewertungen mit ein, wie etwa bei dem Aufbau einer Regierung der Rechtsherrschaft [und] der Optimierung des Unternehmensumfelds.

3 Die „politische Linie der Kommunistischen Partei“ (党的政治路线) ist neben den „Polaritätsnormen der Partei“ (党的方针) und den ebenfalls in diesem Paragraphen erwähnten „Politnormen der Partei“ (党的政策) eine der drei grundlegenden Arten von Parteinormen der Kommunistischen Partei Chinas. Sie werden vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei erlassen, um die als alternativ aufgefassten zwei oder mehr Aspekte eines politisch zu lenkenden gesellschaftlichen Prozesses oder Bereichs im Verhältnis zueinander zu regeln. Als ein Beispiel einer Polaritätsnorm nennt Harro von Senger „Das Ausländische für China nutzbar machen!“. Siehe Harro von Senger, a. a. O. (Fn. 2), S. 297 ff. Zwei Polaritätsnormen, die das Verhältnis Chinas zu seinen Nachbarstaaten regeln, nennt § 18 Abs. 2.

4 Siehe Fn. 3.

5 „Politnormen der Partei“ (党的政策) regeln im Rahmen der „politischen Linie der Kommunistischen Partei“ und der „Polaritätsnormen der Partei“ (siehe Fn. 3) Detailwidersprüche bzw. Alternativen wie etwa die Frage, ob China ausländisches Kapital benutzen soll oder nicht.

第二章 审查标准

第八条 起草单位起草的政策措施，不得含有下列限制或者变相限制市场准入和退出的内容：

(一) 对市场准入负面清单以外的行业、领域、业务等违法设置审批程序；

(二) 违法设置或者授予特许经营权；

(三) 限定经营、购买或者使用特定经营者提供的商品或者服务（以下统称商品）；

(四) 设置不合理或者歧视性的准入、退出条件；

(五) 其他限制或者变相限制市场准入和退出的内容。

第九条 起草单位起草的政策措施，不得含有下列限制商品、要素自由流动的内容：

(一) 限制外地或者进口商品、要素进入本地市场，或者阻碍本地经营者迁出，商品、要素输出；

(二) 排斥、限制、强制或者变相强制外地经营者在本地投资经营或者设立分支机构；

(三) 排斥、限制或者变相限制外地经营者参加本地政府采购、招标投标；

(四) 对外地或者进口商品、要素设置歧视性收费项目、收费标准、价格或者补贴；

(五) 在资质标准、监管执法等方面对外地经营者在本地投资经营设置歧视性要求；

(六) 其他限制商品、要素自由流动的内容。

2. Kapitel: Prüfungsmaßstab

§ 8 [Verbotene Inhalte hinsichtlich Marktzugang und -austritt] Die von Ausarbeitungseinheiten ausgearbeiteten politischen Maßnahmen⁶ dürfen keine der folgenden Inhalte umfassen, die den Marktzugang und -austritt beschränken oder verdeckt beschränken:

1. die rechtswidrige Einrichtung von Genehmigungsverfahren für etwa Branchen, Gebiete [und] Geschäfte, die nicht auf der Negativliste des Marktzugangs stehen;

2. die rechtswidrige Einrichtung oder Gewährung von Konzessionen;

3. Einschränkungen des Gewerbes, des Kaufs oder der Nutzung von Waren oder Dienstleistungen (im Folgenden zusammenfassend als Waren bezeichnet), die von bestimmten Unternehmern bereitgestellt werden;

4. die Einrichtung unangemessener oder diskriminierender Zugangs- und Austrittsbedingungen;

5. sonstige Beschränkungen oder verdeckte Beschränkungen des Marktzugangs und -austritts.

§ 9 [Verbotene Inhalte politischer Maßnahmen hinsichtlich der freien Bewegung von Waren und Faktoren] Von den Ausarbeitungseinheiten ausgearbeitete politische Maßnahmen⁷ dürfen keine der folgenden Inhalte enthalten, die die freie Bewegung von Waren und Faktoren einschränken:

1. [die] den Zutritt von Waren oder Faktoren aus anderen Regionen oder importierten Waren oder Faktoren in den örtlichen Markt beschränken oder die den Wegzug örtlicher Unternehmen sowie die Ausfuhr von Waren und Faktoren behindern;

2. [die] ausschließen, beschränken, zwingen oder verdeckt dazu zwingen, dass Unternehmen aus anderen Regionen örtlich investieren, wirtschaften oder Zweigstellen errichten;

3. [die] ausschließen, beschränken oder verdeckt beschränken, dass Unternehmen aus anderen Regionen an örtlichen öffentlichen Beschaffungen [und] Ausschreibungen teilnehmen;

4. [die] für Waren oder Faktoren aus anderen Regionen oder importierte Waren oder Faktoren diskriminierende Gebührenposten, Gebührensätze, Preise oder Subventionen festlegen;

5. [die] in Bezug auf [Punkte] wie etwa Qualifikationsstandards, Aufsicht und Durchsetzung für Unternehmen aus anderen Regionen, die örtlich investieren und wirtschaften, diskriminierende Anforderungen festlegen;

6. andere Inhalte, die die freie Bewegung von Waren und Faktoren beschränken.

⁶ Vgl. § 2.

⁷ Vgl. § 2.

第十条 起草单位起草的政策措施，没有法律、行政法规依据或者未经国务院批准，不得含有下列影响生产经营成本的内容：

- (一) 给予特定经营者税收优惠；
- (二) 给予特定经营者选择性、差异化的财政奖励或者补贴；
- (三) 给予特定经营者要素获取、行政事业性收费、政府性基金、社会保险费等方面的优惠；
- (四) 其他影响生产经营成本的内容。

第十一条 起草单位起草的政策措施，不得含有下列影响生产经营行为的内容：

- (一) 强制或者变相强制经营者实施垄断行为，或者为经营者实施垄断行为提供便利条件；
- (二) 超越法定权限制定政府指导价、政府定价，为特定经营者提供优惠价格；
- (三) 违法干预实行市场调节价的商品、要素的价格水平；
- (四) 其他影响生产经营行为的内容。

第十二条 起草单位起草的政策措施，具有或者可能具有排除、限制竞争效果，但符合下列情形之一，且没有对公平竞争影响更小的替代方案，并能够确定合理的实施期限或者终止条件的，可以出台：

- (一) 为维护国家安全和发展利益的；
- (二) 为促进科学技术进步、增强国家自主创新能力的；
- (三) 为实现节约能源、保护环境、救灾救助等社会公共利益的；
- (四) 法律、行政法规规定的其他情形。

§ 10 [Verbotene Inhalte politischer Maßnahmen hinsichtlich Produktions- und Betriebskosten] Von den Ausarbeitungseinheiten ausgearbeitete politische Maßnahmen, die keine gesetzliche oder verwaltungsrechtliche Grundlage oder Genehmigung des Staatsrates haben, dürfen keine der folgenden Inhalte enthalten, die die Produktions- und Betriebskosten beeinflussen:

1. bestimmten Unternehmen Steuervergünstigungen gewähren;
2. bestimmten Unternehmen selektive oder differenzierte finanzielle Anreize oder Subventionen gewähren;
3. bestimmten Unternehmen Vergünstigungen beim Zugang zu Faktoren, bei institutionellen Gebühren der Verwaltung, staatlichen Fonds oder Sozialversicherungsbeiträgen gewähren;
4. andere Inhalte, [die] die Produktions- und Betriebskosten beeinflussen.

§ 11 [Verbotene Inhalte politischer Maßnahmen hinsichtlich Produktions- und Geschäftsverhalten] Die von Ausarbeitungseinheiten ausgearbeiteten politischen Maßnahmen dürfen keine der folgenden Inhalte umfassen, die das Produktions- und Geschäftsverhalten beeinflussen:

1. Unternehmen zu zwingen oder verdeckt zu zwingen, monopolistisches Verhalten umzusetzen, oder für Unternehmen günstige Bedingungen bereitzustellen, monopolistisches Verhalten umzusetzen;
2. Überschreitung der gesetzlich festgelegten Rechte zur Beschränkung des festgelegten Richtpreises der Regierung, des Festpreises der Regierung [und] der Bereitstellung von Vorzugspreisen für bestimmte Unternehmen;
3. rechtswidrige Eingriffe in das Preisniveau von Waren und Faktoren, die der Marktregulierung unterliegen;
4. andere Inhalte, die das Produktions- und Betriebsverhalten beeinflussen.

§ 12 [Erlass politischer Maßnahmen] Die von Ausarbeitungseinheiten ausgearbeiteten politischen Maßnahmen, die eine den Wettbewerb ausschließende oder beschränkende Wirkung haben oder haben könnten, können erlassen werden, wenn einer der folgenden Umstände vorliegt und es keine Alternative gibt, die einen geringeren Einfluss auf den fairen Wettbewerb hätte, und eine vernünftige Durchführungsfrist oder Bedingungen für die Einführung festgelegt werden können:

1. für den Schutz der staatlichen Sicherheit und der Entwicklungsinteressen;
2. für die Förderung des Fortschritts in Wissenschaft und Technologie sowie zur Stärkung der staatlichen Fähigkeit zur eigenständigen Innovation;
3. für das Erreichen [von Zielen] wie der Energieeinsparung, dem Umweltschutz [und] der Katastrophenhilfe sowie anderen allgemeinen gesellschaftlichen Interessen;
4. andere Fälle, die durch Gesetze und Verwaltungsnormen vorgeschrieben sind.

第三章 审查机制

第十三条 拟由部门出台的政策措施，由起草单位在起草阶段开展公平竞争审查。

拟由多个部门联合出台的政策措施，由牵头起草单位在起草阶段开展公平竞争审查。

第十四条 拟由县级以上人民政府出台或者提请本级人民代表大会及其常务委员会审议的政策措施，由本级人民政府市场监督管理部门会同起草单位在起草阶段开展公平竞争审查。起草单位应当开展初审，并将政策措施草案和初审意见送市场监督管理部门审查。

第十五条 国家鼓励有条件的地区探索建立跨区域、跨部门的公平竞争审查工作机制。

第十六条 开展公平竞争审查，应当听取有关经营者、行业协会商会等利害关系人关于公平竞争影响的意见。涉及社会公众利益的，应当听取社会公众意见。

第十七条 开展公平竞争审查，应当按照本条例规定的审查标准，在评估对公平竞争影响后，作出审查结论。

适用本条例第十二条规定的，应当在审查结论中详细说明。

第十八条 政策措施未经公平竞争审查，或者经公平竞争审查认为违反本条例第八条至第十一条规定且不符合第十二条规定情形的，不得出台。

3. Kapitel: Prüfungsmechanismus

§ 13 [Ausarbeitungsphase politischer Maßnahmen] Ausarbeitungseinheiten überprüfen die von Abteilungen eingeführten politischen Maßnahmen in ihrer Ausarbeitungs- und Entfaltungsphase auf einen fairen Wettbewerb hin.

Die federführende Ausarbeitungseinheit überprüft die von mehreren Abteilungen gemeinsam eingeführten politischen Maßnahmen in ihrer Ausarbeitungs- und Entfaltungsphase auf einen fairen Wettbewerb hin.

§ 14 [Überprüfung durch Marktregulierungsabteilungen] Für die von der lokalen Volksregierung auf Kreis- und höherer Ebene eingeführten oder dem Volkskongress und seinen Ständigen Ausschüssen auf gleicher Ebene zur Beratung vorgelegten politischen Maßnahmen führen die Marktregulierungsabteilungen der Volksregierung auf gleicher Ebene zusammen mit den Ausarbeitungseinheiten während der Ausarbeitungs- und Entfaltungsphase eine Überprüfung des fairen Wettbewerbs durch. Die Ausarbeitungseinheiten müssen eine vorläufige Überprüfung durchführen sowie die Entwürfe der politischen Maßnahmen und die Ansichten der vorläufigen Überprüfung an die Marktregulierungsabteilungen zur Überprüfung übermitteln.

§ 15 [Aufbau überregionaler und abteilungsübergreifender Arbeitsmechanismen] Der Staat ermutigt Regionen mit [entsprechenden] Voraussetzungen, die Einrichtung von überregionalen und abteilungsübergreifenden Arbeitsmechanismen zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs zu erkunden.

§ 16 [Einholung von Meinungen und Beteiligung der Öffentlichkeit] Beim Entfalten der Überprüfung des fairen Wettbewerbs müssen die Meinungen von Organisationen wie etwa betroffenen Unternehmern, Branchenverbänden, Handelskammern und anderen Interessierten⁸ zu den Auswirkungen auf den fairen Wettbewerb eingeholt werden. Falls öffentliche Interessen betroffen sind, müssen die Meinungen der Öffentlichkeit eingeholt werden.

§ 17 [Schlussfolgerung zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs] Bei der Entfaltung der Überprüfung des fairen Wettbewerbs müssen gemäß dieser Verordnung festgelegte Prüfungsstandards [eingehalten werden], und nach der Bewertung der Auswirkungen auf den fairen Wettbewerb wird eine Schlussfolgerung zur Überprüfung gezogen.

Finden die Bestimmungen von § 12 dieser Verordnung Anwendung, muss dies in der Schlussfolgerung zur Überprüfung detailliert erläutert werden

§ 18 [Beschränkungen beim Erlass politischer Maßnahmen] Politische Maßnahmen⁹, die nicht der Überprüfung des fairen Wettbewerbs unterzogen wurden oder [bei denen] nach der Überprüfung des fairen Wettbewerbs festgestellt wurde, dass sie gegen die Bestimmungen der §§ 8 bis 11 dieser Verordnung verstoßen und nicht den in § 12 dieser Verordnung vorgesehenen Umständen entsprechen, dürfen nicht erlassen werden.

8 Wörtlich: „[dazu] in einer [eigenen] Nutzen und Schaden berührenden Beziehung stehende Person“.

第十九条 有关部门和单位、个人对在公平竞争审查过程中知悉的国家秘密、商业秘密和个人隐私，应当依法予以保密。

第四章 监督保障

第二十条 国务院市场监督管理部门强化公平竞争审查工作监督保障，建立健全公平竞争审查抽查、举报处理、督查等机制。

第二十一条 市场监督管理部门建立健全公平竞争审查抽查机制，组织对有关政策措施开展抽查，经核查发现违反本条例规定的，应当督促起草单位进行整改。

市场监督管理部门应当向本级人民政府报告抽查情况，抽查结果可以向社会公开。

第二十二条 对违反本条例规定的政策措施，任何单位和个人可以向市场监督管理部门举报。市场监督管理部门接到举报后，应当及时处理或者转送有关部门处理。

市场监督管理部门应当向社会公开受理举报的电话、信箱或者电子邮件地址。

第二十三条 国务院定期对县级以上地方人民政府公平竞争审查工作机制建设情况、公平竞争审查工作开展情况、举报处理情况等开展督查。国务院市场监督管理部门负责具体实施。

第二十四条 起草单位未依照本条例规定开展公平竞争审查，经市场监督管理部门督促，逾期仍未整改的，上一级市场监督管理部门可以对其负责人进行约谈。

§ 19 [Verschwiegenheitspflicht] Die betreffenden Abteilungen, Einheiten und Einzelpersonen müssen die Staatsgeheimnisse, Geschäftsgeheimnisse und [Informationen über] die Privatsphäre, von denen sie im Verlauf der Überprüfung des fairen Wettbewerbs Kenntnis erlangt haben, nach dem Recht geheim halten.

4. Kapitel: Aufsicht [und] Gewährleistung

§ 20 [Stärkung der Aufsicht und Gewährleistung] Die Marktaufsichtsabteilung des Staatsrates stärkt die Aufsicht [und] Gewährleistung der Arbeit zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs, sie richtet Mechanismen wie etwa Stichprobenkontrollen, die Behandlung von Anzeigen sowie die Überwachung ein [und] verbessert sie.

§ 21 [Maßnahmen zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs] Die Marktaufsichtsabteilung richtet einen Mechanismus zur Stichprobenkontrolle der Überprüfung des fairen Wettbewerbs ein [und] verbessert diesen, sie organisiert betreffende politische Maßnahmen [und] entfaltet Stichprobenkontrollen; werden bei der Überprüfung Verstöße gegen die Bestimmungen der Verordnung entdeckt, müssen die Ausarbeitungseinheiten zur Vornahme einer Korrektur aufgefordert werden.

Die Marktaufsichtsabteilung muss an die Volksregierung auf gleicher Ebene über die Umstände der Stichprobenkontrollen berichten; die Ergebnisse der Stichprobenkontrollen können an die Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

§ 22 [Anzeigen] Bei politischen Maßnahmen, die gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen, kann jede Einheit und Einzelperson [diese] der Marktaufsichtsabteilung anzeigen. Die Marktaufsichtsabteilung muss nach Erhalt einer Anzeige diese unverzüglich behandeln oder an die betreffende Abteilung zur Behandlung weiterleiten.

Die Marktaufsichtsabteilung muss Anzeigen der Öffentlichkeit entgegennehmen [und] eine Telefonnummer, einen Briefkasten oder eine E-Mail-Adresse bekannt geben.

§ 23 [Überprüfung der lokalen Volksregierung auf Kreis- und höherer Ebene] Der Staatsrat entfaltet regelmäßig die Überwachung [und] Überprüfung¹⁰ der lokalen Volksregierungen auf Kreis- und höherer Ebene wie etwa [im Hinblick auf] den Aufbau von Arbeitsmechanismen zur Überprüfung des fairen Wettbewerbs, die Entfaltung der Umstände der Überprüfungsarbeit des fairen Wettbewerbs [und] die Besorgung von Berichten. Die Marktaufsichtsabteilung des Staatsrates ist verantwortlich für die konkrete Umsetzung.

§ 24 [Versäumnis von Korrekturen] Setzen Ausarbeitungseinheiten eine Überprüfung des fairen Wettbewerbs nicht gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung um und nehmen sie nach Aufforderung der Marktaufsichtsabteilung vor Fristablauf keine Korrekturen vor, so kann die Marktaufsichtsabteilung der nächsthöheren Ebene die verantwortliche Person interviewen.¹¹

9 Vgl. § 2.

10 督查 als überwachen [und] überprüfen übersetzt; 监督: Aufsicht; 审查: überprüfen.

第二十五条 未依照本条例规定开展公平竞争审查,造成严重不良影响的,对起草单位直接负责的主管人员和其他直接责任人员依法给予处分。

第五章 附则

第二十六条 国务院市场监督管理部门根据本条例制定公平竞争审查的具体实施办法。

第二十七条 本条例自 2024 年 8 月 1 日起施行。

§ 25 [Verursachung schwerwiegender schädigender Auswirkungen] Wenn die Überprüfung des fairen Wettbewerbs nicht gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung entfaltet wird [und dies] schädigende Auswirkungen in schwerwiegender Weise verursacht, werden gegen die direkt verantwortlichen zuständigen Personen und andere direkt verantwortliche Personen der Ausarbeitungseinheiten nach dem Recht [Verwaltungsdisziplinar-]Strafen verhängt.

5. Kapitel: Ergänzende Regeln

§ 26 [Konkretes Verfahren] Die Marktaufsichtsabteilung des Staatsrates setzt aufgrund der Bestimmungen dieser Verordnung die Überprüfung des fairen Wettbewerbs in konkreten Durchführungsmaßnahmen um.

§ 27 [Inkrafttreten] Diese Verordnung wird vom 1.8.2024 an durchgeführt.

Übersetzung, Paragrafenüberschriften in eckigen Klammern und Anmerkungen von Nina Heins, Tobias Laabs und Sara Mrowetz, Göttingen und Nanjing

11 Siehe zu diesem Begriff im Aufsatz von *Kristin Kerlen*, Die erste Revision des chinesischen Antimonopolgesetzes, in: ZChinR 2024, S. 119 ff. (124).

Maja Ruhl: Das Auslandsinvestitionsgesetz der Volksrepublik China/Die Implikationen für den Schutz ausländischer Investitionen. Berlin: Duncker & Humblot. Beiträge zum internationalen Handels- und Wirtschaftsrecht, Band 2, Berlin 2024

Joachim Glatter *

I. Einführung

Der rechtliche Schutz ausländischer Investitionen in China ist in der Vergangenheit in seiner Gesamtheit wenig untersucht worden. Das Auslandsinvestitionsgesetz der Volksrepublik China vom 1. Januar 2020 (AIG)¹ bietet hierzu jedoch einen besonderen Anlass, da es als eine Art Grundgesetz für ausländische Investitionen² zahlreiche Facetten dieses Schutzes adressiert. Maja Ruhl analysiert in ihrer Arbeit, ob und in welchem Umfang das AIG sich auf den Schutz ausländischer Investitionen auswirken kann.

II. Systematische Einordnung

Zum Verständnis der Entwicklung, Funktion und Bedeutung des AIG sind Kenntnisse seines politischen, wirtschaftlichen und rechtshistorischen Zusammenhangs notwendig. Die Autorin stellt hierfür zum einen eine allgemeine Beschreibung dieser Rahmenbedingungen an den Beginn ihrer Arbeit. Dabei sind besonders die Erläuterungen zum internationalen Investitionsrecht der VR China und zur Entwicklung der von China abgeschlossenen International Investment Agreements (IIA) hervorzuheben, da das AIG eine Reihe klassischer IIA-Inhalte übernommen und in einem nationalen Gesetz kodifiziert hat. Zum anderen werden aber auch bei der Analyse der spezifischen Regelungsbereiche des AIG deren Hintergrund und Entwicklung im chinesischen Rechtsumfeld dargestellt.

III. Liberalisierung vs. Kontrolle

Wie die Autorin zu Recht feststellt, waren und sind die chinesische Politik und die chinesischen

Gesetze hinsichtlich ausländischer Investitionen stets von einem Spannungsverhältnis zwischen Liberalisierung und wirtschaftlichem Nationalismus bzw. staatlicher Kontrolle gekennzeichnet und dieses Spannungsverhältnis prägt auch den Inhalt des AIG. Zusätzlich zeigt die Entstehungsgeschichte des AIG und insbesondere das Scheitern eines ersten vom Handelsministerium (Ministry of Commerce, MOFCOM) vorgelegten Entwurfs³ (MOFCOM-Entwurf) am Widerstand anderer Behörden und Interessengruppen, dass zumindest im Bereich der ausländischen Investitionen die Meinungsbildung innerhalb chinesischer Gesetzgebungs- und Regierungsgremien nicht monolithisch ist. Dies sind neben dem Grundgesetzcharakter des AIG auch Gründe für die oft kritisierte Unbestimmtheit und Lückenhaftigkeit des Gesetzes.

IV. Marktzugang

Maja Ruhl analysiert präzise, inwieweit das AIG am Ende einer Entwicklung hinsichtlich der Steuerung des Marktzugangs für ausländische Investoren in China steht. Im Grundsatz bietet das AIG ausländischen Investoren *vor* Zulassung und Gründung dann marktzugangsrechtliche Inländerbehandlung, wenn ihr Projekt nicht in Tätigkeitfelder fällt, die in einer Negativliste enthalten sind. Für Projekte außerhalb der Negativliste gelten die auch für chinesische Investoren bestehenden Regeln, gesellschaftsrechtlich insbesondere das Gesellschaftsgesetz⁴. Für sie wurden zudem die in der Vergangenheit bestehenden Pflichten zur Genehmigung durch das MOFCOM und die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform (National Development and Reform Commission, NDRC) durch eine Registrierungspflicht ersetzt. Dies ist

* Rechtsanwalt und Independent Arbitrator. Präsident der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung. Zuerst veröffentlicht in *RabelsZ Online First* 4/2025, <<https://doi.org/10.1628/rabelsz-2025-0025>>.

1 *中华人民共和国外商投资法*, abrufbar unter <lawinfochina.com> [[北大法律英文网](http://pkulaw.cn)]/<pkulaw.cn> [[北大法宝](http://pkulaw.cn)], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.330426, englisch: CLI.1.330426(EN), chinesisch-deutsch in: *ZChinR* 2019, S. 144 ff. (alle Quellen zuletzt eingesehen am 30.1.2025).

2 So auch die Autorin (S. 38 der Arbeit) unter Verweis auf *SHEN Wei*, *China's Foreign Investment Law in the New Normal*, Abingdon/New York 2022, S. 63.

3 Gesetz der Volksrepublik China für ausländische Investitionen (Konsultationsentwurf) (*中华人民共和国外商投资法 [草案征求意见稿]*), chinesisch-deutsch in: *ZChinR* 2015, S. 285 ff.

4 Gesellschaftsgesetz der Volksrepublik China (Revison 2023) (*中华人民共和国公司法*) vom 29.12.1993 in der Fassung vom 29.12.2023, chinesisch-deutsch in: *ZChinR* 2024, S. 251 ff.

zumindest eine Marktzugangserleichterung. Allerdings können, wie die Autorin ausführlich schildert, Informationspflichten *nach* Gründung, indirekte Marktzugangsbarrieren wie eventuelle branchenspezifische Betriebslizenzen und intransparente Verfahren bei Produktzulassungen und Zertifizierungen den faktischen Marktzugang erschweren.

Zusätzliche Instrumente zur Kontrolle des Marktzugangs stellen die Möglichkeit einer nationalen Sicherheitsprüfung und Fusionskontrollverfahren dar. Die Autorin arbeitet heraus, wie die VR China zudem in den letzten Jahren wegen zunehmender internationaler Spannungen durch Erlass verschiedener Gesetze (Stichwörter Exportkontrolle, Antisanktionen, Bekämpfung ungerechtfertigter ausländischer Maßnahmen, Unreliable Entity List) zusätzliche Sanktionsmöglichkeiten eingeführt hat. Diese sind zwar bisher spärlich eingesetzt worden, stellen aber ein zusätzliches Instrumentarium dar, das wie ein Damoklesschwert über ausländischen Investitionen hängt und entsprechend zu Risiken für die Investoren führen kann.

V. Enteignungsschutz

Die Autorin bezweifelt, dass das AIG und seine Durchführungsverordnung⁵ ausländischen Investoren mehr Schutz vor Enteignungen bieten, als dies durch Regelungen in chinesischen IIA besonders der neueren Generation bereits der Fall ist. So schützt das AIG beispielsweise (anders als eine Reihe von chinesischen IIA) nicht explizit vor indirekten Enteignungen. Immerhin wird bei der Ermittlung der im Falle einer Enteignung zu leistenden Entschädigung auf den Marktwert und nicht auf den für Investoren unsichereren Standard der „angemessenen Entschädigung“ abgestellt, auch wenn der Zeitpunkt für die Ermittlung des Marktwertes und die Verzinsung (anders als teilweise zum Beispiel in lokalen Regelungen) nicht geregelt sind.

VI. Fair and Equitable Treatment

Da es keine international einheitliche Auffassung über Inhalt und Umfang des Grundsatzes der gerechten und billigen Behandlung ausländischer Investitionen gibt, untersucht die Autorin Fair and Equitable Treatment-Elemente, soweit sie spezifisch im AIG geregelt sind. Bemerkenswert und nicht vertrauensbildend ist dabei etwa im Zusammenhang mit dem Gebot für ein transparentes Marktumfeld, dass das AIG ein im ersten

MOFCOM-Entwurf noch enthaltenes Verbot der Anwendung nicht veröffentlichter Gesetze für die Regulierung ausländischer Investitionen nicht aufgenommen hat. Positiv ist hingegen die Regelung, dass Lokalregierungen Zusagen, die sie ausländischen Investoren in Bestimmungen und Verträgen gegeben haben, einzuhalten haben und für diese selbst dann haften, wenn sie hierbei ihre Kompetenzen überschritten haben – ein in der Praxis in der Vergangenheit häufig zu beobachtendes Phänomen. Abzuwarten bleibt, wie weit von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, derartige Zusagen im öffentlichen Interesse zu ändern, da zum einen das „öffentliche Interesse“ einen weiten Ermessensspielraum einräumt und zum anderen der Maßstab der für diesen Fall vorgesehenen Entschädigung nicht vollständig klar ist.

VII. Defizite bei Inländerbehandlung nach Zulassung

Defizite sieht Ruhl bei der Inländerbehandlung nach Zulassung: Sie formuliert erhebliche Zweifel in Bezug auf die praktische Umsetzung verschiedener Aspekte der Inländerbehandlung ausländisch investierter Unternehmen, obwohl diese durch das AIG und seine Ausführungsbestimmungen eigentlich und zum Teil ausführlich vorgeschrieben ist. Ausländisch investierte Unternehmen berichten regelmäßig über unzureichende Beteiligung an Standardsetzungen, Benachteiligung bei Subventionen und anderen finanziellen Förderungen sowie Diskriminierung bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen. Häufig wird die Durchsetzung der Inländerbehandlung dabei informell und verdeckt verhindert.

VIII. Schutz geistigen Eigentums und erzwungener Technologietransfer

Die Autorin stellt dar, inwiefern insbesondere das sogenannte Phase One Trade Agreement zwischen den USA und China vom 15. Januar 2020⁶ zu Änderungen und Fortschritten in der chinesischen Gesetzgebung zum Schutz geistigen Eigentums hat.

Darüber hinaus hat das Agreement zur Aufnahme eines Verbots des erzwungenen Technologietransfers im AIG geführt. In der Vergangenheit waren ausländische Investoren häufig genötigt, Technologie an die von ihnen in China

5 Durchführungsverordnung zum Gesetz der Volksrepublik China über ausländische Investitionen (中华人民共和国外商投资法实施条例) vom 26.12.2019, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2021, S. 57 ff.

6 Economic and Trade Agreement between the Government of the United States of America and the Government of the People's Republic of China, <https://ustr.gov/sites/default/files/files/agreements/phase%20one%20agreement/Economic_And_Trade_Agreement_Between_The_United_States_And_China_Text.pdf> (eingesehen am 30.1.2025).

gegründeten Tochtergesellschaften zu risikoreichen und nachteiligen Bedingungen zu übertragen, insbesondere weil sie anderenfalls nicht die erforderliche behördliche Genehmigung ihrer Investition erhalten hätten. Die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind zwar inzwischen aufgehoben; befürchtet wird jedoch, dass die Praxis *de facto* zumindest in den Sektoren, in denen gemäß Negativliste eine ausländische Investition nach wie vor behördlich zu genehmigen ist, weiter fortbestehen kann. Gleiches gilt im Rahmen von Subventionsentscheidungen und nationalen Sicherheitsüberprüfungen.

Ruhl gelangt zu der Einschätzung, dass sowohl beim Schutz geistigen Eigentums als auch beim Thema erzwungener Technologietransfer das Hauptproblem weniger in den gesetzlichen Regelungen als vielmehr in Rechtsdurchsetzung und Verwaltungspraxis liegt.

IX. Prozessualer Investitionsschutz

Hinsichtlich des prozessualen Schutzes ausländischer Investitionen führt das AIG für Konflikte mit staatlichen Stellen die Möglichkeit für ausländisch investierte Unternehmen und deren Investoren ein, sich an speziell eingerichtete Beschwerdestellen zu wenden. Die Autorin vergleicht diese Beschwerde mit anderen möglichen Rechtsbehelfen wie Verwaltungswiderspruch, Verwaltungsklage und internationaler Schiedsklage unter Investitionsschutzabkommen. Im Ergebnis ist die Beschwerde insoweit ein schwächeres Mittel, als die Beschwerdestellen keine verbindlichen Urteile erlassen können. Dennoch werden ausländische Investoren jeweils sorgfältig prüfen müssen, mit welchem Konfrontationsgrad sie gegen Behördenentscheidungen vorgehen wollen und welche Kosten und Vollstreckungsaussichten mit dem jeweiligen Vorgehen verbunden sind. Unter Umständen kann die Nutzung des Beschwerdemechanismus zumindest in einem ersten Schritt sinnvoll sein.

X. Fazit

Die Arbeit stellt eine ausführliche Analyse der Stärken und Schwächen des Auslandsinvestitionsrechts der VR China dar. Die Autorin kommt hierbei wie oben dargestellt zu teilweise kritischen Ergebnissen. Grund hierfür ist in vielen Fällen, dass das AIG zum Teil vage Formulierungen benutzt und den Behörden dadurch ein weiter Ermessensspielraum gewährt wird. Zudem verweist die Autorin darauf, dass nationale Investitionsgesetze generell nur einen Teil des rechtlichen und regulatorischen Rahmens eines Staates für ausländische Investitionen bilden. Der tatsächlich bestehende Umfang des Schut-

zes ausländischer Investitionen bestimmt sich zum einen nach der weiteren gesetzgeberischen Konkretisierung dieses Rahmens. Entscheidend sind jedoch zum anderen auch die behördliche und gerichtliche Praxis bei der Gesetzesanwendung sowie der Umfang staatlicher Regulierung im Spannungsfeld zwischen staatlicher Kontrolle und Liberalisierung. Die Arbeit ist eine umfangreiche und ausgezeichnete Bestandsaufnahme dieses Spannungsfeldes.

Melanie Kühn, Die Bekämpfung der Steuerumgehung durch allgemeine Antimissbrauchsvorschriften in Hongkong, Singapur und der Volksrepublik China – Auf dem Weg zur Konvergenz auf internationaler Ebene?, in: Feld/Reimer/Waldhoff (Hrsg.), Steuerwissenschaftliche Schriften 86, 1. Auflage, Baden-Baden 2024

Shuning Shou *

I. Einführung

Die Dissertation von Melanie Kühn, die im Sommersemester 2023 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommen wurde, befasst sich mit dem hochaktuellen und komplexen Thema der Bekämpfung der Steuerumgehung durch allgemeine Antimissbrauchsvorschriften (general anti-avoidance rules, „GAAR“) in den ostasiatischen Jurisdiktionen Hongkong, Singapur und der VR China.

Die Arbeit, die Kühn während ihrer Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen verfasste, bietet nicht nur eine tiefgehende Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen und der praktischen Anwendung von GAAR in diesen drei unterschiedlichen Rechtssystemen. Sie legt zudem den Fokus auf die Untersuchung, ob diese ostasiatischen Jurisdiktionen ähnliche Divergenzprobleme im Steuerrecht aufweisen wie andere Länder, und darauf, ob das von Christine Osterloh-Konrad entwickelte Zwei-Stufen-Modell zur Identifizierung und Kategorisierung von Gestaltungsmissbrauch universell anwendbar ist.

II. Historischer Kontext und Problemauf-riss

Kühn beginnt ihre Arbeit mit einer historischen Einordnung der Steuerumgehung und betont die aktuelle Relevanz des Themas angesichts der globalen Finanzkrise und der zunehmenden Komplexität internationaler Steuerumgehungsstrategien. Sie stellt klar, dass Steuerumgehung nicht mit Steuerhinterziehung gleichzusetzen ist, sondern sich im Graubereich zwischen legitimer Steuerplanung und illegitimem Gestaltungsmissbrauch bewegt. Steuerumgehung wird als ein Phänomen beschrieben, bei dem die wortsinnmäßige Anwendung einer Norm nicht mit deren Sinn und Zweck übereinstimmt, was beim Rechtsanwender ein „Störgefühl“ auslöst (S. 23).

* Dr. LL.M., Steuerberaterin, Partner bei der PricewaterhouseCoopers GmbH WPG, München.

III. Methodologischer Ansatz nach Osterloh-Konrad

Kühn stützt sich auf die rechtstheoretischen und rechtsvergleichenden Ansätze Osterloh-Konrads, die Steuerumgehung als Divergenzphänomen identifiziert, bei dem das Ergebnis der wort-sinngetreuen Anwendung einer Norm nicht mit deren (nicht aus dem Wortlaut erkennbaren) Sinn und Zweck übereinstimmt.

Das Zwei-Stufen-Modell Osterloh-Konrads kategorisiert die Kriterien zur Identifikation von Gestaltungsmissbrauch und zur Festlegung der Schwelle für die Wortsinnüberschreitung (S. 24). Kühn wendet diesen Ansatz auf die drei untersuchten ostasiatischen Jurisdiktionen an und prüft, ob die jeweiligen nationalen GAAR dort ebenfalls die Aufgabe erfüllen, eine Durchbrechung der Wortsinnngrenze im Divergenzfall zu ermöglichen.

IV. Länderanalysen

In dem Hauptteil der Arbeit werden die rechtlichen Rahmenbedingungen und die praktische Anwendung von GAAR in Hongkong, Singapur und der VR China detailliert analysiert. Dabei sind tiefgehende Einblicke in die spezifischen Herausforderungen und Lösungsansätze zur Bekämpfung der Steuerumgehung in den drei Jurisdiktionen gegeben.

1. Hongkong

Hongkong, geprägt von dem *common law*-Erbe, verfügt über ein eigenständiges Steuersystem trotz der Zugehörigkeit zur VR China, das auf niedrigen Steuersätzen und dem Konzept der Neutralität basiert. Die allgemeinen Antimissbrauchsvorschriften (GAAR) in Hongkong, insbesondere sec. 61 und 61A Inland Revenue Ordinance (Hongkong), zielen darauf ab, Steuerumgehung durch die Identifizierung von Transaktionen ohne wirtschaftliche Realität bzw. Substanz zu bekämpfen. Die Anwendung der GAAR durch die Gerichte zeigt, dass Steuerumgehung als Divergenzphänomen behandelt wird, wobei der wirtschaftlichen Substanz einer Gestaltung eine zentrale Rolle bei der Bewertung von Steuerumgehungsmodellen zukommt.

Kühn schlägt vor, dass in Hongkong durch die Heranziehung des Modells Osterloh-Konrads eine Methode eingeführt werden könnte, die konkret auf die Ermittlung einer Norm-Zweck-Divergenz abstellt (S. 136, S. 362).

2. Singapur

Auch Singapur weist ein *common law*-Erbe auf und verfügt über ein eigenständiges Steuersystem, das komplexe Steuerregelungen und nationale kommerzielle Anreize nutzt, um Investitionen aktiv zu fördern. Die GAAR in Singapur (sec. 33 Income Tax Act (Singapur)) wurde im Jahr 1988 eingeführt und erlaubt dem *Comptroller of Income Tax* (Verwaltungsbehörde zuständig für Ertragsteuer), Vereinbarungen zu ignorieren oder anzupassen, wenn deren Hauptzweck die Steuervermeidung bzw. -reduzierung ist. Die Anwendung der GAAR zeigt, dass die wirtschaftliche Substanz und der Zweck der Vereinbarung zentrale Kriterien sind. Der neuseeländische *scheme and purpose approach* wird angewendet und die wirtschaftliche Substanz bzw. die subjektiven Motive des Steuerzahlers werden geprüft, um sicherzustellen, dass der erlangte Steuervorteil dem Sinn und Zweck des Gesetzes entspricht (S. 219).

Kühn zeigt, dass die Grundlage für die Anwendung von Osterloh-Konrad-Modells durch den *scheme and purpose approach* bereits gelegt ist. Aktuell wird dieser jedoch „als letzter Prüfungspunkt der allgemeinen Antimissbrauchsvorschrift“ herangezogen. Nach Kühns Ansicht wäre es schlüssiger, die Vereinbarkeit mit dem Zweck der Einzelsteuergesetze vor der Prüfung der Schwelle zur Wortsinndurchbrechung zu bewerten (S. 363).

3. VR China

Das chinesische Steuersystem ist durch eine Vielzahl von Verwaltungsdokumenten und einer starken Rolle der Verwaltung, insbesondere des Staatlichen Zentralsteueramtes, geprägt. Die Gewaltenteilung ist eher eine Funktionsteilung mit weitreichenden Befugnissen für den Staatsrat und eingeschränkter Rolle der Gerichte. Die GAAR im chinesischen Körperschaftsteuergesetz bzw. ihre Konkretisierung in den Umsetzungsmaßnahmen 2009 zielen darauf ab, Vereinbarungen ohne vernünftigen Geschäftszweck zu identifizieren. Die Anwendung der GAAR zeigt, dass die wirtschaftliche Substanz und der Geschäftszweck zentrale Kriterien sind. Die Verwaltung spielt eine entscheidende Rolle bei der Auslegung und Anwendung der GAAR und führt einen strengen Substanztest durch, um die wirtschaftliche Realität der Gestaltung zu prüfen

(S. 351). Als einen Bereich, in dem die GAAR in China hauptsächlich umgesetzt wird, hat Kühn die indirekte Übertragung von Kapitalbeteiligungen genannt (S. 292ff.).

Auch für China sieht Kühn trotz der fehlenden rechtsstaatlichen Grundprinzipien die Relevanz des Modells Osterloh-Konrads für die chinesische Antimissbrauchsbekämpfung im Rahmen Chinas Bestrebungen zu einem rechtsstaatlichen Steuersystem (S. 351).

V. Bewertung und Fazit

Kühn fasst zusammen, dass trotz der unterschiedlichen Steuersysteme „ein gemeinsamer Nenner“ in der Steuerumgebungsbekämpfung vorliegt: Alle drei Jurisdiktionen stellen auf die wirtschaftliche Realität bzw. Substanz der fraglichen Steuerumgebungsgestaltung ab (S. 358). Die wirtschaftliche Substanz einer Gestaltung ist ein zentrales Kriterium, um festzustellen, ob eine Steuerumgehung vorliegt. Dies dient als Indiz für ein Divergenzphänomen, wenn steuerlich motivierte Gestaltungen erhebliche steuerliche Effekte zur Folge haben, denen keine oder kaum wirtschaftliche Effekte entsprechen.

Die Methode Osterloh-Konrads, die Steuerumgehung als Divergenzphänomen zu identifizieren und ein Zwei-Stufen-Modell zur Kategorisierung von Gestaltungsmissbrauch zu entwickeln, erweist sich als universell anwendbar.

Es könnte die Steuerumgebungsbekämpfung auf internationaler Ebene verbessern, indem es die verschiedenen nationalen GAAR einer einheitlichen Prüfung unterzieht. Das Modell bietet eine klare methodologische Grundlage, um die Vereinbarkeit von Steuergestaltungen mit dem Sinn und Zweck der Steuergesetze zu prüfen und gegebenenfalls einzugreifen.

VI. Schlussanmerkung

Kühns Arbeit „Die Bekämpfung der Steuerumgehung durch allgemeine Antimissbrauchsvorschriften in Hongkong, Singapur und der Volksrepublik China – Auf dem Weg zur Konvergenz auf internationaler Ebene?“ bietet eine tiefgehende und fundierte Analyse der Steuerumgebungsbekämpfung in drei wichtigen ostasiatischen Jurisdiktionen und ergänzt damit die bisherige Literatur entscheidend, da es bisher kein vergleichbares Werk mit derart umfangreichen Untersuchungen zu dem Thema gab.

Die Arbeit verdeutlicht, dass alle drei Steuersysteme großen Wert auf die wirtschaftliche Realität und Substanz von Transaktionen legen, um Steuerumgehung effektiv zu bekämpfen, und

die GAAR in diesen Jurisdiktionen ähnliche methodologische Ansätze verfolgen. Sie zeigt, dass das Modell Osterloh-Konrads eine geeignete, universell anwendbare Grundlage bietet, um die Steuerumgebungsbekämpfung auf internationaler Ebene konvergenter zu gestalten und die verschiedenen nationalen GAAR zu analysieren bzw. weiterzuentwickeln. Die Arbeit ist ein wertvoller Beitrag zur rechtsvergleichenden Steuerrechtsforschung und bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitergehende Untersuchungen und Reformvorschläge im Bereich der Bekämpfung der Steuerumgehung.

ADRESSEN

Beijing

Baker & McKenzie

Suite 3401, China World Tower 2
China World Trade Center
No. 1, Jianguomenwai Avenue
100004 Beijing, VR China

Tel.: +86 10 6535 3800 ·ax: +86 10 6505 2309; 6505 0378
E-Mail: <christian.atzler@bakermckenzie.com>
Ansprechpartner: *Christian Atzler*

贝壳·麦坚时国际律师事务所北京代表处

国贸大厦 2 座 3401 室
中国国际贸易中心
建国门外大街 1 号
100004 北京, 中华人民共和国

Brandi Dröge Piltz Heuer & Gronemeyer

Suite 706/2, Jian Wai SOHO
No. 39, East 3rd Ring Road, Chaoyang District
100022 Beijing, VR China

Tel.: +86 10 5869 5751
E-Mail: <wigginghaus@bdphg.de>
Ansprechpartner: *Dr. Nils Wigginghaus*

建外 SOHO 2 号楼 706 室
朝阳区东三环中路 39 号
100022 北京, 中华人民共和国

King & Wood Mallesons

18/F, East Tower, World Financial Center
No. 1, Dongsanhuan Zhonglu, Chaoyang District
100020 Beijing, VR China

Tel.: +86 10 5878 5588 ·ax: +86 10 5878 5599
E-Mail: <sandra.link@kwm-europe.com>
Ansprechpartnerin: *Dr. Sandra Link*

环球金融中心办公楼东楼 18 层
朝阳区东三环中路 1 号
100020 北京, 中华人民共和国

Wenfei Attorneys-at-Law Ltd.

Room 1006, Air China Plaza
No. 36, Xiaoyun Road, Chaoyang District
100027 Beijing, VR China

Tel.: +86 10 8418 5687 ·ax: +86 10 8418 5907
E-Mail: <paul.thaler@wenfei.com>
Ansprechpartner: *Dr. Paul Thaler*

瑞士文斐律师事务所

国航大厦 1006 室
朝阳区霄云路 36 号
100027 北京, 中华人民共和国

Shanghai

Clifford Chance LLP

25/F, HKRI Centre Tower 2, HKRI Taikoo Hui
No. 288, Shimen Yi Road
200041 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 2320 7288 ·ax: +86 21 2320 7256
E-Mail: <qian.ma@cliffordchance.com>
Ansprechpartnerin: *Dr. Ma Qian*

CMS, China

Suite 2801, Plaza 66, Tower 2
No. 1266, Nanjing Road West
200040 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 6289 6363 ·ax: +86 21 6289 0731
E-Mail: <ulrike.glueck@cms-hs.com>
Ansprechpartnerin: *Dr. Ulrike Glück*

Ernst & Young

German Business Center (GBC) Shanghai
23/F, The Center, No. 989, Changle Road
200031 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 2405 2348 ·ax: +86 21 6275 1131
E-Mail: <titus.bongart@cn.ey.com>
Ansprechpartner: *Titus von dem Bongart*

Freshfields Bruckhaus Deringer

34/F, Jin Mao Tower
No. 88, Century Boulevard, Pudong
200121 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 5049 1118 ·ax: +86 21 3878 0099
E-Mail: <heiner.braun@freshfields.com>
Ansprechpartner: *Dr. Heiner Braun*

GvW Graf von Westphalen

Chong Hing Finance Center, Room 906
288 West Nanjing Road
200003 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 6322 3131
E-Mail: <p.heid@sh.gvw.com>, <d.koestner@sh.gvw.com>
Ansprechpartner: *Patrick Heid, Dr. Dominic Köstner*

高伟绅律师事务所上海代表处

兴业太古汇香港兴业中心二座 25 层
市石门一路 288 号
200041 上海, 中华人民共和国

德国 CMS 德和信律师事务所驻上海代表处

恒隆广场 2 期 2801 室
南京西路 1266 号
200040 上海, 中华人民共和国

安永会计师事务所

世纪商贸广场 23 楼
长乐路 989 号
200031 上海, 中华人民共和国

富而德律师事务所

金茂大厦 34 楼
浦东新区世纪大道 88 号
200121 上海, 中华人民共和国

德国丰伟律师事务所

创兴金融中心 906 室
南京西路 288 号
200003 上海, 中华人民共和国

Hogan Lovells

18/F, Park Place
No. 1601, Nanjing Road West
200040 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 6122 3800 ·ax: +86 21 6122 3899
E-Mail: <shengzhe.wang@hoganlovells.com>
Ansprechpartnerin: *Shengzhe Wang*

Latham & Watkins LLP

26/F, Two ifc
No. 8, Century Boulevard
200120 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 6101 6000 ·ax: +86 21 6101 6001
E-Mail: <christian.jahn@lw.com>
Ansprechpartner: *Dr. Christian H. Jahn*

Linklaters LLP

29/F, Mirae Asset Tower
No. 166, Lujiazui Ring Road
200120 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 2891 1888 ·ax: +86 21 2891 1818;
E-Mail: <wolfgang.sturm@linklaters.com>
Ansprechpartner: *Wolfgang F. Sturm*

Luther Law Offices

2/F AZIA Center
No. 1233, Lujiazui Ring Road, Pudong
200120 Shanghai, VR China

Schindhelm Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

German Centre for Industry and Trade Shanghai
Unit 638, 6/F, Tower 3, No. 88, Keyuan Road
201203 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 2898 6660
E-Mail: <bernhard.heringhaus@schindhelm.net>
Ansprechpartner: *Dr. Bernhard Heringhaus*

霍金路伟律师事务上海办事处

越洋广场 18 楼
南京西路 1601 号
200040 上海, 中华人民共和国

国金中心二期 26 楼
世纪大道 8 号
200120 上海, 中华人民共和国

年利达律师事务所上海代表处

未来资产大厦 29 楼
陆家嘴环路 166 号
200120 上海, 中华人民共和国

陆德律师事务所

汇亚大厦 2 层
浦东新区陆家嘴环路 1233 号
200120 上海, 中华人民共和国

德国申特海姆律师事务所上海代表处

3 幢 6 层 638 室
德国中心, 科苑路 88 号
上海浦东张江高科技园区
201203 上海, 中华人民共和国

Schulz Noack Bärwinkel

Suite 2302, International Trade Center
No. 2201, Yan'an Road West
200336 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 6219 8370 ·ax: +86 21 6219 6849
E-Mail: <jm.scheil@snblaw.com>
Ansprechpartner: *Dr. Jörg-Michael Scheil*

德国律师事务所上海办事处

国际贸易中心 2302 室
延安西路 2201 号
200336 上海, 中华人民共和国

Taylor Wessing

Unit 1801, Raffles City Changning
Tower 2, No. 1189, Changning Road
200051 Shanghai, VR China

Tel.: +86 21 6247 7247 ·ax +86 21 6247 7248
E-Mail: <m.goldammer@taylorwessing.com>
Ansprechpartner: *Mike Goldammer*

泰乐信律师事务所驻上海代表处

来福士广场写字楼 2 座 1801 单元
长宁路 1189 号
200051 上海, 中华人民共和国

Guangzhou

Rödl & Partner

45/F, Metro Plaza
No. 183, Tianhe Road North
510075 Guangzhou, VR China

Tel.: +86 20 2264 6388 ·ax: +86 20 2264 6390
E-Mail: <sebastian.wiendieck@roedl.pro>
Ansprechpartner: *Sebastian Wiendieck*

德国罗德律师事务所上海代表处

大都会广场 45 楼
广州市天河北路 183 号
510075 广州, 中华人民共和国



CAMBRIDGE
UNIVERSITY PRESS

20% Discount *on this title*

Expires 30 June 2022

Chinese Courts and Criminal Procedure

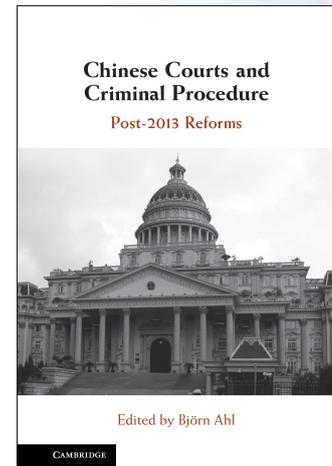
Post-2013 Reforms

Edited by Björn Ahl

University of Cologne

Contrary to the general perception of legal regression under Xi Jinping, this volume presents a more nuanced picture: It combines a wide range of analytical perspectives and themes in order to investigate questions that link institutional changes within the court system and legal environment with developments in criminal procedure law. The first part of the book investigates topics that contextualise institutional and procedural aspects of the law with a focus on various actors in the judiciary and other state and party organs. The second part of the book shifts the perspective to three controversial themes of criminal procedure reform: pre-trial custody review, live witness testimony in court and criminal reconciliation. By shedding light on performance evaluation of judges and interactions of courts and media the final part of the book introduces two sets of contextual factors relevant to the adjudication of criminal cases.

Post-2013 Reforms of the Chinese courts and criminal procedure: an introduction; 1. The meandering path of judicial reform with Chinese characteristics; 2. Dimensions and contradictions of judicial reforms in China; 3. How the Supreme People's Court drafts criminal procedure judicial interpretations; 4. Judicial (dis-)empowerment and centralisation efforts: institutional impacts of China's new supervision commissions; 5. A new model of habeas corpus in China? Procuratorial necessity examination of pre-trial custody; 6. Live witness testimony in the Chinese criminal courts; 7. Blood money and negotiated justice in China; 8. Performance evaluation in the context of criminal justice reform: a critical analysis; 9. From populism to professionalism: the media and criminal justice in China.



July 2021

229 x 152 mm c.350pp

Hardback 978-1-108-83330-1

Original price *Discount price*

£85.00 £68.00

\$110.00 \$88.00



www.cambridge.org/alerts

For the latest in your field

For more information, and to order, visit:

www.cambridge.org/9781108833301

and enter the code AHL2021 at the checkout

IMPRESSUM

Herausgeber
(主编)

Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung e.V.
Dr. Joachim Glatter, Präsident
E-Mail: <glatter@dcjv.org>

ISSN: 1613-5768
eISSN: 2366-7125

Schriftleitung
(执行编辑)

Prof. Dr. Knut Benjamin Pißler, M.A.
Deutsch-Chinesisches Institut für Rechtswissenschaft
der Universitäten Göttingen und Nanjing
Hankou Lu 22, 210093 Nanjing, VR China

南京大学中德法学研究所
汉口路 22 号, 210093 南京, 中华人民共和国

Tel. / Fax: +86 25 8663 7892
E-Mail: <dcir.nanjing@outlook.de>



CC BY 4.0

**Wissenschaftlicher
Beirat (编委会)**

Prof. Dr. Björn Ahl, Professor für chinesische
Rechtskultur, Universität zu Köln

Prof. Dr. Yuanshi Bu, Professorin für Internationales
Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Ostasien,
Universität Freiburg

Prof. Dr. (NTU) Georg Gesk, Professor für
chinesisches Recht, Universität Osnabrück

Internetpräsenz
(刊物网站)

Max-Planck-Institut für ausländisches und
internationales Privatrecht
Mittelweg 187, 20148 Hamburg

Kontakt bei technischen Fragen:
David Schröder-Micheel
E-Mail: <micheel@mpipriv.de>

**Deutsches Korrek-
torat (德语校对)**

Anja Rosenthal, Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

**Englisches Lek-
torat (英语编辑)**

John Foulks und Michael Friedman, Max-Planck-Insti-
tut für ausländisches und internationales Privatrecht

Gestaltung
(美术设计)

Jasper Habicht, Köln

Die Zeitschrift für Chinesisches Recht (ZChinR) erscheint viermal im Jahr. Die Druckausgabe der Zeitschrift ist für die Mitglieder der DCJV im Mitgliedsbeitrag enthalten. Es steht allen Interessierten frei, Mitglied der DCJV zu werden. Eine Mitgliedschaft bei der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung kann online unter <www.dcjv.org> beantragt werden.

Unter <www.ZChinR.org> stehen alle Beiträge seit 2004 als Volltexte im text- und seitenkonkordanten PDF-Format zur Verfügung. Seit dem Jahr 2025 werden alle Beiträge unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 veröffentlicht. Weitere Informationen zur Lizenz unter <www.creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Die Jahrgänge 1–10 (1994–2003) sind unter dem Titel „Newsletter der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V.“ erschienen. Diese stehen im Internet unter <www.dcjv.org/publikationen/zchinr> im Volltext kostenfrei zum Abruf bereit.

Beiträge bitte stets auch in elektronischer Fassung an <zchinr@dcjv.org> als Word-Dokument einsenden. Weitere Hinweise für Autoren finden sich unter <www.ZChinR.org> beim Unterpunkt „Redaktionelle Hinweise“.

Chinesisches Recht und Rechtsvergleichung (LL.M. / M.A.)



Seit dem Jahr 2013 wird deutschen Absolventen der Rechtswissenschaften oder eines sinologischen Studiengangs die Möglichkeit geboten, im Rahmen eines Masterstudiengangs zwei Semester am Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaften in Nanjing zu verbringen und das chinesische Recht sowie die chinesische Sprache zu studieren.



Angeboten werden

- ▶ Chinesische Sprache und Rechtsterminologie
- ▶ Quellen des chinesischen Rechts und Gesetzgebung
- ▶ Zivil- und Wirtschaftsrecht (Vertrags-, Gesellschaftsrecht)
- ▶ Öffentliches Recht (Verwaltungs- und Verfassungsrecht)
- ▶ Rechtsvergleichung
- ▶ Chinesische Rechtsgeschichte und Rechtsphilosophie
- ▶ Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Geschichte Chinas



Zulassungsvoraussetzung ist ein Studium der Rechtswissenschaften oder der Chinawissenschaften/Sinologie. Je nach vorangegangenem Studium sind Nachweise über Kenntnisse der jeweils anderen Disziplin erforderlich. Der Umfang der nachzuweisenden Vorkenntnisse richtet sich nach dem gewählten Studienschwerpunkt und dem angestrebten Abschluss (LL.M. oder M.A.).



Kurzprofil »Chinesisches Recht und Rechtsvergleichung«

Abschluss: Je nach Studienschwerpunkt Chinawissenschaft »M.A.« oder Rechtswissenschaft »LL.M.« der Universität Göttingen und rechtswissenschaftliche Master der Universität Nanjing · **Regelstudienzeit:** Vier Semester · **Unterrichtssprache:** Deutsch und Englisch · Der Studiengang ist zulassungsbeschränkt · **Verfügbare Studienplätze:** 25 · **Studienverlauf:** 1. Semester Göttingen, 2.-3. Semester Nanjing, 4. Semester Göttingen · Studienbeginn ist zum Wintersemester möglich



ISSN: 1613-5768
eISSN: 2366-7125

ZChinR · GJCL

Zeitschrift für Chinesisches Recht German Journal of Chinese Law

The German–Chinese Jurists' Association and the Sino–German Institute for Legal Studies of the Universities of Göttingen and Nanjing have been publishing the *Zeitschrift für Chinesisches Recht / German Journal of Chinese Law*, formerly the *Newsletter of the German–Chinese Jurists' Association*, quarterly since 1994.

The journal focuses on contemporary Chinese law and modern Chinese legal history, with a particular emphasis on legal aspects of Chinese economic development and international relations. It seeks to advance the analysis of Chinese law from practical as well as theoretical standpoints.

Beginning in 2025, all contributions to the journal will be published open access under the CC BY 4.0 licence. All issues and articles published in the journal since 2004 are available for download at <www.ZChinR.org>. Currently, the journal registers over 30.000 article downloads per year.

The journal welcomes the submission of articles within its ambit for publication in an upcoming issue. To ensure that the journal's contents are innovative and intellectually stimulating, all submissions are subject to prior editorial review and a subsequent peer review. Manuscripts in English or German for publication in one of the journal's categories (articles, short contributions, documentation, and book reviews) should be submitted electronically, and authors should observe the citation and other submission guidelines, which can be found at <www.ZChinR.org>.

Please address your manuscripts, as well as any inquiries concerning subscription and advertising, to:

ZChinR, Sino–German Institute for Legal Studies
Nanjing University
No. 22, Hankou Lu
210093 Nanjing, PR China

E-mail: zchinr@dcjv.org
Phone / Fax: +86 25 8663 7892